Sudetenpost

Verlagspostamt 4020 Linz
Einzelpreis € 2,50 GZ 02Z030477M **Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)**

Folge 8 **Wien – Linz, 8. August 2013** **59. Jahrgang**

Vertreibung im Unterricht
(Seite 3)

Wien fordert Lösungen ein
(Seite 4)

Tribüne der Meinungen
(Seite 20)

Berlin: Keine Hilfe für Sudetendeutsche aus Angst vor Flurschaden

Erhard Lug hat (wie in der Folge 7 der „Sudetenpost" berichtet) die deutsche Bundesregierung auf Gewährung diplomatischen Schutzes in seinem Bemühen um eine Rehabilitierung durch Tschechien geklagt. Der in Sinzing im Landkreis Regensburg lebende Sudetendeutsche hatte 1945 nach Ende des Zweiten Weltkrieges als Dreizehnjähriger die Ermordung seines Vaters durch tschechische Milizionäre im Zuge des sogenannten „Landskroner Blutgerichtes" miterleben müssen. Während seine Mutter mit mehreren Geschwistern vertrieben worden war, wurden er und seine jüngere Schwester auf einem von einem Tschechen in Besitz genommenen Bauernhof in seinem Heimatort Lukau zur Zwangsarbeit herangezogen. Da Erhard Lug und seine Familie keine persönliche Schuld auf sich geladen hätten (was bei einem Dreizehnjährigen ohnehin nicht möglich war), will er eine formelle Rehabilitierung durch die Tschechische Republik erreichen. Dort gibt es jedoch keine gesetzliche Möglichkeit dafür. Opfer des Kommunismus können durchaus rehabilitiert werden, Sudetendeutsche dagegen nicht. Deshalb ersuchte Lug die Bundesregierung um diplomatischen Schutz dahingehend, daß diese auf Tschechien einwirken möge, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen für eine Rehabilitierung auch von Sudetendeutschen zu schaffen. Zu der Klage beim Berliner Verwaltungsgericht war es erst gekommen, nachdem das Außenministerium das Ersuchen des Zweiundachtzigjährigen abgelehnt hatte.

Als „Schweinerei" empfindet Lug insbesondere die Begründung, mit der er abgewiesen wurde: Das Außenamt bezeichnete sein Anliegen zwar als „zweifellos moralisch legitim", dennoch gab es einen ablehnenden Bescheid: Die Begründung: Die Unterstützung des vom Ministerium als berechtigt eingestuften Bemühens um Rehabilitierung würde die Gefahr eines „erheblichen diplomatischen Flurschadens" bedeuten. So steht es in einem Schreiben des deutschen Außenministeriums an Lugs Anwalt Thomas Gertner.

Wörtlich heißt es in dem der „Sudetenpost" vorliegenden Schreiben: „...neben den vom Sachverhalt her unbestrittenen und zweifellos moralisch auch legitimen Belangen Ihres Mandanten sowie vergleichbar Betroffener (ist) nunmehr jedoch die Intaktheit der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik in all ihren Facetten einzustellen."

Lesen Sie weiter auf Seite 5.

DAS BILD DER HEIMAT

Die Stadt Eger war seit dem frühen Mittelalter wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt des Egerlandes.

Freundschaft?

VON MANFRED MAURER

ES IST NEUERDINGS viel von Freundschaft die Rede, wenn deutsche und tschechische Politiker aufeinandertreffen. Beim diesjährigen Sudetendeutschen Tag konstatierte auch Ministerpräsident Horst Seehofer geradezu euphorisch: „In Bayern und Tschechien hat eine neue Ära der Freundschaft begonnen."

WAS MACHT eigentlich eine Freundschaft aus? Ein wesentlicher Stützpfeiler einer jeden richtigen und ehrlichen Freundschaft ist wohl Offenheit. Freunde können miteinander offen reden und einander auch sagen, was die Freundschaft unter Umständen stört. Freunde sind nicht beleidigt oder kündigen gar die Freundschaft auf, wenn sie einander auch einmal weniger Angenehmes ins Gesicht sagen. Nur die falsche, die oberflächliche Freundschaft hält solche Belastungen, deren Bewältigung eine echte Freundschaft sogar noch vertiefen kann, nicht aus.

NUN IST ES SO, daß in der Politik die oberflächliche Version von Freundschaft weit verbreitet ist. Für manche ist die Freundschaft auch ein Selbstzweck, der sich als politischer Erfolg verkaufen läßt. Sie ist dann nicht mehr als eine Potemkinsche Fassade, die beim leisesten Windhauch vom Einsturz bedroht wird. Die deutsch-tschechische Freundschaft – zumindest diese offizielle Version auf Landes- und Bundesebene – scheint so eine zu sein. Denn nur so ist zu erklären, daß die deutsche Bundesregierung einem sudetendeutschen Staatsbürger jegliche Unterstützung in seinem Bemühen um eine Rehabilitierung versagt. Man beachte: In diesem konkreten Fall fordert jemand ausdrücklich nicht die Aufhebung der Beneš-Dekrete oder sein 1945 gestohlenes Eigentum zurück. Nein, dieser Mann möchte an seinem Lebensabend ganz einfach seine Ehre wiederhergestellt sehen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ist das ein unbilliges Verlangen? Wohl kaum. Tschechien sollte es als Mitglied der europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft nicht schwerfallen, einem bei Kriegsende dreizehn Jahre alt gewesenen Sudetendeutschen ohne langes Verfahren zu bescheinigen, daß er sich seinerzeit nichts zu Schulden kommen lassen hat und daher in vollem Umfang zu rehabilitieren ist. Das geht aber nicht, weil die entsprechende gesetzliche Grundlage fehlt.

DAS WÄRE DOCH eine wunderbare Gelegenheit für einen Freundschaftsbeweis, der umso mehr angebracht wäre, als Tschechien inzwischen ja einen Mann an der Staatsspitze hat, der die Sudetendeutschen ziemlich undifferenziert als Hitler-Fanatiker verunglimpft und die Vertreibung geradezu für eine Wohltat hält. Da bisher noch keine tschechische Regierung auf die Idee gekommen ist, ein Rehabilitierungsgesetz zu machen, das auch für Sudetendeutsche gilt, wäre es doch unter echten Freunden sicher möglich gewesen, einmal von deutscher Seite in dieser Causa anzuklopfen.

DAS GESCHIEHT ABER NICHT. Und zwar deshalb, weil Berlin fürchtet, daß die Tschechen dann sauer sein könnten und die wunderbare Freundschaft aufkündigen könnten. Das Auswärtige Amt in Berlin offenbart in einem – wohl nicht für die Öffentlichkeit bestimmten, nun aber doch an diese gelangten – Schreiben mit entlarvender Ehrlichkeit das vertriebenenpolitische Prinzip der Selbstverleugnung: Man tritt nicht ein für etwas, was man für richtig hält. Sprich: Man erkennt zwar durchaus das Berechtigtsein von sudetendeutschen Anliegen an, vertritt diese aber nicht, weil sich die tschechische Seite desavouiert fühlen würde. Das Verhindern eines möglicherweise eintretenden diplomatischen Schadens wird als höheres Gut eingestuft als Recht und Gerechtigkeit.

MAN IST NICHT überrascht, daß es so ist. Denn wer die Vertriebenenpolitik in den vergangenen Jahren verfolgt hat, wußte auch ohne diesen Brief aus dem Außenamt Bescheid. Nun aber haben es die Vertriebenen Schwarz auf Weiß, daß sie sich brausen gehen können.

FREUNDSCHAFT!?

Putins Prager Azubi

— Von Gernot Facius —

Die bittere Diagnose stammt von dem Publizisten Adam Michnik, der im „Wende"-Frühjahr 1989 mit Lech Walesa am Runden Tisch die ersten freien Wahlen in Polen aushandelte: „In den Ländern Osteuropas gibt es zwar einen starken Freiheitswillen, aber keine demokratische Tradition, dort besteht nach wie vor die Gefahr von Anarchie und Chaos. Demagogie und Populismus stehen hoch im Kurs. Wir sind die unehelichen Kinder, die Bastarde des Kommunismus, unsere Mentalität wurde von ihm geformt." Nein, Michnik hat in seinem „Spiegel"-Interview nicht die Tschechische Republik ins Visier genommen, die Scheinwerfer seiner Kritik sind vielmehr auf Rumänien, Bulgarien und – einem aktuellen Mainstream folgend – auf Ungarn gerichtet. Doch ebensogut könnte Michnik den tschechischen Nachbarn gemeint haben. Autoritäre Tendenzen, wie sie der ehemalige „Solidarnosz"-Mann beklagt, lassen sich in Prag genau so besichtigen wie in Bukarest, Sofia und Budapest. Die erste Jahreshälfte 2013 ist alles in allem nicht gut verlaufen für die tschechische Demokratie. Ein ausgehebeltes Parlament, gelähmte politische Parteien, eine manipulierte Verfassung – so beschrieb die angesehene Zeitung „Lidové noviny" die innenpolitische Situation an der Moldau nach dem Amtsantritt von Staatspräsident Miloš Zeman. Es kommt einem das Zitat aus Friedrich Schillers „Wallenstein" in den Sinn: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären." Es war zumindest töricht von den tschechischen Parteien, die Direktwahl des Staatsoberhauptes durchzusetzen – wider alle Warnungen von Verfassungsrechtlern. Nun haben sie, salopp gesagt, den Salat. Miloš Zeman scheint die Spielräume auszunutzen, die ihm sein Status als vom Volk, nicht mehr vom Parlament gewählter Präsident, bietet. Die Einsetzung einer ihm ergebenen Expertenregierung in der Nachfolge des von Skandalen erschütterten Mitte-Rechts-Kabinetts von Petr Nečas war der erste Streich. Die Mannschaft um den Wirtschaftsfachmann soll bis zu den nächsten regulären Wahlen amtieren. Dazu brauche sie nicht unbedingt eine Mehrheit, befand Zeman.

Egal ob diese Regierung die Vertrauensabstimmung im Parlament gewinnt oder scheitert: Allein der Versuch des Hausherrn auf der Prager Burg, eventuelle Unklarheiten der Verfassung für seine persönlichen Machtspiele zu nutzen, kommt einem Systemwechsel gleich. Dabei ist es doch gerade Aufgabe der Verfassung, das Funktionieren der Gewaltenteilung sicherzustellen. Die Verfassung kennt keine Expertenregierung. Ein Kabinett ohne politisches Mandat, von „oben" eingesetzt, birgt die Gefahr eines Staatsstreichs. Minister, die nur nach der Pfeife des Präsidenten tanzen – das gibt es nur in einem präsidialen System, in der Tschechischen Republik wäre ein solches System ohne Beispiel. Auf die Parteien ist wenig Verlaß, sie handeln nach ihren eigenen Interessen, sie sind mit mächtigen gesellschaftlichen Gruppen verfilzt und gegen Korruption nicht immun. Gut, daß wenigstens der seriöse Teil der veröffentlichten Meinung eine Wächterfunktion wahrnimmt. Einige Kommentatoren sprachen es offen aus: Miloš Zeman sei „Wladimir Putins Prager Azubi", als „Teil der Putinisierung" folge er damit einem Trend in Osteuropa. Den früheren Außenminister Karel Fürst Schwarzenberg erinnert das Gebaren des Präsidenten an die Machtergreifung der deutschen Nationalsozialisten 1933 und der tschechischen Kommunisten 1948. Man mag einen solchen Vergleich für historisch problematisch halten, für starken Tobak. Aber vielleicht bedarf es einer Zuspitzung, um die Europäische Union wachzurütteln. Die EU hat sich zu lange einseitig an Ungarn abgearbeitet. Nun, endlich ist die Brüsseler Kommission von führenden Vertretern der Europäischen Volkspartei (EVP), der stärksten Fraktion im EU-Parlament, aufgefordert worden, die Prager Vorgänge zu prüfen: „Wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht, müssen die gleichen Spielregeln für alle gelten, egal, ob die handelnden Personen Viktor Orban oder Miloš Zeman heißen."

Diplomatisch zurückhaltend hatte der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck seinen tschechischen Amtskollegen bei dessen Berlin-Besuch gemahnt, die Rolle des Präsidenten entsprechend des direkten Mandats zu definieren – „ohne dabei eine zweite Regierungsmacht im Land zu schaffen". Aufgabe des Staatsoberhauptes müsse es sein, gerade „in stürmischen politischen Zeiten moderierend und ausgleichend" zu wirken. Zeman zeigte sich von Gaucks Mahnung unberührt: Er betrachte die Worte seines Gastgebers keineswegs als Kritik. Ihm kam es bei seiner Visite an der Spree auf etwas anderes an: Deutsch-tschechische Übereinstimmung in der Sudetendeutschen Frage zu demonstrieren. Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel sei er sich einig gewesen, sagte Zeman nicht ohne Stolz, die Geschichte den Historikern zu überlassen, Politiker sollten sich um die Zukunft kümmern. Politisch korrekte Worte, die man zur Genüge gehört hat. Sie sollen das Wegschieben von Verantwortung kaschieren. Und war es nicht Zeman, der seinen Präsidentschaftswahlkampf zuletzt mit (antideutschen) Themen der Vergangenheit bestritten hat?

Nachbarschaftsverhältnisse werden, das weiß auch das tschechische Staatsoberhaupt, in erster Linie von den Politikern gestaltet. Sie sind, so sie den Willen dazu aufbringen, in der Lage, die bilateralen Beziehungen von Altlasten der Geschichte zu befreien. Historiker können ihnen dabei zur Hand gehen, mehr aber nicht. Miloš Zeman scheint jedenfalls nicht gewillt, dem sudetendeutsch-tschechischen Dialog Impulse zu geben. Wer weiß, vielleicht möchte er sich an einem Tag X aus innen- beziehungsweise machtpolitischen Gründen den demagogischen Rückgriff auf die Vergangenheit vorbehalten, wieder die Furcht vor den Sudetendeutschen schüren – wie im Jänner 2013 in der Auseinandersetzung mit seinem Gegenkandidaten Fürst Schwarzenberg. Die instabilen Verhältnisse an der Moldau schaden den zarten Versuchen einer Verständigung zwischen Sudetendeutschen und Tschechen, zumindest auf politischer Ebene. Da wirkt eine Passage im „Bayernplan" der CSU zur Bundestagswahl am 22. September nachgerade rührend, wenn auch anachronistisch: „Wir haben das Verhältnis zu unserem Nachbarn Tschechien auf eine neue Grundlage gestellt. Zum ersten Mal nach dem Krieg ist ein bayerischer Ministerpräsident auf Staatsbesuch in Prag gewesen. Der tschechische Ministerpräsident hat diesen Besuch erwidert. Wir wollen das neu aufgeschlagene Kapitel der Freundschaft zwischen Bayern und Tschechien im partnerschaftlichen Geist fortsetzen." Na, denn! Hoffentlich finden Horst Seehofer und die Seinen in Partei und Landsmannschaft bald wieder einen Partner a la Nečas, den gefallenen Engel von Prag, auf den sich die Münchener Vorstellungen von Freundschaft projezieren lassen. Im Augenblick ist das allerdings nicht mehr als eine – vage – Hoffnung.

E-mail-Adresse für die Abo-Verwaltung

Die „Sudetenpost " hat nun auch eine eigene E-mail-Adresse für die Abo-Verwaltung.
Bitte senden Sie daher alle E-mails, die **„Sudetenpost"-Abos** betreffen, ausschließlich an folgende Adresse:
aboverwaltung.sudetenpost@hotmail.com

„Die Staatengemeinschaft hat die Aufgabe, den Menschen zu helfen, deren ethnische, rassische, religiöse und kulturelle Zugehörigkeit mißbraucht wurde, um sie zu vertreiben ... Wer vertrieben wurde, hat Anspruch auf die Anerkennung der Rechte ... Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, über die Durchsetzung des Rückkehrrechts in die Heimat hinaus Möglichkeiten zu prüfen, wie Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverpflichtungen der Vertreiber geregelt werden können."

Einstimmige Entschließung des Deutschen Bundestages vom 23. 6. 1994.

„Jeder Akt der Vertreibung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Terrorisierung und Vertreibung von Gruppen aufgrund ihrer Herkunft, ihres religiösen oder kulturellen Hintergrundes muß international geächtet und sowohl völkerrechtlich wie strafrechtlich geahndet werden."

Einstimmige Entschließung des Deutschen Bundestages vom 28. 2. 1997.

Wieder Bierbrauer in Neuhaus

Im südböhmischen Neuhaus (Jindřichův Hradec) wird nach fünfzig Jahren wieder Bier gebraut. Gleich zwei kleine Brauereien nehmen in der historischen Stadt dieser Tage ihren Betrieb auf. Sie wollen an die lange Tradition anknüpfen, die nach den Historikern bis ins 16. Jahrhundert reicht. Im Jahr 1967 wurde der Betrieb der Neuhauser Brauerei beendet. Ihr Gebäude ist seitdem verfallen und vor zwei Jahren durch einen Brand völlig vernichtet. In Tschechien gibt es etwa 180 Kleinbierbrauereien, die sich vor allem auf spezielle Biersorten orientieren.

SUDETENDEUTSCHER HEIMATTAG 2013

Wien und Klosterneuburg – 14. und 15. September 2013

BRÜCKE DER GEMEINSAMKEIT SUCHEN

Samstag, 14. September – Wien

„Haus der Heimat", 1030 Wien, Steingasse 25, Festsaal, ebenerdig.

15.00 bis 17.00 Uhr: **„Nemči ven – Deutsche raus!"** Film von Simon Wieland über den Brünner Todesmarsch.

Sonntag, 15. September – Klosterneuburg

12.00 bis 12.45 Uhr: **Platzkonzert** der Stadtkapelle Klosterneuburg am Rathausplatz.

13.00 Uhr: **Feierliches Hochamt** in der Stiftskirche. Hauptzelebrant ist Domdekan von St. Stephan KR Prälat Mag. Karl Rühringer.

14.00 Uhr: **Fest-** und **Trachtenzug** vom Rathausplatz zum Sudetendeutschen Platz.

14.30 Uhr: **Toten-Gedenkfeier** mit Kranzniederlegung.

15.00 bis 18.00 Uhr: **Kundgebung** in der **Babenbergerhalle.**

Die Festrede hält **Pavel Kamas,** Buchverleger in Brünn / Brno.

Grußworte von **Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager** und den Vertriebenensprechern.

Sonderausstellung „Tom Jack – The Ice King" und **„Hausindustrie im Böhmerwald".** Böhmerwaldmuseum, 1030 Wien, Ungargasse 3, geöffnet jeden So. von 9 bis 12 Uhr.

Mährisch-Schlesisches Heimatmuseum: Neue Sonderausstellung ab 28. September: **„Bauer – Lehrer – Liederfürst – Franz Schuberts Familie".** 3400 Klosterneuburg, Schießstattgasse 2. Geöffnet Di. 10 bis 16 Uhr, Sa. 13 bis 17 Uhr, So. 9 bis 13 Uhr.

Büchermarkt der Buchhandlung Hasbach im Foyer der Babenbergerhalle.

Gratis-Pendelverkehr von 11 bis 12.30 Uhr Bhf. Klosterneuburg-Kierling – Babenbergerhalle.

Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten.

Versöhnungsbereitschaft läßt sich nicht herbeireden

Smír? Ne, zlo se nesmí zkreslit

PRAHA/AUGSBURG Benešovy dekrety se staly vynořují jako zombie. Česko by je mělo jednou provždy odmítnout.

Už tradiční vzkaz zazněl během víkendu z Německa, kde Augsburg hostil 64. Sudetoněmecký dny.

Jeden k „běžné agendě" se přidala tentokrát i rovnice: ocenění postojů vlády v čele s premiérem Petrem Nečasem a šéfem diplomacie Karlem Schwarzenbergem.

Premiér Nečas si dokonce odnesl přesvědčení, že velkému evropské politické scény – německému kancléři Konradu Adenauerovi či jednomu z otců jednotné Evropy, bývalému francouzskému premiérovi Robertu Schumanovi.

Setkání tak více než kdy jindy probělilo ve znamení česko-bavorského usmíření. Smiřlivé se totiž německá strana vyjadřila i na adresu prezidenta Miloše Zemana. Ten přitom avizovanou septimu probírání, že 90 procent sudetských Němců si za kolaboraci v našich zasloužilo trest smrti.

„Jsme připraveni vést dialog, respektujeme každého zvoleného představitele. Chceli může změnit názor," dal Zemanovi na okraj jistě šanci šéf krajanského sdružení a europoslanec Bernd Posselt.

Ovšem z české strany se namísto snahy o vzájemné vyrovnání vrátily spíše další ukázky vyhrocené spory a křivdy z minulosti.

Zlo staré více než šedesát let si musíme připomínat, aby se už nemohlo opakovat, řekl v projevu Jaroslav Vodička FOTO MAFRA – ONDŘEJ BOŠEK

Anläßlich des 64. Sudetendeutschen Tages brachte „Lidové noviny" am 20. 5. den Beitrag: „Aussöhnung? Nein. Das Böse darf nicht verzerrt werden", dem zu entnehmen ist, daß sich die deutsche Seite gegenüber Präsident Zeman, der noch unlängst verkündet hatte, daß neunzig Prozent der Sudetendeutschen für ihre Kollaboration mit den Nazisten die Todesstrafe verdient hätten, versöhnlich zeigte (Posselt: „Ein Mensch kann seine Ansicht ändern"). Dagegen kehrten auf der tschechischen Seite eher verbale Eskalierungen im Streit um die Vergangenheit zurück. Hinzu kommen Äußerungen des Vorsitzenden des Tschechischen Verbandes der Freiheitskämpfer, Jaroslav Vodička (auf dem Foto in Uniform eines Oberstleutnants), der auf einer Trauerfeier in Theresienstadt u. a. sagte: „Wir lehnen es ab, die Geschichte zu manipulieren ... müssen das mehr als sechzig Jahre alte Böse erneut in Erinnerung rufen ... darin sind wir allen Toten und Überlebenden Theresienstadts verpflichtet." Daß dabei Vodička auch an die nach Kriegsende durch tschechische Hand in der Kleinen Festung umgekommenen deutschen Opfer gedacht haben könnte, ist eher unwahrscheinlich. Und eigentlich sind auch wir verpflichtet, das Andenken der auf diese Weise umgekommenen Landsleute wachzuhalten.

Auch hierzulande werden Ursache und Wirkung der geschichtlichen Begebenheiten vertauscht, wird uns ein falsches Geschichtsbild verordnet. In dieser Hinsicht unterliegen auch wir einer Manipulation der Geschichte, vor der Miloš Zeman auf der erwähnten Trauerfeier gewarnt hat: „Begeben wir uns der Rechte auf Information ... und lassen wir uns selbst manipulieren, werden wir uns wirklich so verhalten wie Schafe." Das könnte auch für uns gelten.

wyk

Viele Informationen über die Arbeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

http://hausderheimat.npage.de/

EINGESCHRÄNKTER BÜROBETRIEB

Während der Urlaubssperre vom 5. bis zum 23. August ist im SLÖ-Büro in Wien fallweise ein Journaldienst anwesend. Die Bürozeiten: Montag bis Donnerstag von 9 bis 13 Uhr.

ZITAT

„Man kann nicht mit einer Hand die EU-Flagge hissen und mit der anderen, sei es nur symbolisch, die Sudetendeutschen aufhängen.“

Der Autor Jan Palata in einem in der Tageszeitung „Lidové noviny“ erschienen Kommentar über den tschechischen Staatspräsidenten Miloš Zeman.

Generationswechsel bei Freiheitskämpfern

Auch der neue Vorsitzende des militant geführten tschechischen Verbandes der Freiheitskämpfer (Český svaz bojovníků za svobodu) gehört nicht mehr der Erlebnisgeneration an. Den Vorsitz des Verbandes hat die sonderbare Gestalt Jaroslav Vodička, Jg. 1948, übernommen (nach seiner Uniform ein Major). Mit dem Widerstand hat er nur soviel gemein, als er der Sohn eines der wolhynischen Soldaten der Svobodarmee ist und daß seine Fähigkeit für das Gespür (Empathie) gegenüber den tschechisch-deutschen Beziehungen im Gegensatz zu vielen wirklichen Widerstandskämpfern gleich null ist (aus einem anderen Zusammenhang entnommen aus „LN“ vom 26. 6. 2013). wyk

Geschichte der Vertriebenen als Unterrichtsschwerpunkt

Der Österreichische Nationalrat hat Anfang Juli einstimmig einen Entschließungsantrag beschlossen, der die Bildungsministerin Claudia Schmied auffordert, ab dem Schuljahr 2014 / 15 unter anderem die Geschichte der Vertriebenen im Rahmen des Gegenstands „Politische Bildung“ zu erörtern und zu behandeln. Die Rolle der Vertriebenen werde damit ab 2014 als ein Part der generellen Entwicklung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Integration beleuchtet. „Dieser oftmals wenig oder nicht beachtete Teil der europäischen Geschichte trägt viel zu Identität und Selbstverständnis Österreichs bei“, so ÖVP-Vertriebenensprecher Michael Hammer, der unterstrich, daß damit eine Initiative der Heimatvertriebenenverbände ihre Umsetzung erfährt. Mit diesem neuen Unterrichtsschwerpunkt sollen den Schülern Begriffe wie Sudetendeutsche, Donauschwaben oder Siebenbürger Sachsen bald kein Fremdwort mehr sein. Auch soll das Verständnis wachsen, daß in geographisch dislozierten Gebieten Europas Menschen leben, die nach wie vor österreichische Traditionen pflegen. „Ich gehe davon aus, daß Bildungsministerin Schmied die Vertriebenenverbände intensiv bei der Erstellung der entsprechenden Unterrichtsschwerpunkte einbinden wird“, so Hammer. Ein weitergehender Antrag der FPÖ-Vertriebenensprecherin Anneliese Kitzmüller fand dagegen keine Mehrheit. Die Abgeordnete zeigt sich über die mangelnde parlamentarische Unterstützung enttäuscht: „Von der SPÖ ist nichts anderes zu erwarten gewesen als eine Ablehnung. Doch daß auch die ÖVP bei dem Antrag nicht mitstimmt, wenn es um die Geschichte der vertriebenen Altösterreicher geht, ist schon eine sehr schwache Leistung.“

Hammer weist die Kritik zurück und wundert sich: Denn im Unterrichtsausschuß habe die FPÖ dem dann beschlossenen Antrag ohne Änderungswünsche zugestimmt. Kitzmüller habe „nur unseren Antrag 1:1 kopiert und dann eben noch Passagen betreffend Tito-Partisanen eingefügt“. Dies sei aber, so Hammer, „nicht zielführend, weil sonst müßten wir noch viele andere Dinge detailliert aufführen“.

Der VLÖ begrüßte die Initiative. „Den Vertriebenensprechern von ÖVP und SPÖ, NRAbg. Michael Hammer und NR-Abg. Franz Kirchgatterer und ihren Abgeordnetenkolleginnen gebührt ein großer Dank, daß sie sich dieses wichtigen Themas konstruktiv angenommen haben und somit auch das Vertreibungsthema, welches leider viel zu lange in den Lehrplänen unberücksichtigt geblieben ist, in naher Zukunft in den Schulen vermehrt erörtert und behandelt werden wird“, so VLÖ-Präsident Rudolf Reimann und Generalsekretär Norbert Kapeller.

Rumänien: Entschädigung nun auch für Ex-Staatsbürger

Das rumänische Parlamentes hat die Einbeziehung der Opfer politischer Verfolgung, die zwischenzeitlich die rumänische Staatsangehörigkeit verloren haben, in den Anwendungsbereich des Entschädigungsdekretes 118 / 1990 endgültig beschlossen.

Die Gesetzesänderung war zuerst von der rumänischen Regierung als Gesetzesvorhaben durch Kabinettsbeschluß auf den Weg gebracht und vom rumänischen Senat zustimmend beschlossen worden (vgl. www.siebenbuerger.de). Durch die Entscheidung der Abgeordnetenkammer ist das Gesetz nun endgültig beschlossen.

Nach dieser Gesetzesänderung können nun alle Betroffenen von politischer Verfolgung in Rumänien sowie die Opfer von Deportation und Kriegsgefangenschaft selbst nach Ablegen der rumänischen Staatsangehörigkeit eine monatliche Entschädigungsrente beantragen. Diese wird in Euro auf das Konto der Betroffenen monatlich ausgezahlt. Antragsberechtigt sind die Betroffenen sowie nach deren Ableben die nicht wieder verheirateten Witwen / Witwer. Von dieser Änderung erfaßt werden alle Personengruppen, die zu den „Betroffenen“ im Sinne des Dekretes 118 / 1990 gehören. Das sind gemäß Art 1 Absätze 1 und 2 des Dekretes 118 / 1990 alle Personen, die

- ❍ auf Grund politischer Verfolgung nach Verurteilung oder auf Grund eines Haftbefehls Freiheitsentzug erlitten haben;
- ❍ durch Administrativmaßnahmen oder zu Untersuchungen von den Repressionsbehörden festgehalten wurden;
- ❍ in psychiatrische Anstalten zwangseingewiesen waren;
- ❍ einen Zwangswohnsitz zugewiesen bekommen haben;
- ❍ zwangsweise in andere Ortschaften umgesiedelt worden sind, nach dem 23. 8. 1944 ins Ausland verschleppt worden sind;
- ❍ nach dem 23. 8. 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten oder nach Vereinbarung des Waffenstillstandes in Kriegsgefangenschaft behalten worden sind.

Die wichtigsten Anwendungsfälle für die Deutschen aus Rumänien dürften die Zwangsdeportationen in die Sowjetunion sowie die Zwangsumsiedlungen (Baragan, Szeklerland etc.) darstellen.

Anerkennung der deutschen Volksgruppe überfällig!

Zu einer Forums- und Publikumsdiskussion unter dem Veranstaltungstitel **„Die Anerkennung – der Weg zur verfassungsmäßigen Verankerung der deutschsprachigen Volksgruppe als autochthone Minderheit in Slowenien“** lud das „Grenzüberschreitende Regionalmuseum mit historischem Archiv Steiermark – Štajerska“ kürzlich in das südsteirische Ehrenhausen.

Im Kreise von über 300 Veranstaltungsteilnehmern diskutierten unter anderem Außenamts-Staatssekretär Reinhold Lopatka, Univ.-Prof. Stefan Karner, die Obfrau des Kulturvereins deutschsprachiger Frauen-Brücken in Marburg, Veronika Haring, und die Obfrau der Landsmannschaft der Deutsch-Untersteirer, Ingeborg Mallner, über den Status quo der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien, die Bestrebungen und Perspektiven, damit dieser Volksgruppe der längst überfällige offizielle und verfassungsmäßige Status als autochthone Minderheit in Slowenien zuerkannt wird.

Lopatka betonte, daß wohl noch ein gewisser Weg zur offiziellen Anerkennung zu beschreiten sein wird – eine Meinung, die Univ.-Prof. Stefan Karner teilte, gleichzeitig aber darauf hinwies, daß eine offizielle Anerkennung der deutschen Volkgruppe aufgrund der slowenischen Verfassung längst überfällig wäre. Slowenien sei ein einziger großer Friedhof, egal wo man graben würde, fände man Menschenknochen, so Karner mit Blick auf die zahlreichen in der Vergangenheit gefundenen Massengräber mit Opfern des Nachkriegsterrors.

VLÖ-Bundesvorsitzender Rudolf Reimann äußerste sich erschüttert darüber, daß sich Slowenien noch immer gegen eine offizielle Anerkennung der deutschen Volksgruppe stemmt, im Kontext eines vereinten Europas sei diese Situation jedenfalls ein Hohn, dem wohl nur eine fundamentalistische Sichtweise zugrundeliegen könne, so Reimann.

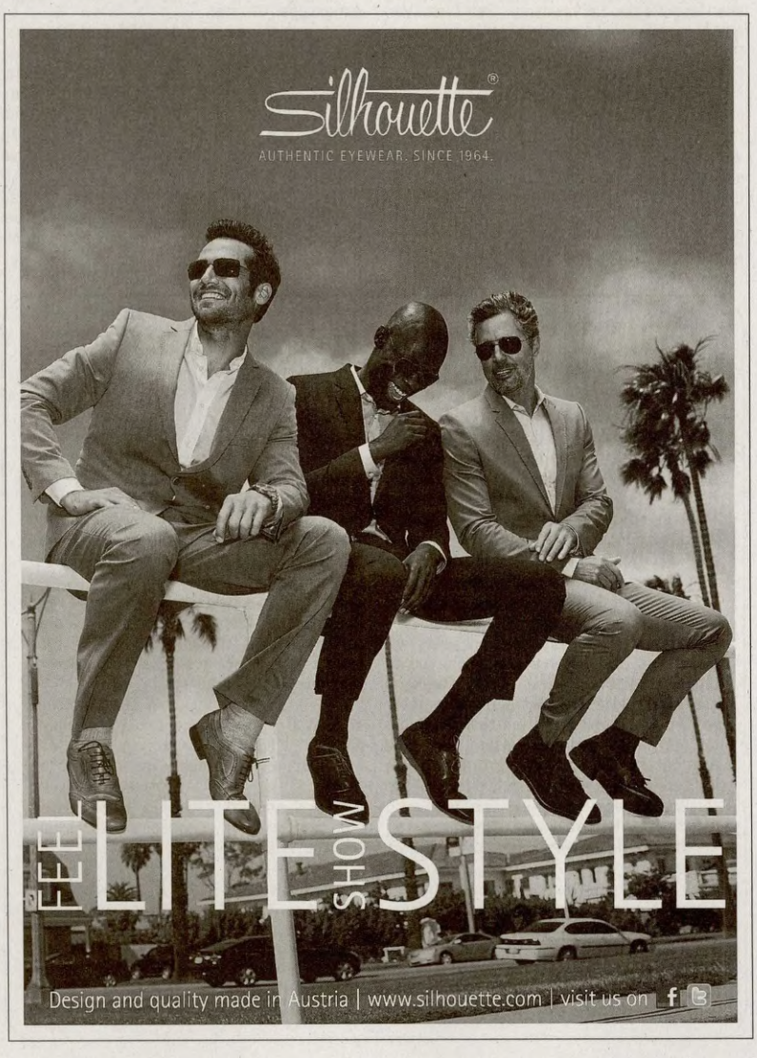
VLÖ-Generalsekretär Kapeller zeigte sich überzeugt, daß Österreich eine wichtige Position im ostmitteleuropäischen Staatenverbund einnehme: „Österreich sollte doch mit entsprechendem Nachdruck auf die Anerkennung der deutschen Minderheit in Slowenien pochen und drängen. Es geht um Emotionen, geschichtliche Wahrheit und um das Europa der Menschenrechte, der kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Dies gilt es unermüdlich einzufordern – und wir werden es auch tun“, so Kapeller abschließend.

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Tschechien unerwünscht?

Der Deutsch-tschechische Zukunftsfonds und das Deutsch-tschechische Gesprächsforum haben kürzlich zu einer Festveranstaltung anläßlich ihres 15. Jubiläums in das Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik nach Prag eingeladen. Die Schirmherrin zu dieser Veranstaltung, Parlamentspräsidentin Miroslava Němcová, war aus aktuellem Anlaß wegen ihrer möglichen, dann aber doch nicht zustandegekommenen Kandidatur als tschechische Premierministerin nicht erschienen.

Die Festrede vor rund 200 Besuchern hielt Senatsvorsitzender a. D. Petr Pithart. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Tschechen und die Deutschen den Zukunftsfonds unbedingt bräuchten und diese Einrichtungen ein gutes Beispiel für friedliche Zusammenarbeit in Europa seien. Viele, vor allem auch kleine Projekte seien damit in der Vergangenheit finanziert worden, und dies müsse auch in Zukunft so geschehen. Dabei dürfe bei entsprechenden Entscheidungen die gemeinsame deutsch-tschechische Geschichte nicht ausgeklammert und schon gar nicht den Historikern zur Beurteilung überlassen werden. Aber die Menschen in den beiden Nachbarländern sollten mehr über die Leiden der Vergangenheit gegenseitig berichten. Hier bestehe, so Pithart, auf deutscher Seite durchaus noch ein gewisser Nachholbedarf und es müsse auch endlich Schluß sein mit den immer wieder vorgebrachten „sudetendeutschen“ Emotionen. Denn für manche Tschechen klängen Bezeichnungen wie „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ geradezu „feindlich“. Deshalb sollten die ehemaligen deutschen Mitbürger in der damaligen Tschechoslowakei auch nicht in eine Zwangszugehörigkeit als „Sudetendeutsche“ einbezogen werden.

Über diese Ausführungen eines ehemaligen hohen tschechischen Politikers waren die drei stellvertretenen Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Siegbert Ortmann, Steffen Hörtler und Claus Hörrmann, die als geladene Gäste an der Veranstaltung teilgenommen haben, schon erstaunt. Denn nach den spürbaren Annäherungen zwischen Tschechen und Sudetendeutschen in den letzten Jahren, zu denen ihre Organisation nicht unerheblich beigetragen habe, könnten die persönlichen Einschätzungen des tschechischen Politikers Pithart wirklich als „von gestern“ bezeichnet werden. „Wir lassen uns unsere Identität als sudetendeutsche Volksgruppe in Europa in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von niemandem in Frage stellen, auch nicht von den tschechischen Nachbarn“, so die drei SL-Vertreter im Anschluß an die sehr aufschlußreiche Veranstaltung in Prag.



Österreich erinnert Kroatien an fehlende Lösung der Entschädigungsfrage

Auf Einladung der kroatischen Botschafterin Andrea Ikic-Böhm fand kürzlich in der Österreichischen Residenz in Zagreb (Agram) ein Arbeitsgespräch mit Vertretern von Minderheiten in Kroatien statt.

Neben den Repräsentanten der deutschen Minderheit nahmen auch der Vertreter der Minderheiten im kroatischen Parlament und der Vorsitzende des Rates für nationale Minderheiten an den Gesprächen teil.

Ikic-Böhm wies ganz besonders auf die offene Frage der Restitution für nicht-kroatische Staatsbürger hin und ersuchte auch den Vertreter des Parlaments, Josip Kregar, um dessen Unterstützung, damit endlich Gleichheit in der Frage der Entschädigung entstehen könne. Die Schlechterstellung der vertriebenen Donauschwaben im Vergleich zu anderen damals enteigneten Gruppen sei unmöglich, brachte die Botschafterin die schiefe Rechtslage in Kroatien auf den Punkt.

Der Bundesvorsitzende der Volksdeutschen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ), Rudolf Reimann, bezog sich ebenso auf diese offene Frage und verwies auf das gute Beispiel des Nachbarn Serbien, wo immerhin diese Gleichstellung in der Restitutionsgesetzgebung verankert ist.

Zusammenschluß der deutschen Minderheiten

VLÖ-Generalsekretär Norbert Kapeller erläuterte den Grund des Zusammentreffens auch dahingehend, daß hinkünftig der VLÖ einen losen Zusammenschluß mit den deutschen Minderheiten in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Donaumonarchie anstrebt, um so die Voraussetzungen für gemeinsame Projekte innerhalb möglicher EU-Programme in der kommenden Budgetperiode zu verwirklichen.

„Bei diesen grenzüberschreitenden Projekten geht es um das Bewußtsein für die Geschichte der Europäischen Union und für eine europäische Identität und andererseits um die Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Beides dient vor allem dem Erhalt und der Bewahrung der Minderheiten in den einzelnen Mitgliedsländern und somit auch der Stärkung bzw. dem Erhalt der deutschen Minderheiten in Mittelosteuropa und dem Donauraum", ist Kapeller von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit überzeugt.

In gemütlicher Runde und bei vielen interessanten Gesprächen – auch mit Vertretern der kroatisch-österreichischen Gesellschaft – wurden die engen geschichtlichen wie auch heute gelebten Verbindungen zwischen den beiden Ländern einmal mehr deutlich.

Mit dem Zweck, die Verbundenheit Österreichs und des VLÖ mit den deutschen Minderheiten zu dokumentieren und auszubauen, war das Arbeitstreffen in Zagreb nach den Gesprächsrunden in Prag und Preßburg nunmehr die dritte Zusammenkunft in den österreichischen Botschaften

Zeman verweigert Kanada-Besuch

Der tschechische Staatspräsident Miloš Zeman werde während seiner Amtszeit keine Reise nach Kanada unternehmen, sollte weiterhin eine Visumspflicht für tschechische Staatsbürger gelten. Das sagte der Direktor des auswärtigen Ausschusses der Präsidentenkanzlei, Hynek Kmoníček. Seit 2009 herrscht für tschechische Bürger Visumspflicht bei Besuchen in dem nordamerikanischen Land. Als Grund wird eine Welle von Asylanträgen aus Tschechien genannt, die 2009 in Kanada eingegangen seien. Damals handelte es sich vor allem um Roma, die sich über Verfolgung und Rassismus in Tschechien beschwert hatten. Seitdem versuchen die tschechischen Behörden vergeblich, Kanada zur Rücknahme der Visumspflicht zu bewegen.

Miloš Zeman lud zum „Letzten Abendmahl" auf die Prager Burg

Präsident Miloš Zeman hat für die Mitglieder der zu Ende gehenden Regierung ein letztes Abendessen gegeben. Aus dem siebzehngliedrigen Kabinett des Petr Nečas (ODS) kommt jedoch nur ein Torso auf die Prager Burg, schrieb „Lidové noviny" am 8. 7. 2013 auf S. 3.

Obzwar an Zeman ursprünglich die Teilnahme von sechs der siebzehn Regierungsmitglieder avisiert worden war, entschuldigte sich am Ende noch die abtretende Kulturministerin Alena Hanáková (TOP 09), schrieb „Lidové noviny" am folgenden Tag.

Außer Tomáš Chalupa (Umweltminister in Demission) kamen nur der Vorsitzende des Legislativrates der Regierung, Petr Mlsna, der Chef des Ressorts des Schulwesens, Petr Fiala, Verteidigungsminister Vlastimil Picek (der in dieser Funktion in der neuen Regierung bleibt) und Premier Petr Nečas (ODS).

Die Gäste kamen am 8. Juli kurz nach 19 Uhr in den durchsonnten dritten Burghof. Von sich nähernden Journalisten und Touristen waren sie von einer Schnur getrennt. Später begaben sie sich mit Leuten aus der Burg und dem Präsidenten in den Hartigovská zahrada (Garten?). Von da gingen sie weg, begleitet von Musik der Burgwache. Es erwartete sie die Bewirtung am runden Tisch bei Kerzenschein.

Die Mehrzahl der Regierungsmitglieder entschuldigte sich schriftlich. „Ich habe mich anständig entschuldigt und damit endete es", sagte Finanzminister Miroslav Kalousek (TOP 09). Die Minister argumentierten oftmals damit, daß sie die Einladungen zu spät erhalten und schon andere Programme haben. (Die Vizepremierin Karolina Peake entschuldigte sich mit einem lange geplanten Urlaub.) Hinter der Höflichkeit verbirgt sich der Unmut darüber, daß Zeman der Regierung Rusnok den Vorrang gegeben hat vor einer Rekonstruktion der Regierung mit der taktierenden Parlamentspräsidentin Miroslava Němcová (ODS). Beispielsweise von TOP 09 (Schwarzenberg) kam nicht ein einziger Minister.

Der amtierende Chef der ODS und Gewerbe- und Handelsminister Martin Kuba fuhr mit Verkehrsminister Zbyněk Stanjur in das Ostrauer Gebiet, wo sie Interessenten erläutern wollen, was sich in der politischen Szene tut. (Aus dem Beitrag „Ein Torso der Regierung speiste zu Abend mit Zeman. Nečas fehlte nicht" in „Lidové noviny", 9. 7. 2013.)

Das Szenario erinnert unwillkürlich an das biblische Gleichnis vom Hochzeitsmahl, bei dem sich die Geladenen entschuldigten (Matthäus 22 1-14). wyk

Auch im südböhmischen Budweis Unruhen auf der Straße

Explosionen von Schreckgranaten, Schwaden von Tränengas, demolierte Autos, verletzte Polizisten und Demonstranten. Die Antiromademonstration steigerte sich am 27. Juni abends regelrecht zu einem Straßenkrieg. Ort des Geschehens war die Budweiser Siedlung Máj. Also keine der explosiven nordböhmischen Lokalitäten, sondern die südböhmische Metropole, bisher bekannt für ihre konfliktfreie Atmosphäre. Etwas Derartiges hatten die Budweiser noch nicht erlebt.

„Das hast Du davon, Du Blödmann, wärst Du nicht hierhergekrochen gekommen", schreit ein etwa vierzigjähriger Mann zu einem sich vor Schmerzen krümmenden Polizisten, der von einem geworfenen Stein getroffen worden war.

Während die „Schwerbekleideten" (Polizisten in Schutzkleidung, Kopf- und Gesichtsschutz, schußsicherer Weste) die hiesigen Roma vor der aufgebrachten Menge schützen, feuern viele der Anwesenden die angreifenden Radikalen an, die Steine auf die Polizisten werfen. „Warum schützt Ihr die Zigeuner, schützt uns!", schreit ein etwa siebzigjähriger taumelnder Mann und geht unerschrocken gegen den Polizeikordon vor.

Das nützen augeblicklich die Extremisten aus – in der Regel Jugendliche – und schleudern einen weiteren Steinhagel gegen die Polizisten. Diese antworten mit Schreckgranaten und Tränengas, das durch die offenen Fenster in die in den Plattenhäusern gelegenen Wohnungen dringt.

Anlaß zur Gewalt war ein zehn Tage alter Konflikt von Kindern in einem Sandkasten der Siedlung. Ein Romajunge hat angeblich ein weißes Kind angefallen, für das sich seine schwangere Mutter einmischte. Diese wurde wiederum von einer weiteren Mutter angefallen und der Zwischenfall steigerte sich in eine Rauferei von fünf Frauen und drei Männern. Dabei erlitten die schwangere Frau und ihr Freund Verletzungen. Die Polizisten, die an den Ort kamen, mußte eine weitere Hundertschaft Hinzugekommener bändigen, die sich gegenseitig verbal angriffen.

Obwohl die Polizei den Fall noch nicht abgeschlossen hatte, begannen die Menschen wegen des sozialen Netzes nach einer Demonstration zu rufen, die die unerfreulichen Verhältnisse in der Budweiser Siedlung Máj zum Gegenstand hat.

Auf dem Platz Přemysl Otakar II. kamen an die 400 Menschen zusammen, aber auch „Kahlköpfe", wohl aus Winterberg oder aus Ostrau. „Die Zigeuner schlagen unsere Kinder und tun ihnen Gewalt an", sagte einer der Redner vor der Menge. Die Veranstalter haben die Demonstration offiziell nach 17 Uhr aufgelöst und Teile der Menge begaben sich daraufhin auf eigene Faust zur Siedlung Máj, wo „schwergekleidete" Polizei schon auf sie wartete. Steine wurden geworfen, die Extremisten verlangten, daß ihnen die Polizei den Weg zu den Roma freigibt. „Das Problem lag darin, daß die ruhig verlaufende Demonstration Radikale aus vollkommen anderen Orten der Republik mißbraucht haben", sagte der Primator der Stadt Budweis, Juraj Thoma, gegenüber „LN". Nur, daß bei den Attacken auf die Polizei „Kahlköpfe" praktisch nicht zu sehen waren. Unter den Steine und Flaschen Werfenden überwogen in der Mehrzahl sechzehnjährige Jugendliche, verkleidet und mit Kapuzen. Unter ihnen bewegten sich etwa zweitausend Erwachsene, die dem Treiben zusahen, fallweise zu Auswüchsen aneiferten. Nach 20 Uhr beruhigte sich allmählich die Lage, die Menge begann auseinanderzugehen. Eine etwa dreißigjährige Frau mit langem Haar stand bei der Post in der Siedlung und wischte sich die Tränen ab. „Nein, ich habe nichts, aber schaut herum, das kann doch nicht Budweis sein", klagte sie.

Die Polizei nahm neununddreißig Personen fest, sieben sind des Widerstands gegen die Staatsgewalt verdächtigt, gegen die anderen zweiunddreißig wird wegen Übertretungen ermittelt. Am Sonntag herrschte in der Siedlung wieder Ruhe. Nur die Polizisten blieben am Ort zurück. (Nach dem Beitrag von Marek Kerles, „Straßenkrieg. Warum in Budweis?" in „Lidové noviny" vom 1. 7. 2013.) wyk

Völkermord verjährt nicht!

Die Wahrheit zur Vertreibung ist zumutbar

„... Die Vertreibung war, was immer die Siegermächte in Potsdam im August 1945 beschlossen haben, ein Verbrechen. Meine Familie kam glimpflich davon. Aber viele Menschen wurden erschlagen, gequält, alle entschädigungslos enteignet. Das Schicksal meiner Volksgruppe habe ich in dem Buch ‚Die Vertreibung' beschrieben. Gegen Ende unseres Lebens wollen wir, die Flüchtlinge und Vertriebenen des Jahres 1945, darüber offen reden und uns unseres Schicksals vergewissern. Das lassen wir uns nicht verbieten, auch nicht von jenen Nachbarvölkern, die ohne Zweifel von der Generation unserer Großväter und Väter, ein paar Großmütter und Mütter eingeschlossen, ungerecht angegriffen, dezimiert, ihrer Würde und vieler Lebenschancen beraubt wurden. Diese Nachbarvölker lassen sich von uns auch nichts verbieten, zu Recht. Man denke an die Ehrungen des Vertreibers Edvard Beneš in Prag.

Mir muß man über die Nazis nichts erzählen. Meine Genossen wurden von ihnen in die Konzentrationslager gesperrt, in die Emigration getrieben oder getötet... Willly Brandt hat aber auch, 1966 und als Außenminister, im Parlament gesagt: ‚Niemand wird nachträglich seine Zustimmung zum bitteren Unrecht der Vertreibung geben oder uns abverlangen können.' Ich lasse mir nicht einreden, daß eine korrekte Darstellung der Vertreibung von 1945 und die Forderung, die unschuldigen Opfer dieser Vertreibung nicht zu vergessen, auf eine Rehabilitierung der Nazis und auf eine Beschuldigung der Nachbarvölker hinausliefe... Unverständlicher ist mir die deutsche Babyboom-Linke, die so tut, als seien die Polen (sic: und andere) Unmündige, denen man die Wahrheit nicht zumuten und jede Exaltation nachsehen müsse...

Die Frage ‚Wollt Ihr denn das Verhältnis zu den Polen (sic: und andern) nachhaltig beschädigen?' ist falsch gestellt. Man muß – im neuen Europa – wenigstens offen reden können. Für das deutsch-polnische (sic: und andere) Verhältnis tragen Polen (sic: und andere) genauso Verantwortung wie wir..."

Zitiert aus dem Buch / Econ-Verlag „Von Heimat zu Heimat" des verstorbenen Peter Glotz (geb. 1939 / Eger. SPD-MdB / SPD-Bundesgeschäftsführer unter Bundeskanzler Willy Brandt / Gründungsrektor Universität Erfurt / Prof. Hochschule St. Gallen / Beirat „Zentrum gegen Vertreibungen").

Antikomplex hat auch 15 Jahre nach der Gründung große Pläne

Parallel zum Deutsch-tschechischen Zukunftsfonds wurde 1998 auch der tschechische Verein Antikomplex gegründet. Der Verein bemüht sich seit fünfzehn Jahren um eine kritische tschechische Aufarbeitung der jüngeren nationalen Geschichte, in der bis kurz nach dem Zweiten Weltkrieg auch drei Millionen Deutschböhmen ihren festen Platz hatten. Dazu hat Antikomplex schon mehrere Projekte durchgeführt.

Ondrej Matejka ist Gründer des Vereins und leitet ihn auch. Als eine der gelungensten Aktivitäten seins Vereines bezeichnet er das Projekt „Das verschwundene Sudetenland". Dafür wurden seit 2002 alte Bilder aus dem Sudetenland genommen und mit neuen Bildern verglichen, die von der gleichen Position aus aufgenommen wurden. Dieser Vergleich sei, so Matejka, „eine nüchterne Aussage über die Veränderung im Grenzgebiet, die der Bevölkerungssaustausch nach sich gezogen hat. Somit kann man direkt sehen, was man sonst nur ahnt: Daß sich dieser Bevölkerungsaustausch, bei dem sich nach der Vertreibung von drei Millionen Deutschen mehrere Millionen Tschechen angesiedelt haben, im Leben dieser Region widerspiegelt, daß er nachwirkt. Diese Nachwirkung läßt sich mit den vergleichenden Bildern relativ schön und eindeutig visualisieren und damit auch verständlich machen". Die Wanderausstellung ist seit zehn Jahren unterwegs, und das dazugehörige Buch wurde in mehreren Auflagen herausgegeben.

Das nächste große Projekt ist ein Buch über die deutsche Minderheit, das in Zusammenarbeit mit der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien entstehen wird. Es wird „Bei uns verblieben" heißen. Ziel des Buches ist es, auf der Grundlage von vierzehn Gesprächen die Identität der Deutschen in Tschechien zu schildern. Wir zielen vor allem darauf ab, zu zeigen, daß diese nicht so eindeutig ist.

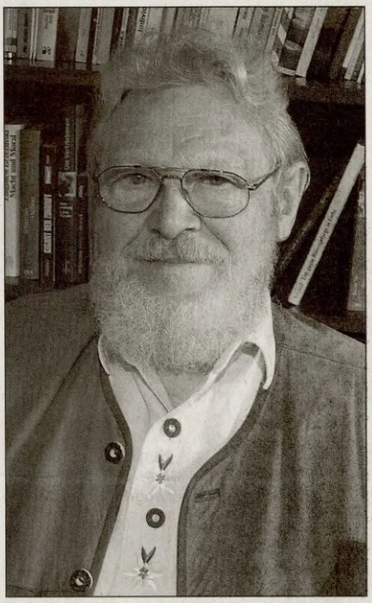
Warum das Berliner Außenamt Sudetendeutschen diplomatischen Schutz versagt:

„Erheblicher diplomatischer Flurschaden“

Kein Politiker würde die Beweggründe für die Ignoranz gegenüber sudetendeutschen Anliegen so offen aussprechen. Ein der „Sudetenpost“ vorliegendes Schreiben aus dem Berliner Außenamt offenbart aber ungeschönt die Motive der Untätigkeit. Und es entlarvt die Kaltschnäuzigkeit, mit der selbst moralisch für gerechtfertigt gehaltene Belange auf dem Altar der hohen Diplomatie geopfert werden. Lesen Sie im folgenden Auszüge aus diesem Schreiben des Referates für Staats- und Verwaltungsrecht im deutschen Außenministerium an Rechtsanwalt Thomas Gertner, mit dem das Ersuchen seines Mandanten Erhard Lug (82) um „diplomatischen Schutz“ bei dessen Bemühen um Rehabilitierung in Tschechien abgewiesen wurde (Zwischentitel von der Redaktion eingefügt):

„Sehr geehrter Herr Dr. Gertner,

Zunächst möchte ich Ihnen versichern, daß ich das Anliegen Ihres Mandanten zu keinem Zeitpunkt verkannt habe. ... Die Offenheit gebietet es jedoch, hier vorweg klarzustellen, daß eine andere Entscheidung auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Betracht kommt. Ich möchte Ihren Mandanten daher auch, Ihrer ursprünglichen Bitte entsprechend, noch einmal förmlich und in rechtsmittelfähiger Form dahingehend bescheiden, daß die Bundesrepublik Deutschland Erhard Lug keinen diplomatischen Schutz dahingehend zukommen lassen wird, auf die Tschechische Republik mit dem Ziel des Erlasses eines nationalen Rehabilitationsgesetzes hinzuwirken, auf dessen Basis Erhard Lug für sich und seine Familienmitglieder auf justizförmigem Wege eine individuelle Rehabilitierung begehren könnte.



Erhard Lug: Sein Streben nach Rehabilitierung in der Tschechischen Republik wird vom deutschen Außenamt zwar als legitim betrachtet, verscherzen will es sich Berlin mit Prag deshalb aber nicht. Foto:Privat

Zu den Gründen:

Sie führen zunächst einmal in Ihren beiden Schreiben selbst aus, daß der Bundesrepublik Deutschland in der Frage der Gewährung diplomatischen Schutzes notwendig ein sehr weit abgesteckter Ermessensspielraum zukommen muß, und akzeptieren wohl offenbar auch zugleich, daß es entsprechend der ständigen Entscheidungspraxis des Auswärtigen Amtes, hinsichtlich der Unterstützung individueller Restitutionsbegehren regelmäßig nicht ermessensfehlerhaft sein wird, diese mit Blick auf die besonderen bilateralen Beziehungen zur Republik Polen bzw. zur Tschechischen Republik abschlägig zu bescheiden.

Allgemeine moralische Berechtigung des Anliegens

So sehr ich aber auch die allgemeine moralische Berechtigung des Anliegens Ihres Mandanten bejahen möchte, kann ich doch zugleich keinen derart fundamentalen oder eben auch kategoriellen Unterschied zwischen den beiden angesprochenen Arten von Begehren erkennen, daß in diesem Fall nun sogar gar kein Ermessensspielraum mehr bestehen sollte. Auch die Enteignungen, die den Gegenstand der erwähnten umstrittenen Resititutionsbegehren bilden, sind ja durchaus von der Bundesrepublik Deutschland stets als völkerrechtswidrig betrachtet worden. Auch wenn beide Anliegen also sicherlich von erheblich unterschiedlicher diplomatischer Brisanz sind, erschiene das von Ihnen begehrte Herantreten an die Tschechische Republik keineswegs von vornherein unproblematisch.

Die von Ihnen der Sache nach ins Feld geführte Figur der „Ermessensreduzierung auf Null“ kann daher nach hiesiger Ansicht im Bereich der Gewährung diplomatischen Schutzes strukturell von vornherein nicht zur Anwendung kommen. Ihre sachliche Berechtigung hat sie allein an solchen Stellen des nationalen Verwaltungsrechts, an denen einem einer Behörde eingeräumten Ermessens, zum Trotz ein Gericht ausnahmsweise seine Entscheidung abschließend an die Stelle der behördlichen Entscheidung setzen kann. Die Komplexität sowie nicht zuletzt die umfassende politische Durchdringung des gesamten diplomatischen Austauschs lassen es jedoch als von vornherein unmöglich und nicht zuletzt mit der Gewaltenteilung auch nicht vereinbar erscheinen, daß hier ein Gericht derart abschließend seine Sichtweise der diplomatischen Realität durch Urteil verbindlich machen könnte. Die Bundesrepublik Deutschland kann insoweit im Einzelfall niemals letztverbindlich dazu gezwungen sein, im Interesse eines Einzelnen oder einer begrenzten Gruppe quasi sehenden Auges erheblichen diplomatischen Flurschaden in Kauf zu nehmen.

In dieses somit bestehende weite Ermessen ist neben den vom Sachverhalt her unbestrittenen und zweifellos moralisch auch legitimen Belangen Ihres Mandanten sowie vergleichbar Betroffener nunmehr jedoch die Intaktheit der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik in all ihren Facetten einzustellen.

Deutsch-tschechische Erklärung impliziert Verzicht

Vor diesem Hintergrund ist nun zunächst einmal zu berücksichtigen, daß es sich bei der Deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 um ein nicht ohne weiteres revidierbares diplomatisches Faktum handelt... Diese Erklärung kann zudem durchaus als eine sogar völkerrechtlich verbindliche Erklärung von seiten der Bundesrepublik Deutschland dahingehend verstanden werden, nicht mehr mit weiteren diplomatischen Initiativen hinsichtlich der Aufarbeitung eben dieser Fragen an die Tschechische Republik heranzutreten.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang übrigens nicht zuletzt auch, daß diese Erklärung ohne Zweifel einen der vielen notwendigen Bausteine auf dem Weg zur tschechischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union darstellt und die tschechische Entscheidung zur vorbehaltlosen Unterwerfung unter das europäische Recht sicherlich nicht unwesentlich von der Motivation geprägt gewesen sein wird, die vormaligen Differenzen mit der Bundesrepublik Deutschland als abgeschlossen betrachten zu können.

Tschechien könnte sich desavouiert fühlen

Jedoch auch in der konkreten Sachfrage selbst wäre ein derartiges Herantreten an die Tschechische Republik diplomatisch alles andere als unproblematisch. Indem Sie dazu ausführen, daß nach Ihrer Ansicht nicht zu befürchten ist, die Tschechische Republik könne sich durch derartige Forderungen international desavouiert sehen, engen Sie jedoch das Feld der für die Ermessensentscheidung relevanten diplomatischen Gesichtspunkte von vornherein in nicht zutreffender Weise ein. Eine spürbare Beeinträchtigung der bilateralen Beziehungen droht nämlich keineswegs erst dann, wenn sich die Tschechische Republik durch eine derartige deutsche Forderung quasi vor der gesamten Weltöffentlichkeit desavouiert fühlen würde, oder noch weitergehend wenn dieses Gefühl auch objektiv berechtigt wäre, sondern bereits dann, wenn schon durch das Herantreten über nicht öffentliche diplomatische Kanäle auf tschechischer Seite die Befürchtung aufkommen könnte, es werde plötzlich versucht, die 1997 ad acta gelegten Positionen erneut ins Spiel zu bringen.

... Von tschechischer Seite wäre vielmehr damals wie heute mit ganz erheblichen Abwehrreaktionen auf ein derartiges Begehren zu rechnen, die sich durchaus nachvollziehbar aus dem historischen Selbstbild der tschechischen Nation als Spielball der Machtpolitik der Hauptkriegsparteien speisen. Der Inhalt entsprechender diplomatischer Übereinkommen spiegelt daher regelmäßig das diplomatisch maximal Mögliche auch sehr deutlich wider.

... Es ist mir zum Abschluß noch einmal ein Anliegen, deutlich zu machen, daß das in gewissem Sinne ungewöhnliche und moralisch legitime Anliegen Ihres Mandanten hier im Haus sehr wohl und mit großer Ernsthaftigkeit wahrgenommen worden ist. Dennoch halte ich meine ursprüngliche Einschätzung aufrecht, nach der die Nachteile eines sehr wahrscheinlich drohenden und zugleich in seinem Ausmaß auch nur schwer zu kalkulierenden Schadens in den diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik das Interesse einer zahlenmäßig zwar nicht kleinen, aber dennoch eng umgrenzten Gruppe von Personen an individueller und gerade auch justizförmiger Rehabilitierung deutlich überwiegen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag: Adams“

Harald v. Herget in den Bundestag?

Ein Weßlinger will in den Bundestag. Die Berliner Freien Wähler schicken Harald von Herget auf Listenplatz 5 in die Bundestagswahl am 22. September. Die Berliner Landesvereinigung hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 30. Mai in Steglitz den Rechtsanwalt einstimmig auf ihre Landesliste gesetzt.

Landesvorsitzender Christian Christiansen ist hocherfreut über die Verstärkung für sein Berliner Wahlkampfteam. Er sagt: „Ich freue mich auf unseren Zweitstimmenkandidaten Dr. von Herget“. Die politischen Arbeitsschwerpunkte vom Bundestagskandidaten von Herget sind die Menschenrechtspolitik, mit Schwerpunkt Heimatrecht, die Medienpolitik, mit Schwerpunkt Geistiges Eigentum sowie Rundfunk und die Demokratiepolitik in Deutschland und Europa.

Harald von Herget wird sich für die Umsetzung des Freie-Wähler-Beschlusses und Parteiprogrammpunktes einsetzen, daß der bundesweite Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung geschaffen und bald eingeführt wird. Bereits auf dem Sudetendeutschen Tag 2013 in Augsburg hat die Landtagsfraktion der Freien Wähler intensiv und bei großem Anklang dafür geworben.

Harald von Herget, Sohn einer Karlsbaderin, ist im Beirat des AEK – Arbeitskreis Egerländer Kulturschaffender e.V. – sowie des Landesverbandes Bayern des Bundes der Egerländer, im erweiterten Vorstand des BdEG und Mitglied im Karlsbader Heimatverein und seit 2012 Mitglied der Bundesvereinigung der Freien Wähler.

Ob Harald von Herget die Interessen der Sudetendeutschen im Bundestag wird vertreten können, hängt davon ab, ob die Freien Wähler die Fünf-Prozent-Hürde Hürde nehmen oder drei Direktmandate erringen.

Staatsdefizit sank auf Bestwert seit 2008

Das Defizit des tschechischen Staatshaushalts ist im Juni auf 31,5 Mrd. Kronen (zirka 121 Mill. Euro) gesunken. Im Mai hatte es noch 39,8 Mrd. Kronen (ca. 153 Mill. Euro) betragen. Das sei das beste Ergebnis im Monat Juni seit dem Jahr 2008, gab kürzlich das Finanzministerium in Prag bekannt. Zum Vergleich: Im Juni 2012 war das Defizit mehr als doppelt so hoch, es lag bei 71,7 Mrd. Kronen (ca. 276 Mill. Euro. Dieses Halbzeitergebnis belege, daß es in diesem Jahr kein Problem darstelle, das im Haushalt ausgewiesene Jahresdefizit einzuhalten, und das trotz der unerwarteten Mehrausgaben aufgrund der Hochwasserschäden, erklärte Finanzminister Miroslav Kalousek.

Schuldenberg der Kommunen wächst

Die Schulden der tschechischen Städte und Gemeinden sind im vergangenen Jahr um etwa 8 Milliarden Kronen (320 Millionen Euro) auf insgesamt 90 Milliarden Kronen (3,6 Milliarden Euro) gestiegen. Von insgesamt 6246 eigenständigen Kommunen waren 3217 verschuldet, das sind 128 mehr als noch im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Über die Hälfte der Gesamtverschuldung geht dabei auf das Konto der Großstädte Prag, Brünn (Brno), Ostrau (Ostrava) und Pilsen (Plzeň). Auch die Kreise haben 2012 mehr Schulden angehäuft. Hier stieg das Gesamtvolumen um etwas mehr als 2 Milliarden Kronen (80 Millionen Euro) auf 24,5 Milliarden Kronen (1 Milliarde Euro).

Sudetendeutsche auf Karlsruher Messe

Jährlich findet auf der Karlsruher Messe die „offerta“ statt, Karlsruhes größte Publikumsmesse, in diesem Jahr vom 26. Oktober bis einschließlich 3. November. Erstmals wird es dabei einen sudetendeutschen Stand geben, an dem für die vielen tausend Besucher der Messe nicht nur allgemeine Informationen über die Sudetendeutschen zu finden sein werden, sondern an dem sich abwechselnd auch mehrere sudetendeutsche Gemeinschaften präsentieren werden.

Lernen von den Besten

Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, MdL, würdigt die erfolgreiche Eingliederung der Vertriebenen in die bayerische Gesellschaft als herausragende Leistung. Die Integrationspolitik heutiger Tage könne sich davon eine Scheibe abschneiden.

Auch schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit hat Bayern viele Menschen aufgenommen. Das waren keine Zuwanderer, sondern Deutsche, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Viele von ihnen waren infolge der grausamen Begleitumstände der Vertreibung und des Verlusts ihrer Heimat traumatisiert. Trotzdem haben sie in ihrem neuen Zuhause nicht aufgegeben und angepackt und dabei Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft gezeigt. Durch ihr Engagement haben die Heimatvertriebenen – gemeinsam mit den Alteingesessenen – Bayern stark gemacht und unserem vormals armen Land enorme Entwicklungsimpulse verliehen, von denen der Freistaat bis heute profitiert.

„Die Heimatvertriebenen haben meine Heimat enorm bereichert, wie ich auch aus meiner eigenen Lebensbiographie heraus sagen kann“, unterstreicht der Beauftragte.

„Darin sehe ich auch die Verbindung zur Integrations- und Asylpolitik. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Diese Bereiche und die Vertriebenenpolitik sind völlig unterschiedliche Politikfelder, die ich niemals über einen Kamm scheren würde“, so Neumeyer. „Was wir Integrationspolitiker aus der damaligen Zeit aber lernen können, ist, daß Zusammenleben nicht auf Maßnahmen, Programmen und staatlichen Leistungen beruht, sondern daß Empathie und der Wille zum selbstbestimmten Leben in einer neuen Umgebung entscheidend sind. Oft wünsche ich mir, daß die Menschen, die zu uns kommen, aber auch wir Einheimische fragen, was wir für unser Land tun können statt danach, was Staat und Gesellschaft für uns tun können. Die Heimatvertriebenen sind uns hier Vorbild, und gerade deshalb ist mir Vertriebenenpolitik ein Herzensanliegen“.

Ö1-Sendung vom 13. Juli berichtete über die Aktivitäten von Dr. Peter Coreth:

Kulturbrücke Fratres: Wo führt sie hin?

Da sich SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel einige Wochen im Waldvierteler Grenzgebiet zur Tschechischen Republik aufhält, ist er über die fünf ganztägigen Veranstaltungen des heurigen Sommerprogramms der „Kulturbrücke" informiert. Er hatte sich die Veranstaltung am 13. Juli „Leere Linien – Grenzwelten, Identitäten im Umbruch" vorgemerkt.

Das Interesse stieg noch mehr, als er im Rundfunk eine fast einstündige Sendung mit Peter Coreth, dem Gründer der Kulturbrücke Fratres, hörte. Gegen Ende der Sendung klagte Coreth darüber, daß ihm ein Projekt des Gedenkens „alte Opfer" nach der Wende 1989 in der Tschechischen Republik wegen des starken Widerstandes im Waldviertel, nicht gelang. Es sollte die „erste nichtrevanchistische Denkstätte" werden!?

Da fielen Zeihsel die vielen Heimatdenkmäler der Heimatvertriebenen, die diese zum Gedenken an die Opfer der Vertreibung von 1945 / 46 und aus Sehnsucht an die Heimat entlang der Grenze in Österreich errichteten, ein. Sind diese Denkmäler vielleicht für Coreth „revanchistische Denkmäler" wie sie ja von den tschechoslowakischen ČSR und ČSSR-KP-Regierungen immer so bezeichnet wurden, zur Raubsicherung! Das wollte Zeihsel vor Ort mit Herrn Coreth klären. Es gelang nicht. Der Herr „Graf" wich aristokratisch aus!

„Der Reichtum einer nationalen Grenze liegt in ihrer Leere". Unter diesem Motto steht das für Fratres entwickelte Ausstellungsprojekt der University of London: Junge tschechische und österreichische Künstler widmeten sich den „unsichtbaren Grenzen". Wer füllt die Grenzräume mit neuen Bedeutungen, ist die Frage? Nach einem Konzert der Kunsthistorikerin Margherita Belcredi, Jg. 1987, thematisierten die Künstler Geschichte, Architektur und räumliche Arrangements auf ihre Weise. In ihrem Werken werden Visionen eines neuen, gleichsam fließenden Grenzraums ohne Abschaffung und Ausgrenzung sichtbar.

Der Historiker Niklas Perzi sprach über sein Buch, in dem anhand ausgewählter Ortschaften und Bezirke Parallelen und Unterschiede zwischen 1945 bis 1989 dargestellt wurden – die Zeit, in der wir wenig voneinander wußten. Waren es zwei Wege in eine Moderne? Welche Vorstellungen machen sich die Menschen von der Zukunft der Grenzregionen?

Serbien und Rumänien für Zeihsel vorbildlich

In der anschließenden regen Publikumsdiskussion erinnerte Zeihsel an die Bemühungen anderer Vertreiberstaaten wie Serbien (Rehabilitations- und Restitutionsgesetz) und zuletzt Rumänien (monatliche Zwangsarbeitsentschädigungs-Rente für Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben – gleich welcher Staatsbürgerschaft mit 50 Euro / Monat pro ein Jahr Zwangsarbeit für Betroffene beziehungsweise deren Witwe / Witwer) Zeichen der Wiedergutmachung von sich aus zu setzten. Der tschechischen und slowakischen Regierungen – als Mitteleuropäer und wirtschaftlich besser gestellt – sei diesbezüglich noch nichts eingefallen", bedauerte Zeihsel „einen fehlenden ernstzunehmenden Beitrag zur Aufarbeitung der dunklen Flecken in der Geschichte auch zu tun!"

Posselt dankt Nečas für den Mut

Der höchste Repräsentant der Sudetendeutschen, Bernd Posselt, hat am 17. Juni in einer Presseverlautbarung dem scheidenden tschechischen Premier Petr Nečas gedankt und ihm Respekt gezollt für den Mut, Brücken zu bauen zu den nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Tschechoslowakei ausgesiedelten Deutschen. Er bezeichnete dies als „eine historische Tat, die nicht vergessen werden wird". Die russischen Medien haben inzwischen wahrgenommen, daß eine Demission des tschechischen Premiers die Position von Präsident Miloš Zeman festigen könne. Die Unternehmer-Zeitschrift „Forbes" hat in ihrer russischen Version Nečas' Demission wiederum an die Seite der „15 großen Sexskandale in Politik und Business" eingereiht. Gestern hat die Europäische Kommission angeführt, daß sie die Resignation von Nečas und die laufenden Untersuchungen nicht kommentieren wird. Brüssel ist jedoch in Kontakt mit tschechischen Behörden für den Fall, daß die Affäre den europäischen strukturellen Fonds berühren würde, gab der Sprecher der Europäischen Kommission, Oliver Bailly, an (ČTK, 18. 6. 2013). wyk

Immer mehr Drogen in Tschechien

Die tschechische Polizei hat im vergangenen Jahr eine Rekordmenge an Drogen beschlagnahmt. Seit 1989 seien zudem noch nie so viele Dealer strafrechtlich verfolgt worden, schreibt die Nationale Anti-Drogen-Zentrale (NPC) in ihrem Jahresbericht. Die illegale Herstellung des Aufputschmittels Pervitin (Crystal) und die Zucht von Cannabis-Pflanzen hätten zugenommen, hieß es weiter. Im gesamten Jahr 2012 haben Fahnder demnach 563 Kilogramm Cannabis und 32 Kilogramm Pervitin sichergestellt. Laut dem leitenden Drogenfahnder Jakub Frydrych steigen organisierte Verbrecherbanden groß in die Herstellung und den Vertrieb von Pervitin ein. Es handle sich meist um Vietnamesen und Bürger aus den Ländern des westlichen Balkans. Besonders im Grenzgebiet zu Deutschland gehe der Trend der Kriminellen weg vom Kleinlabor hin zu großangelegter Produktion, so Frydrych.

Fälscherwerkstatt für Diplome aufgeflogen

Ein Mann aus Mittelböhmen soll einen illegalen Handel mit gefälschten Hochschuldiplomen und Abiturszeugnissen betrieben haben. Der sechsunddreißigjährige Verdächtige habe die Dokumente in einem geheimen Labor hergestellt und für bis umgerechnet 3200 Euro verkauft, wie die Polizei berichtet. Die gefälschten Diplome und Zeugnisse seien nur von Experten von Originalen zu unterscheiden gewesen, hieß es.

Nordböhmen: Die zornigen Männer in Dux

Für den 26. Juni hatte die radikale „Arbeiterpartei der sozialen Demokratie" (Dělnická strana socialní demokracie) in Duchcov (Dux) zu einer Anti-Roma-Demonstration aufgerufen (nicht identisch mit der ČSSD), an der sich an die tausend Menschen beteiligt hatten. Anlaß war Mitte Mai ein brutaler Überfall einiger Roma auf ein jüngeres Ehepaar, das aus einer Diskothek kam und daraufhin zur Behandlung ins Krankenhaus mußte. Die Demonstration hatte über zwei Stunden gedauert. Dabei hatten Rechtsradikale versucht, eine Absperrung zu durchbrechen, um zu einer Gruppe von etwa zweihundert Roma zu gelangen. Dies haben zwar die Sicherheitskräfte verhindert, doch der Streit forderte fünf Verletzte und hatte 22 Festnahmen zur Folge. Die Radikalen warfen mit Steinen und Flaschen auf die Polizei, diese antwortete mit dem Einsatz eines Wasserwerfers und mit Tränengas. Schließlich gelang es, die Demonstranten auf die vorgesehene Trasse der Demonstration zurückzubringen. Bereits vor dem Beginn der Demonstration hatte die Polizei Hinzukommende kontrolliert und aus den Autos 34 Gegenstände sichergestellt, wie Baseballschläger, Holzklötze, Teleskopschlagstöcke, ein Messer und weitere Gegenstände, die als Waffe benutzt werden konnten („LN", 24. 6. 2013).

Unter der eingangs gebrachten Überschrift schildert das Blatt die Verhältnisse in Nordböhmen: Bilder von Anti-Roma-Demonstrationen sind einander auffallend ähnlich – im Hintergrund graue Plattenbauten oder zerfallende Gebäude, die an bessere Zeiten vor dem Kriege erinnern. Ein paar scharfe, kahlköpfige Jungs, aber mehr „Onkels", die gerade auf einen Sprung vom Bier herübergekommen sind, in Shorts, etwas überquellendem Bauch und offenem Hemd. Jugendliche, für die eine solche Demonstration ein begrüßenswertes Ausbrechen aus der Eintönigkeit des grauen Lebens ist. Abraumhalden vor der Stadt, denn es ist Kohleabbaugebiet. Und dann die Masse der gewöhnlichen Leute, die sauer sind, weil sie sich in ihrer Stadt nicht mehr sicher fühlen, der Frustration verfallen und Hilfe da suchen, wo sie sich ihnen bietet.

Sei es in Warnsdorf, Graupen (Krupka) oder Dux, überall ist es das gleiche. Eine Menge Roma, wenig Arbeit. Eine Menge zumeist Kleinkriminalität. Es ist nicht verwunderlich, daß die Arbeitslosen schon während der Wirtschaftskrise in den dreißiger Jahren nach den Kommunisten gerufen haben. Auch in Dux, wo die Gendarmerie im Jahr 1931 bei einer kommunistischen Demonstration vier Arbeiter erschossen hat. Ebenso wundert es nicht, wenn die Mehrzahl der Menschen dafür ist, die Verhältnisse über mögliche Fähigkeiten der Selbstverwaltung hinweg, selbst zu regeln.

Vorerzgebirge, Schluckenauer Gebiet, Freudenthaler Gebiet ... das sind einige der Gebiete, in denen die Transformation der Gesellschaft irgendwie nicht gelungen ist. Unter den Kommunisten gab es genug Arbeit auch für Menschen ohne ausreichende Bildung. Jetzt machen sogar Erdaushubarbeiten bereits Ukrainer.

Jeder Politiker ist es gewohnt, mit der zweiten Seite zu verhandeln. Nur, daß es hier eine zweite Seite nicht gibt. In diesem Land existiert keine einheitliche Repräsentanz der Roma. Es existieren selbsternannte Anführer, gewöhnlich mit Unterstützung nur der eigenen Familie. Andererseits haben wir begriffen, daß der Staat einen Partner für einen Dialog will, dessen einziger Sinn es ist, daß beide Seiten damit prahlen, daß etwas geschieht. Doch das, was Sinn macht, ist anspruchsvoll, erfordert Geduld und leider eine Generationen dauernde Arbeit im Terrain. Die Romakommunität wurde in den Jahren der sozialistischen Lösung der „Zigeunerfrage" deformiert. Danach erfolgte der jähe Sprung in den Kapitalismus und in eine Sozialpolitik des Staates, die kaum dazu angetan ist, für sich selbst zu sorgen. Dies aber ist im Interesse der Roma, des Staates und der übrigen. Am meisten im Interesse jener, die in Dux demonstriert haben. (Gekürzt und sprachlich geglättet nach dem gleichnamigen Beitrag in „LN" vom 25. 6. 2013.) wyk

Klage gegen Entschädigung für Kirchen abgewiesen

Der tschechische Verfassungsgerichtshof hat im Juni die Beschwerde einer Gruppe von Senatoren gegen die 2012 vom Parlament beschlossenen Rückgaben von früherem Kircheneigentum abgewiesen. Das Entschädigungsgesetz sieht die Restitution des ehemaligen Kirchenbesitzes im Wert von 75 Mrd. Kronen (2,9 Mrd. Euro) vor. Außerdem soll der tschechische Staat in den kommenden drei Jahrzehnten Kompensationen in einer Gesamthöhe von 59 Mrd. Kronen plus Zinsen auszahlen. Dies soll eine Entschädigung für nicht mehr mögliche Naturalrestitutionen sein.

Eine Gruppe von achtzehn Senatoren hatte in einer Klage behauptet, daß ein Großteil des Besitzes den Kirchen nie gehört habe. Außerdem habe die Kirche einen Teil des Eigentums durch „Unterdrückung", beispielsweise mit Hilfe von „Hexen-Prozessen", gewonnen. Die Beschwerdeführer argumentieren weiter, daß das Gesetz die Restitutionsgrenze, nämlich das Jahr 1948, mit der kommunistischen Machtübernahme durchbreche. Auch die Beneš-Dekrete würden damit in Frage gestellt.

Der Anwalt der Beschwerdeführer, Karol Hradela, erklärte, eine hundertprozentige Gerechtigkeit gebe es nicht, man müsse sich allerdings um Gerechtigkeit bemühen. Das beschlossene Kirchen-Entschädigungsgesetz „ist aber keine Bemühung um Gerechtigkeit, sondern eine Bemühung um Unrecht", so der Anwalt, der die Abschaffung des Gesetzes gefordert hat.

Das Gesetz war in Tschechien von Anfang an sehr umstritten. Es wird vor allem von den oppositionellen Linksparteien kritisiert. Auch der ehemalige Staatspräsident Václav Klaus distanzierte sich davon, indem er es ablehnte, den Gesetzesbeschluß zu beurkunden, allerdings legte er kein Veto dagegen ein. Dies bedeutete, daß das Gesetz auch ohne die Unterschrift des Staatsoberhaupts in Kraft treten konnte. Klaus kritisierte vor allem, daß das Gesetz „ungleiche Bedingungen" in Sachen Wiedergutmachung des Unrechts aus der Vergangenheit zwischen den Kirchen und anderen Körperschaften und Einzelpersonen schaffe. Die Kirchen würden dadurch zum Nachteil anderer bevorzugt, so Klaus.

WER NICHTS WEISS,
DER MUSS
ALLES GLAUBEN!

Tschechien: Das Bürgerliche Gesetzbuch als politische Frage

Dazu schreibt Rechtsanwalt Vlastimil Pinera (geb. 1976) in „Lidové noviny" vom 8. 6. 2013 (gekürzt):

Bereits vor mehr als einem Jahr war in der Sammlung der Gesetze ein neues Bürgerliches Gesetzbuch angekündigt, das ab Anfang des kommenden Jahres in Kraft treten soll. Leider zeigen sich auch heute, am Vorabend seines Wirksamwerdens, erneut Bestrebungen, zumindest einen Aufschub zu erreichen.

Das tschechische Recht, also auch die tschechische Justiz, ehemals ein Pfeiler des sozialistischen Staates, wurde von einer konzeptionellen Veränderung nur begrenzt berührt. Vor allem bei der Grundlage der bürgerliche Rechte bleibt bis heute das ursprüngliche ideelle Konzept der sozialistischen Gesetzgebung konserviert. Wenn sich das neue Bürgerliche Gesetzbuch zu den Prinzipien des privaten Rechts bekennt, wie es in den Ländern wie den Niederlanden, Frankreich, Österreich oder der Schweiz tradiert, wenn es als Ziel ausgesprochen die Abwendung vom dirigistischen Konzept des seit dem Jahr 1964 bestehenden Bürgerlichen Gesetzbuches verkündet, geht es um einen bewertenden, also primär um einen politischen Standpunkt.

Die Vorstellung, daß das neue bürgerliche Gesetz ein Buch sei, das jedermann eine klare Antwort gibt auf jedwede Fragen, ohne daß irgendwelche Zweifel aufkommen, ist vollkommen unrealistisch. Der wesentliche Teil unserer Gesellschaft ist nicht bereit zu einer Abkehr von Stereotypen. Je weiter wir von der Samtenen Revolution entfernt sind, umso mehr spüren wir, daß es nicht um eine wirkliche Revolution gegangen ist. Warum also beim Recht?

Die politischen Gefangenen sind entlassen worden und die Gesetze wurden novelliert, um freies Unternehmertum zu ermöglichen. Weitere Veränderungen, vor allem bei allgemeinen Prinzipien und Grundsätzen, begegnen Widerstand. Das sozialistische Recht war ein Instrument staatlicher Regulierung, keinesfalls ein Weg zur Gerechtigkeit. Ein neues Bürgerliches Gesetzbuch, das dieses ändert, stößt möglicherweise auf Limits in der Gesellschaft.

Sofern am Ende die Politiker das neue Bürgerliche Gesetzbuch tatsächlich „billigten", wird die ČR zusammen mit der Slowakei der einzige europäische Staat sein, in dem es nicht zu einem grundsätzlichen Wandel des sozialistischen privaten Rechtes gekommen ist. Es handelt sich nicht um eine fachliche Auseinandersetzung. Ich bin überzeugt, daß es in Wirklichkeit um eine politische Auseinandersetzung geht. In dieser Hinsicht möglicherweise um eine grundsätzliche Auseinandersetzung. wyk

Die Revanchismuskeule wiederentdeckt

Wer an die Vertriebenen mit dem Vorurteil „militant" oder „nachtragend" herangeht, wird beispielsweise die Forderung nach „Wiedergewinnung der Heimat" (§ 3 Buchst. b der Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft) als „revanchistisch" interpretieren, ähnlich, wie dies Sebastian Krass in seinem Artikel „Am rechten Rand", Süddeutsche Zeitung, 25. 4. 2013, getan hat. Es paßt nur mit Mühe in ein derart vorurteilsbehaftetes Begriffs-Schema, daß die Ungarn jüngst den Ungarndeutschen mit einer aufrichtigen Entschuldigung für die Vertreibung bei der Wiedergewinnung der Heimat sehr weit entgegengekommen sind. Die Serben gingen mit dem Angebot der Restitution (hilfsweise: des Schadensersatzes) noch darüber hinaus. Als aber beim zurückliegenden Bundestreffen der Schlesier die Forderung geäußert wurde, die Polen mögen sich für das Vertreibungsunrecht entschuldigen, holte man erneut den Begriff „Revanchismus" aus dem verbalen Waffenlager. Wer von Revanchismus spricht, übersieht aber wichtige Gegebenheiten.

Vertreibungsgründe

Vertreibungen gab es nur im Osten des deutschen Reiches / Siedlungsgebietes. Neben spontanem Haß der polnischen, tschechischen und slowakischen Bevölkerung, der jedoch für eine geplante und organisierte Vertreibung nicht ausreichte, gab es weitere Gründe, so zum Beispiel:

1. Die angestrebte Westverschiebung der Grenzen des deutschen Siedlungsgebiets (in Anlehnung an die Linie Stettin – Triest, wie beim Panslawistenkongreß in Prag, 1848, entworfen.
2. Die Annäherung an ethnisch homogene Nationalstaaten in Mittel-Osteuropa (in der Tschechoslowakei verwirklicht durch den Bundesstaat aus Tschechischer Sozialistischer Republik und Slowakischer Sozialistischer Republik mit jeweils annähernd ethnisch homogener Bevölkerung). Die Zusage Moskaus, bei der Verwirklichung dieser Ziele in Polen und der Tschechoslowakei (Beneš) unterstützend mitzuwirken, dürfte die kommunistische Machtübernahme in Mittel-Osteuropa erleichtert haben.
3. Die Absicherung des „ethnisch gereinigten" Staatsgebietes durch natürliche Grenzen (die Oder, die Randgebirge des böhmischen Kessels).
4. Die wirtschaftliche Absicherung durch Rohstoffe (Erze in Schlesien, Braunkohle im Norden des böhmischen Kessels).
5. Die Herbeiführung einer Situation, die eine sozialistische Revolution in Restdeutschland begünstigte. Dies sollte durch das Hineinpumpen von etwa 14 Millionen mittellosen, arbeits- und wohnungslosen Vertriebenen in das verbliebene Staatsgebiet erreicht werden.
6. Die Expansionsbestrebungen des kommunistischen Machtbereichs. Der Zweite Weltkrieg bot die Gelegenheit zur Vertreibung. Die von den Deutschen verübten Verbrechen boten Gelegenheit, die wahren Vertreibungsgründe zu verschleiern. Die oben angeführten Vertreibungsgründe erklären weitgehend, weshalb über die Rückübersiedlung der Vertriebenen nach Kriegsende nicht international verhandelt wurde.

Das Propagandaschlagwort „Revanchismus"

Die Vertriebenen konnten in den drei Westzonen verhältnismäßig schnell eigene Organisationen gründen und politischen Einfluß gewinnen. Die SBZ dagegen hatte, wegen einer relativ höheren Vertriebenenzahl und einer wesentlich weniger flexiblen Wirtschaft, unvergleichlich größere Probleme mit der Bewältigung des Flüchtlingszustroms. Es wurden keine Vertriebenenorganisationen zugelassen, die Eingliederung der Vertriebenen (in der SBZ: Neubürger) vollzog sich deutlich langsamer als in den Westzonen. Während man in der DDR die dortigen Vertriebenenprobleme verschwieg, diffamierte man die Äußerungen der westdeutschen Vertriebenenorganisationen, lange Zeit sogar die Politik der gesamten Bundesregierung als „revanchistisch". Entsprechend definiert Hermann Paul „Revanchismus" als eine „Politik mit dem Ziel militärischer Revanche, (als ein) besonders gegen die BRD gerichtetes politisches Schlagwort der DDR bzw. kommunistischer Gruppierungen".

Der ideologisierte Revanchismusbegriff der DDR

Ein Blick in die Literatur der DDR wird unumgänglich. Meyers Neues Lexikon (Leipzig 1963) definiert Revanchismus, gemäß der offiziellen DDR-Linie, als „Bestrebungen, die der Rache und Vergeltung für die Niederlage einer Ausbeuterklasse in einem früheren Eroberungskrieg dienen, meist verbunden mit dem Ziel, verlorengegangenes Land mit militärischer Gewalt wiederzugewinnen." Die Bundesrepublik Deutschland betrieb, diesem Lexikon-Artikel zufolge, eine „besonders intensive Revanchepolitik", die zur „offiziellen Politik der westdeutschen Bundesrepublik" wurde. Ausbeuterklasse in diesem Sinne waren die deutschen Industriellen und die ostelbischen Großagrarier, die für die Wiedererlangung dieser Position – aus marxistischer Sicht – aggressiv und risikobereit gewesen sein sollen, zumal im Bündnis mit dem US-amerikanischen Imperialismus.

Welche Rolle dabei die Landsmannschaften gespielt haben sollen, entnehme man dem folgenden Zitat aus dem 1984 in Ost-Berlin erschienenen Buch „Kreuzritter in Trachten – Organisierter Revanchismus und seine Macher": „Der landsmannschaftlich organisierte Revanchismus in der BRD hat viele stille und laute Helfershelfer. Revanchismus, auf dem Boden der nach Maximalprofit und Expansion strebenden Gesellschaftsordnung entstanden, gedeiht auf ihm. Konfrontationskurs und Hochrüstungspolitik der USA-Administration und NATO-Generalität bilden ein Treibhausklima für jene Kreuzritter in der BRD, die sich mit Trachten zu tarnen versuchen. Die Angriffe maßgebender Politiker der USA auf die Beschlüsse der Antihitlerkoalition über die Nachkriegsordnung in Europa [...] verstehen sie als Ansporn für noch schrillere Töne gegen den politischen und sozialen Status auf dem Kontinent."

Selbst der Beschluß des DDR-Ministerrats vom 12. 8. 1961 zum Mauerbau wird mit dem „Treiben der westdeutschen Revanchisten und Militaristen" begründet.

Nachwirkungen der Revanchismuspropaganda

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die jahrzehntelange DDR-Propaganda in den ehemaligen Ostblockländern heute keine Wirkung mehr zeige. Da gibt es die Erzählung eines sudetendeutschen Ehepaares, das Tschechien erst in den achtziger Jahren verließ und – nach zahlreich besuchten Kaffee-Nachmittagen bei Ortsgruppen der Sudetendeutschen Landsmannschaft – immer noch nicht auf den „Revanchismus" gestoßen war, den man ihnen viele Jahre lang geschildert hatte. Und kurz vor der zurückliegenden Parlamentswahl in Tschechien diagnostiziert Alexandra Mostyn bei den Tschechen einen „Knacks", den „Deutschenknacks". Sie fragt: „Warum glauben viele Tschechen an sudetendeutsche Revanchisten" – wie Kinder an Knecht Ruprecht? Gewinnt Zeman die Wahl mit einem imaginären (sudetendeutschen; d. Verf.) Feind? Bezüglich der überraschend hohen Anfälligkeit der Tschechen für die „Revanchismus"-Propaganda hat Alexandra Mostyn auch eine Theorie. Sie fragt: „Vielleicht liegt es ja auch am schlechten Gewissen" und spielt damit an auf die wilde Vertreibung der Deutschen, die Schwarzenberg – wahrheitsgemäß – als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" bezeichnet.

Viele Fragen sind noch offen

Viele Fragen, die durch die deutsche Bundesregierung hätten angesprochen werden müssen, aber nicht angesprochen wurden, etwa die Restitutions- und Entschädigungsfrage, etwa die Frage der Rehabilitierung für die als „Verräter" ausgewiesenen Sudetendeutschen, sind nun in ihrer rechtlichen Lösbarkeit erheblich erschwert. Es ist zu befürchten, daß Bemühungen um die Lösung dieser Fragen erneut und verfälschend als „revanchistische Bestrebungen" bezeichnet werden und Personen, die in dieser Richtung tätig werden, wie gehabt, als „Revanchisten" moralisch diskreditiert werden. Was noch zu bemerken ist, ist die Tatsache, daß Herr Pany, Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die Formulierung „Wiedergewinnung der Heimat", die Krass (s. o.) als Beleg für sudetendeutschen Revanchismus anführt, selbst wohl als revanchistisch ansieht. Weshalb sonst hätte er sich im Kontext des Artikels von „revanchistischen Gedanken" distanziert? Seine und wohl auch Bernd Posselts Aufgabe wäre es gewesen, sich nicht um die Anspielung auf § 3 Buchst. b der SL-Satzung herumzudrücken, sondern klar zu formulieren, daß die genannte Satzungsbestimmung nicht revanchistisch ist und daß es in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihrem Umfeld keine Revanchisten gibt, eine Distanzierung daher unnötig ist. Dr. Manfred Ludwigs

Humboldt würde staunen über Miloš Zemans europäischen Traum

Der tschechische Präsident Miloš Zeman traf sich am 27. Juni in Berlin mit allen Größen der deutschen Politik. Damit sollte sich das Staatsoberhaupt bemühen, die freundschaftlichen Beziehungen des Landes zu verbessern. Was aber Zeman nicht gelungen ist, war irgendeine intellektuelle Dimension seines Besuchs. Diese sollte die Ansprache Zemans in der Berliner Humboldtuniversität hinzufügen. Avisiert als grundsätzlicher Standpunkt zur europäischen Politik.

Was aber aus seinem Munde erklang, war keine ganzheitlich durchdachte Vorstellung eines Menschen, dem Politik leidenschaftlich ist. Es war nur die Reprise eines alten Films. Am Eingang seiner Rede hatte sich der tschechische Präsident als einen Politiker mit einem europäischen Traum deklariert.

Dagegen ist einzuwenden, daß Miloš Zeman ein auf Machtausübung in der heimischen Politik bedachter Mensch ist, der an der Durchführbarkeit seines europäischen Traumes nicht interessiert ist und, obwohl ihm eine größere Integration Europas nicht schaden würde, seine Rede nur als eine Pflichtübung betrachtet. Der Gründer der betreffenden Universität, Wilhelm von Humboldt, der als Wissenschaftler für exaktes Denken und praktische Begabung bekannt ist, würde staunen.

Wie radikal und frech dieser Präsident versucht, das tschechische politische System zu destabilisieren, schreibt und spricht er in den letzten Tagen hinreichend. In Berlin hat er den Beweis erbracht, daß von ihm im Gegenteil eine Diskussion über die großen Themen der Zeit nicht zu erwarten ist. Es ist ein Abstieg in jeder Hinsicht (aus „Lidové noviny" vom 28. 6. 2013).

wyk

Markenfälschungen und Betrügereien

Ein Drittel der Händler auf den Märkten im tschechischen Grenzgebiet verkauft Markenfälschungen. Ein weiteres Drittel informiert die Kunden falsch über den Preis. Dies hat eine Kontrollaktion der tschechischen Handelsinspektion ergeben. Von Februar bis Mai wurden insgesamt 345 Händler geprüft. Die Ergebnisse der Untersuchungen seien für die Verbraucher nicht gerade ermutigend, sagte der Chef der Handelsinspektion, Vladimír Velčovský. Dies gilt vor allem für die an Deutschland angrenzenden Gebiete. In den Kreisen Pilsen (Plzeň) und Karlsbad (Karlovy Vary) wurden bei 98 Prozent der Händler Verstöße ermittelt. Insgesamt gab es Markenfälschungen im Wert von rund 10 Millionen Kronen (das sind 400.000 Euro).

Prager Schinken nur tschechisch?

Tschechien will die Rezeptur für die Fleischspezialität Prager Schinken europaweit unter Schutz stellen. Der Antrag an die Europäische Kommission stoße aber auf Widerstand aus Deutschland, Österreich, Italien und Slowenien, teilte das Agrarministerium in Prag mit. Die tschechischen Erzeuger beschreiben das Produkt als Schinken mit einer ovalen Form, der nach dem Brühen kurz geräuchert werde. Doch Italiener kennen Prosciutto di Praga als Schinkenspezialität aus der Region um Triest. Auch in Deutschland verwenden Fleischer für ihren Prager Schinken teils andere Gewürze und Zutaten. Das EU-Siegel „Garantiert traditionelle Spezialität" verbürgt eine bestimmte Zusammensetzung und Herstellung der Lebensmittel.

Erika Steinbach besuchte die Niedersächsische Staatskanzlei

Im Gespräch (von links): BdV-Landesvorsitzender Oliver Dix, Ministerpräsident Stephan Weil MdL, BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB und Innenminister Boris Pistorius. Foto: Michael Wallmüller

Zahlreiche gemeinsame Anliegen konnten bei einem Gedankenaustausch zwischen dem Ministerpräsidenten Niedersachsens, Stephan Weil MdL, dem Niedersächischen Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, mit BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB und BdV-Landesvorsitzenden Oliver Dix herausgearbeitet werden.

Der Ministerpräsident betonte, daß das Projekt „Museum Friedland" im Grenzdurchgangslager Friedland fortgeführt werde. Alle im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien unterstützen das Vorhaben, dessen Realisierung unter Federführung von Innenminister Pistorius rasch voranschreitet. Zudem werde die Landesregierung den Vertriebenen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern sowie deren Verbänden ein fairer Ansprechpartner sein. Das Schicksal dieses Personenkreises werde von der Landesregierung anerkannt und politisch gewürdigt. Mit großem Interesse und viel Zustimmung verfolge die Landesregierung die Aktivitäten des BdV-Landesverbandes Niedersachsen.

Besondere Solidarität gelte den Spätaussiedlern. Mit Doris Schröder-Köpf MdL habe die Landesregierung eine Beauftragte für Migration und Teilhabe eingesetzt, die sich mit deren Integration besonders befassen werde. Ein Gespräch zwischen der Beauftragten und dem BdV-Landesvorsitzenden wird in Kürze stattfinden.

Es wurde vereinbart, den Dialog zwischen der Landesregierung und dem BdV-Landesverband konstruktiv fortzusetzen. BdV-Präsidentin Erika Steinbach informierte über die aktuellen Anliegen des BdV-Bundesverbandes, insbesondere über den gewünschten Nationalen Gedenktag zu Flucht und Vertreibung.

Die Entwicklung der Romabevölkerung in der Tschechischen Republik

Bis zum Jahr 1939 lebten in Böhmen, Mähren und Schlesien annähernd 6000 Roma (damals als „Zigeuner" bezeichnet). Bereits in der zweiten Republik (1938 bis 1939) waren sie Diskriminierungen ausgesetzt. Noch kurz vor dem Eintreffen der Deutschen beschloß die tschechoslowakische Regierung, Lager einzurichten, in denen die Roma zusammengezogen werden sollten. Nach der Okkupation unterstanden diese Lager der Protektoratsregierung. In ihnen verstarb ein Teil der böhmischen Roma, die Mehrzahl kam in deutschen Vernichtungslagern um. Nur etwa ein Zehntel der ursprünglichen Romabevölkerung überlebte, also etwa sechshundert.

Die überwiegende Zahl der heute in Tschechien lebenden einigen hunderttausend Roma kam aber erst nach dem Kriege hierher beziehungsweise wurden umgesiedelt. In den von den Deutschen entvölkerten Gebieten fehlten der Industrie Arbeitskräfte, und so sind Fälle zwangsweiser Umsiedlungen aus der östlichen Slowakei nach Böhmen bekannt. In den sechziger und siebziger Jahren wurden in der Slowakei einige der ärmsten Romasiedlungen aufgegeben und ihre Bewohner ins städtische Umfeld – oftmals in Städte in ehemaligen deutsch besiedelten Grenzgebiet umgesetzt (mit den bekannten Ergebnissen!).

Mitte des Jahres 1992 lebten in der Föderativen Tschechischen Republik etwa zweihunderttausend aus der Slowakei stammenden Roma. (Eine genaue Zahl ist nicht bekannt, da sich bei der Volkszählung im Jahr 1990 Viele nicht zur Romanationalität bekannt haben.) Damals befürchtete man, daß die Roma in den erfolgreicheren Teil der ČSFR freiwillig kämen oder auf Druck der Behörden nach hierher umgesetzt würden.

Im Jahr 1992 gab die 20.000 Einwohner zählende Stadt Jirkov (Görkau), heute ein Teil von Komotau, eine Verordnung heraus (Jirkovská vyhláška), die sich gegen einen weiteren Zuzug von Roma richtete. Damit sollte der Stadt ermöglicht werden, Roma zwangsweise aus Wohnungen herauszusetzen, die als übervölkert oder als hygienisch nicht entsprechend angesehen wurden. Oberstaatsanwalt Jiří Šetina legte im Herbst 1992 einen Gesetzentwurf vor, der in „von Migration bedrohten Gebieten" zur Anwendung kommen sollte und beispielsweise Geldstrafen vorsah für nicht genehmigte Verwandtenbesuche. Zwar bezeichnete auch Premier Václav Klaus die Görkauer Verlautbarung für ungesetzlich, trotzdem wurde an verschiedenen Modifikationen gearbeitet.

In dieser Atmosphäre wurde vom tschechischen Parlament im Herbst 1992 das Gesetz über die Staatsbürgerschaft angenommen. Während die Slowaken in einem analogen Gesetz Personen, die sich auf dem Gebiet der Slowakei befanden, die Staatsbürgerschaft automatisch erteilten, mußten Personen in der Tschechischen Republik, die in der Slowakei geboren worden waren oder die slowakische Staatsangehörigkeit besaßen, um die tschechische Staatsbürgerschaft nachsuchen. Das betraf auch zehntausende Roma, die in der Tschechischen Republik geboren waren. Und darüber hinaus mußten weitere Bedingungen erfüllt sein, beispielsweise ein fünf Jahre sauberes Strafregister und ein zweijähriger Aufenthalt in der Tschechischen Republik.

Vor allem die fünfjährige Unbescholtenheit war für viele Roma ein unüberwindliches Hindernis. Das betraf wegen Eigentumsdelikten einige zehntausend böhmische Roma. Und einige, die Straftaten vor dem Zerfall der Föderation begangen hatten, wurden in die Slowakei ausgewiesen. Auch die Bedingung des zweijährigen Aufenthalts wurde für tausende Roma zum Problem, die in Werksunterkünften untergebracht waren und ihren dauernden Wohnsitz in der Slowakei hatten.

Aus der Staatsbürgerschaft entstand eines der größten Probleme des neuen Staates. So stellte die Agentur ČTK im September (1993) fest, „daß gegenwärtig in der Tschechischen Republik 200.000 bis 300.000 Roma leben, die in der Mehrheit arbeitslos sind und bis jetzt nicht die tschechische Staatsbürgerschaft haben". Und obwohl lautstark versichert wird, daß das Staatsbürgerschaftsgesetz, nicht gegen die Roma gerichtet ist, waren internationale Organisationen anderer Ansicht. So stellte beispielsweise das Amt des Hohen Kommissars für Flüchtlinge bei den Vereinten Nationen fest: „Personen, auf die sich diese Nachricht bezieht, haben nicht in der Slowakei gelebt, haben aber mit der Tschechischen Republik direkte und enge Beziehungen. Diese Personen, die nicht in der Slowakei für einen dauernden Wohnsitz gemeldet waren und keine Bindungen zur Slowakei haben, während sie solche in Tschechien haben, als slowakische Bürger zu bezeichnen, zeigt, daß das Gesetz nicht allgemein anerkannten internationalen Prinzipien entspricht." Der tschechische Minister Igor Němec und Vorsitzender der Rates für Nationalitäten versuchte, das Problem allein auf die Roma abzuwälzen. „Die Roma haben die Staatsbürgerschaft kaum verlangt, und es kann der Fall eintreten, daß sie nach dem Juni 1994 staatenlos sein werden, denn das Gesetz gilt vom 1. Jänner 1994", gab Němec am 9. Dezember 1993 an.

Die Regierung Klaus verlängerte die Möglichkeit, die Staatsangehörigkeit kostenlos zu beantragen, aber auch danach blieben in Tschechien 40.000 bis 50.000 Roma ohne die tschechische Staatsbürgerschaft. Zudem wurde die Bedingung des zweijährigen Aufenthalts auf fünf Jahre verlängert. Menschen ohne Staatsbürgerschaft drohte, alle sozialen Zuwendungen zu verlieren.

Das Problem kritisierte auch der Kongreß der USA. Diese Kritik diente dem nationalistischen Blatt „Slovenská republika" zu dem Kommentar: „Roma aus der Slowakei leben in Böhmen ohne Staatsbürgerschaft. In die Slowakei wollen sie nicht zurückkehren... Wie soll es also weitergehen? Richtet vielleicht die ČR für diese seltsamen romaischen Weltbürger Sammellager ein?"

Den Roma, die unter Druck in die Slowakei zurückkehrten, haben die dortigen Behörden oftmals die Anmeldung zu dauerndem Wohnsitz verweigert, was die Voraussetzung zum Empfang von Sozialleistungen ist. Einige hundert Roma wurden letztendlich in die Slowakei deportiert. Probleme mit der Staatsbürgerschaft hatten auch hunderte Romakinder in Kinderheimen. Die Situation zog sich lange Jahre dahin. So hatte Ende 1996 ein Fünftel der Roma in der nordböhmischen Siedlung Chanov (Khan) bei Brüx nicht die tschechische Staatsbürgerschaft.

Die Lage der Roma stabilisierte sich erst Ende der neunziger Jahre, als die Möglichkeit der doppelten tschechischen und slowakischen Staatsbürgerschaft gegeben war. Und dann nach dem Eintritt der beiden Länder in die Europäische Union im Jahr 2004. (Nach Angaben aus einem Beitrag von Luboš Palata in „Lidové noviny" vom 8. 4. 2013.) wyk

KLÖPPLERINNEN IN STOCKERAU

Bereits zum dritten Mal sind die Klöpplerinnen der Sudetendeutschen Landsmannschaft – Frauenarbeitskreis mit einem Stand beim Stadtfest in Stockerau vertreten.

Das Stockerauer Stadtfest – **„ERDÄPFELFEST"** – findet am Samstag, 31. August, von 14 bis 24 Uhr und am Sonntag, 1. September, von 10 bis 20 Uhr, statt.

Gezeigt werden verschiedene Klöppelarbeiten (wie Deckchen, Borten, Weihnachts-und Osterschmuck, Bilder...).

Zu finden ist der Stand in der Hauptstraße, in der Nähe von „Herrenmode Kienböck".

Mutige können sogar das Klöppeln probieren.

Gesundheitsreform teilweise gekippt

Das tschechische Verfassungsgericht hat einen wichtigen Teil der Gesundheitsreform der früheren konservativen Regierung gekippt. Seit eineinhalb Jahren mußten Patienten für Wahlleistungen wie etwa bessere Impfstoffe oder leichte Gipsverbände eine Zuzahlung leisten. Die Richter erklärten die Einteilung in Basis- und Sonderleistungen im gesetzlichen Gesundheitswesen nun für ungültig. Die klagenden Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei ČSSD hatten vor einer Zweiklassenmedizin gewarnt. Das Grundrecht auf Gesundheitsschutz ist in Tschechien verfassungsrechtlich verankert.

Menschen erinnerten sich an die Auslöschung von Ležáky

In Ležáky, am Ort, an dem auf den Grundrissen von neun Gebäuden Grabmale aus Granit mit herausgebrochenem Kreuz errichtet sind, haben am 23. Juni hunderte Menschen das Andenken der 52 ermordeten Einwohner von Ležáky geehrt. Den Ort hatten die Nazisten am 24. Juni 1942 niedergebrannt. Auf die Gedenkfeier kamen auch die beiden Schwestern Stulíkovy, die als einzige das Massaker in Ležáky überlebt haben.

In der Zeit, als sie verschleppt und zur Umerziehung nach Deutschland geschickt wurden, waren sie ein Jahr und zweieinhalb Jahre alt. „Ich bin nicht nur einmal im Jahr hier, ich fahre auch sonst mit den Enkeln und der Tochter hierher. Was geschehen war, muß ich ihnen nicht sagen, sie interessieren sich selbst. Wenn der Mensch sieht, was in der Welt geschieht, so ist es manchmal noch schlimmer", sagte Jarmila Doležalová, eine geborene Stulíková. Ležáky haben die Nazisten im Rahmen der Vergeltung für das Attentat auf den Reichsprotektor Reinhard Heydrich niedergebrannt. Die Gestapo hatte aufgedeckt, daß Fallschirmspringer aus der Gemeinde eine Funkverbindung zwischen dem heimischen und dem Auslandswiderstand unterhielten. Das geht aus einer čtk-Meldung vom 24. 4. 2013 hervor.

Dazu schrieb Daniel Kaiser in „LN" vom gleichen Tage den Kommentar: „Vor 71 Jahren brannten die Deutschen Ležáky im Chrudimer Land nieder und ermordeten die Einwohner der Gemeinde, die das Pech hat, im Schatten von Lidice zu stehen. Diese war die erste Gemeinde, größer und mit mehr Opfern. Ihr Schicksal hat schon damals in der freien Welt ein riesiges Echo hervorgerufen, das der Exilregierung im Kampf um die internationale Anerkennung der Vormünchener Grenzen geholfen hat.

Die Bedeutung von Ležáky liegt einmal in der bekannten Tatsache, daß ein Teil der Einwohner tatsächlich den Fallschirmspringern geholfen hat, im Gegensatz zu Lidice, das der Vergeltung durch einen unglücklichen Zufall anheimgefallen ist. Zum anderen wurde Lidice als Chiffre benutzt, als Symbol für die nazistischen Verbrechen an Zivilisten in der Tschechoslowakei und allgemein im besetzten Europa. Im Laufe der Zeit wurde der eigentliche Inhalt, auf den die Chiffre hinwies, zum nicht geringen Teil vergessen (in der Bundesrepublik wurde in sudetendeutschen Publikationen Lidice laufend eigentlich nur erwähnt als die notwendige Vorstufe zu den Nachkriegsverbrechen im Grenzgebiet, wo es angeblich „hunderte Lidice" gab).

Notwendig zu sagen ist, daß das Defizit an Aufmerksamkeit, das Ležáky erfaßt hatte, zum großen Teil eingeholt wurde im vergangenen Jahr am runden Jahrestag mit einer Plejade von Gästen mit Präsident Klaus an der Spitze. In diesem Jahr war als protokollarisch ranghöchster Gast der Senatsvorsitzende Milan Štěch, ein eindeutiger Rückfall gegenüber dem vergangenen Jahr. Über die Schrecken der Okkupation, allerdings auch über Kollaboration, sprach am Rednerpult ein Mann, der selbst im Jahr 1978 in die KSČ eingetreten und damit zum Kollaboranten einer anderen, wenn auch benevolenteren Macht geworden war. Das aber ist das konkrete Ergebnis der grundsätzlichen Schande, einen normalisierten Kommunisten an der Spitze des Senats zu ertragen. Andererseits gilt, daß sofern wir und solange wir uns noch an den Zweiten Weltkrieg erinnern, Ležáky niemals genug ist." (Aus dem Beitrag: „Es gab nicht nur ein Lidice" in „Lidové noviny" vom 24. 6. 2013). – Bemerkung: Das Blatt enthält einige historische Ungenauigkeiten. wyk

Teure Demokratie: Parlamentswahlen kosten eine Mrd. Kronen

Zumindest eine Milliarde Kronen kostete dem Staat die Parlamentswahl des Jahres 2010. Den Hauptanteil davon mit 600 Millionen Kronen bildeten die Zuschüsse pro gewonnener Wählerstimme für die politischen Parteien. Hinzu kamen mehrfache zehn Millionen auf Posten wie Miete für Wahllokale, Auszählung der Stimmen, an denen sich hunderte Leute beteiligten, Kosten für die Wahlkommissionen (1600 Kronen für die Vorsitzenden, 1500 Kronen für die Schriftführer, 1300 Kronen für die übrigen Mitglieder), Kosten für Polizeieinsätze, für den Druck der Wahlzettel. Und schließlich Kosten für die Telefongespräche in der Größenordnung von 20 Millionen Kronen (wenigstens so hoch waren diese bei der diesjährigen Direktwahl des Staatsoberhaupts, eine der teuersten Wahlen in der Geschichte überhaupt). Auf einen Wähler in Tschechien entfallen im Durchschnitt sechs Dollar Wahlkosten, das ist bis zu zweimal mehr als drei Dollar im Durchschnitt umgerechnet bei den Wählern in den demokratischen Ländern (entnommen dem Beitrag in „Lidové noviny" vom 19. 6.: „Eine Milliarde zusätzlich gefällt dem Präsidenten nicht").

Deshalb kam es nach der Demission des bisherigen Premiers Petr Nečas am 26. 6. und dem damit zusammenhängenden Rücktritt seiner Regierung **nicht** zu vorgezogenen Parlamentswahlen. Vielmehr hat Präsident Miloš Zeman gegen den Willen der Mehrheit der Parlamentsabgeordneten am 25. 6. 2013 seinen Ökonomieberater Jiří Rusnok zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Dieser will innerhalb von 14 Tagen die neue Regierung zusammenhaben. Die Kommunisten haben dieser bereits ihr Vertrauen zugesagt.

Jiří Rusnok hatte die letzten zehn Jahre außerhalb der Politik verbracht. Er arbeitete in der Pensionsgesellschaft ING (entnommen dem Beitrag in „LN" „Zemanokracie" vom 26. 6. 2013). wyk

Vinzenzifest
Wendlingen am Neckar

62. VINZENZIFEST und 39. Egerländer Landestreffen

Samstag, 24. und Sonntag, 25. August in Wendlingen am Neckar

Das Vinzenzifest kann auf eine 300jährige Tradition zurückblicken. Es wurde durch den Magistrat der alten Reichsstadt Eger, heute Cheb in Tschechien, aus Anlaß der Verleihung der Kopfreliquie des hl. Vinzenz an die Stadt gestiftet und erstmals im Jahre 1694 als Erntedankfest am letzten Sonntag im August begangen.

Fest in Maria Schnee

Einladung zum Fest Maria Himmelfahrt am 15. August in der Wallfahrtskirche Neu Maria Schnee am Hiltschnerberg.

PROGRAMM: 10.45 Uhr: **Festlicher Einzug.** Musikalische Umrahmung: Jagdhornbläsergruppe Niederneukirchen, Heimatfahnengruppen, Goldhauben und Kopftuchtrachten, Jugendverbänden und Kameradschaftsbünden. – 11 Uhr: **Festgottesdienst.** Zelebriert durch Pf. KR. Herbert Kretschmer (ehem. Pfarrer von Langholzfeld). – 13 Uhr: **Rosenkranzbeten.** – 14 Uhr: **Gedenken an die Toten,** anschließend **Prozession** zum Gnadenbild im Wald, geführt von Pfarrer Kretschmer und begleitet von den Fahnenträgern. – **Gemütliches Beisammensein** im Festzelt im Anschluß an die Marienandacht.

Familie Sturany – www.maria-schnee.at

DIE ZEIT ZWISCHEN HUND UND WOLF

Unser Leser **Rüdiger Goldmann** aus Düsseldorf befragte Jan Tichý, den Autor einer Novelle über die wilde Vertreibung im Jahr 1945 (Übersetzung: H. Santel, Ergänzungen; B. Kirschner).

Jan Tichý wurde 1941 in Hradec Králové (Königgrätz) geboren, er war der mittlere von drei Brüdern und wuchs in Most (Brüx) und Jičin (Jitschin) auf. Er war Chemiearbeiter, Mathematik- und Kunstlehrer, Hilfsarbeiter, Beamter, Programmierer und befaßte sich mit Softwareanleitungen. Heute ist er in Rente. Er schrieb Gedichte und arbeitete als Bühnendichter (Balzac, Flaubert), er schrieb auch Geschichten. Zwei Novellen sind als Bücher herausgegeben worden: **„Heimaturlaub** (von der Truppe) **für den Himmel“,** (2004), eine autobiographische Geschichte über Liebe und Tod aus dem Militärmilieu aus den 60er Jahren. Und **„Zweiunddreißig Stunden zwischen Hund und Wolf“** (erschienen 2007 parallel Deutsch und Tschechisch), eine Novelle über die tatsächlichen Ereignisse bei der Vertreibung 1945 in Nový Bor (Haida). Unter dem Titel „32 Stunden zwischen Hund und Wolf“ wurde die Novelle von dem Schauspielstudio in Ústí nad Labem (Aussig) (Premiere 2010 – Derniere 2013) in Szene gesetzt.

Wie kamen Sie überhaupt zu dem Thema der wilden Vertreibung von 1945?

Nach Nový Bor (Haida) kamen wir erst im Jahre 1977. Nach Jahren habe ich zufällig erfahren, daß irgendwo im Wald hinter dem Friedhof in einem nicht gekennzeichneten Grab acht deutsche Zivilisten lägen, die im Juni 1945 von tschechischen Soldaten erschossen wurden. Ich fand einige Zeitzeugen – meistens waren es ältere Damen aus Mischehen – und nach und nach veröffentlichte ich ihre Zeugenaussagen im „Novoborský měsíčník“, der Monatszeitschrift für Haida. Ich begann damit im Herbst 2004. Im nächsten Jahr meldeten sich Landsleute aus Haida, die von meinen Artikeln erfahren haben, und von da an begann ich, ihre Zeugenaussagen systematisch zu veröffentlichen.

Was geschah damals in Bor u České Lipy (Haida)?

Nach mehrstündigen Erniedrigungen, Folterungen und Schlägen wurden am 2. Juni sieben deutsche Zivilisten wegen angeblichen illegalen Waffenbesitzes von der tschechoslowakischen Armee vor dem Rathaus hingerichtet. Drei alte Männer und zwei Frauen waren darunter. Der achte wurde erschossen, als er versuchte, von dem umstellten Marktplatz wegzurennen, da er der Hinrichtung seines jüngeren Bruders zusehen sollte. Der neunte verschwand spurlos aus dem Bus auf der Fahrt nach Sebnitz, den tschechische Soldaten am Morgen des 3. Juni bis an die Grenze begleiteten. Dies geschah zwei Monate vor der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945)!

Wie wurden Ihre Artikel und die Novelle von den Bewohnern in Haida (Nový Bor) aufgenommen?

Bei der Gedenkfeier zum Kriegsende im Mai 2005 erinnerte der stellvertretende Bürgermeister auch an die neun Opfer von 1945. Im Herbst des gleichen Jahres überlegte die Vertretung der Stadt sogar, wie man der Opfer entsprechend gedenken könnte: Man erwog mehrere Möglichkeiten. Da man das Grab nicht lokalisieren konnte, schieden ein Kreuz oder ein Grabstein aus. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Informationstafel oder eine Gedenktafel direkt am Marktplatz, wo die Hinrichtung stattfand, gewesen. Keiner dieser Vorschläge bekam aber mehr als die Hälfte der Stimmen. Erst als Hans Träger, der Sohn des verschwundenen Haidaer Chefarztes, den Vorschlag im Namen der Hinterbliebenen machte, man könnte doch am Friedhof eine Grabstelle mieten, stimmte die Stadtführung zu. Im August 2006 wurde das Grab von Pater Angelus Waldstein und vom dortigen Pfarrer eingeweiht. Am nächsten Tag wurde in der Kirche eine Messe in deutscher und tschechischer Sprache gehalten. Unter den Anwesenden war auch eine Gruppe deutscher Landsleute.

Sie fragen allerdings nach der allgemeinen Reaktion: Am Anfang war es nur eine Angelegenheit der Stadtvertretung. Nur der kommunistische Vertreter stimmte dagegen, und die lokale Organisation der Kommunisten schrieb an den Bürgermeister einen Protestbrief. Auf meine Artikel in der Monatszeitschrift kam keine Reaktion. Ich mußte mich selbst auf den Weg machen und die Zeitzeugen suchen, von denen ich dann Tipps bekam, wen ich noch ansprechen könnte. Es überraschte mich doch noch eine Sache: Die Zeugen baten mich, ihre Namen nirgends zu veröffentlichen. Weder der Grabstein noch meine Novelle haben anfangs ein großes Echo hervorgerufen. Erst im Oktober 2008 änderte sich das. Damals schrieb ein Bürger den ersten kritischen Artikel in die Monatszeitschrift und es schlossen sich weitere an, was wiederum eine Protestaktion gegen das Denkmal der angeblichen „Nazis und SS-Leute“ (!?) hervorrief, die bis heute andauert. Die Herren demonstrierten anfangs mit Transparenten auf jeder Versammlung der Stadtvertretung. Jetzt verschicken sie Beschwerden und schreiben Petitionen, sie reichten sogar eine Klage wegen Zersetzung der Republik ein. Bis jetzt hatten sie allerdings keinen Erfolg. Denn das Ausrufen des Standrechts und das Auffinden von Waffen wurde nicht eindeutig belegt. Sie versuchten mit Hilfe von Unterlagen aus den Archiven zu belegen, daß alle „Schuldigen Verbrecher waren und auch bestraft worden wären, wenn man bei ihnen keine Waffen gefunden hätte“, heißt es in einem Text. So wird die alleinige Mitgliedschaft in der NSDAP von drei Erschossenen für einen unumstößlichen Beweis dafür gehalten, daß das fanatische Nazis waren. Die anderen Opfer, die keine Mitglieder waren, werden aus taktischen Gründen nicht erwähnt.

Hat das alles für Sie irgendwelche Folgen gehabt?

Anfangs haben mich die Angriffe etwas überrascht. Ich fühlte mich etwas unsicher. So gewöhnte ich mir an, mich immer umzublicken, wenn ich abends aus dem Kino ging. Ich werde immer noch beleidigt und verleumdet, wie zum Beispiel in der Internet-Diskussion der „i-Zeitung“ (i-noviny) von Böhmisch Leipa (Česká Lipa) oder auf Wandzeitungen in der Stadt. Mit der Zeit habe ich mich daran gewöhnt und ich kann es ignorieren. Ich muß hinzufügen, daß immer nur zwei, drei Leute anonym schreiben, und es hat keinerlei Folgen. Vor drei Jahren veranstaltete unsere Stadtverwaltung ein historisches Seminar über den Juni 1945, das der stellvertretende Bürgermeister mit Scharfblick kommentierte: *„Es gibt immer noch genug Menschen, aber ich hoffe, es werden immer weniger, für die sich die Geschichte nach 1989 nicht weiterentwickelt hat, für sie endet die Welt hinter unseren Grenzen und es existiert auch kein sich vereinigendes Europa, das auch als ein Memento dazu dienen soll, daß sich Ähnliches nicht wiederholen darf. Vierundsechzig Jahre sind eine lange Zeit, um zu vergessen, sich zu erinnern oder um belehrt zu werden. Was wir daraus machen, ist unser freier Wille.“*

Wir wissen, daß es unter uns immer solche Menschen geben wird. Ich hoffe jedoch, daß es immer weniger werden.

Warum wählten Sie den Titel „Stunden zwischen Hund und Wolf“?

Ich wählte diesen Titel, da die Dämmerung vor dem Sonnenaufgang als die Stunde zwischen Hund und Wolf genannt wird. Damals im Juni war ja der Krieg schon zu Ende, das Land war befreit, aber tatsächlicher Friede existierte noch nicht. Die Wölfe haben ja – zu Unrecht? – einen schlechten Ruf und manche Menschen haben sich in diesen Umbruchzeiten nicht besonders menschlich verhalten.

Was für ein Echo rief das Buch und die Lynchjustiz von Haida (Nový Bor) anderswo in der Republik hervor?

Die Gegner vor Ort bemühen sich, manche Politiker, die keine objektiven Informationen haben, zu beeinflussen oder regionale Organisationen, zum Beispiel den Klub des tschechischen Grenzgebietes, einzuschalten. Über direkte Reaktionen anderswo kann ich nichts sagen. Wir können in den letzten Jahren eine interessante Bewegung beobachten, die sich, angeregt von Publizisten, Journalisten, Dokumentaristen, Schriftstellern und Filmemachern, mit dem „Töten auf Tschechisch“ intensiver befaßt. Auch meine Artikel und die Novelle sind nur ein Teil dieser Strömung. Immer mehr Menschen äußern sich zu den damaligen Brutalitäten und sie stimmen der Vertreibung aufgrund der Kollektivschuld nicht zu. Nebenher, immer weniger Menschen verwenden den Ausdruck „odsun“, was „Abschieben“ bedeutet und den tatsächlichen Verlauf der Vertreibung verschleiern sollte.

Können Sie etwas über die Inszenierung der Novelle in Aussig (Ústí n. L.) sagen?

Aussiger Theaterleute, die das Buch gelesen haben, entschlossen sich, das Stück für ein Drehbuch zu verwenden und auf die Bühne zu bringen. Da es nicht um eine realistische Darstellung ging, wählte man passende Abschnitte für eine Kammerstilisierung aus. So stellen fünf Schauspieler einerseits vertriebene Zeugen des Massakers und andererseits Kinder dar, die sie damals waren, und auch weitere Personen. Die Aufführung war vor allem für junge Zuschauer bestimmt. Bis zur Premiere, die kürzlich stattfand, wurde das Stück einundzwanzigmal aufgeführt. Ich bin sehr froh, daß es gelungen ist. Die Gegner kamen, um bei der Premiere in Aussig (Ústí n. L.) zu demonstrieren. Sie trugen ein Transparent mit der Aufschrift: „Heute werden die Verbrecher aus NSDAP und SS verherrlicht!“, sie blieben allerdings vor dem Theater, und die ausverkaufte Vorstellung verlief ohne Störung. Ebenso demonstrierten sie vor dem Theater in Haida (Nový Bor) mit der Abgeordneten Jana Bobošiková (von der Partei „Souveränität – Block JB“) gegen eine Tourneeaufführung. Ich möchte noch erwähnen, daß der Journalist Jan Gebert zwei Jahre lang die manchmal tragikomischen Aktivitäten dieser Leute beobachtet hat, und unlängst hatte sein Film „Das Spiel um den Stein“ Premiere. In Deutschland wird der Film mit englischen Untertiteln unter dem Namen „Stone Garnes“ gezeigt. Nach dem Film folgte eine Diskussion mit dem Historiker. An der Vorführung im Tschechischen Zentrum in Berlin nahmen auch zwei Zeitzeugen aus der Familie des ermordeten Chefarztes teil.

Wie beurteilen Sie selbst die Vertreibung, die Politik der damaligen Regierung und ihre Folgen?

Es war zum Teil das Versagen der Nationalitätenpolitik der Vorkriegsrepublik. 1918 versprach doch Beneš einen Staat, der der Schweiz ähnlich sein sollte. Durch unser unsensibles Verhalten den Minoritäten gegenüber verhalfen wir paradoxerweise Hitler, die Sudetendeutschen für seine Irrsinnspläne zu mißbrauchen. Ähnlich trennten sich im März 1939 ja auch die Slowaken bei der erstbesten Gelegenheit von uns. Der linksgerichtete Journalist Jiří Loewy beschrieb in seinen Erinnerungen die Nachkriegszeit lapidar: *Damals mußte doch jeder urteilsfähige Mensch sehen, daß die Vertreibung in vielerlei Hinsicht vor allem für die Tschechen tragisch war, das industriell entwickelte Land fiel zurück, erlitt auf hundert Jahre hinaus einen ökonomischen, sozialen, moralischen und psychischen Schaden. Die Vertreibung zerstörte endgültig hochentwickelte Gegenden und das Land geriet in die Abhängigkeit von der Sowjetunion. Nach den letzten freien Wahlen im Jahr 1946 verhalf die Vertreibung den Kommunisten im Februar 1948 an die Macht. Ich sehe heute, mit einer größeren zeitlichen Distanz, die Vertreibung vor allem als ein riesiges tschechisches Harakiri, das langfristig nur zur vorteilhaften Entwicklung Deutschlands beitrug. Aus dem rückständigen Agrarland Bayern entwickelte sich mit Hilfe von Beneš, als dieser das Beste, was er hatte, nämlich Millionen arbeitsamer Hände, opferte, zu einem der am höchsten entwickelten Gebiete Europas.“*

Genau so ist es, dem ist nichts hinzuzufügen.

Wie sehen Sie die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den Sudetendeutschen und den Tschechen?

Die Beziehungen wurden durch die Kampagnen zur Präsidentenwahl getrübt, aber ich glaube, daß die Rede unseres Premiers in München das etwas zurechtgerückt hat. Es gibt viele lokale Aktivitäten, von denen die Öffentlichkeit nicht informiert ist. So gibt es zum Beispiel eine Partnerschaft zwischen Studenten aus Česká Lípa (Böhmisch Leipa) und dem Gymnasium aus Ettal. In Zákupy (Reichstadt) wurde letztes Jahr ein wunderschönes Versöhnungskreuz aufgestellt. Im Grenzgebiet werden kleine Denkmäler und verlassene Kirchen von Bürgervereinigungen restauriert, die von ehemaligen Bewohnern, ihren Kindern und Kindeskindern unterstützt werden. In Aussig (Ústí n. L.) laufen Vorbereitungen für die erste ständige Ausstellung über Geschichte und Kultur der deutschsprachigen Bewohner der Böhmischen Länder (Böhmen und Mähren).

Ich möchte hier nur kurz auf die beispielgebende Haltung unserer Stadtvertretung, die seit 2006 schon zweimal neu zusammengesetzt wurde, hinweisen. In einer Erklärung von November 2009 heißt es:

„In einer demokratischen Gesellschaft, die auf christlich-moralischen Werten basiert, hat jeder ein Recht auf einen gerechten Prozeß. Das kann man nicht einmal den drei Erschossenen, die Mitglieder in der NSDAP und der SS waren, abschlagen. Ein Toter sollte seine letzte Ruhe in einem Grab finden. In diesem Fall ist die Gedenktafel ein symbolisches Grab, weil die Erschossenen an einem nicht näher gekennzeichneten Ort außerhalb des Friedhofs liegen. Die Zeitdokumente sind unvollständig, die volle und unbezweifelbare Wahrheit wird man nie erfahren können. Deswegen hat es auch keinen Sinn, immer wieder zu dem Geschehen zurückzukehren. Lassen wir die Toten in Frieden ruhen! Das Entfernen der Tafel würde niemandem seinen Schmerz lindern, es würde dagegen nur neuen Schmerz bei den Hinterbliebenen hervorrufen. Wir sehen die Tafel auch als ein Symbol der Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen im gemeinsamen Europa.“

Die heutigen Vertreter der Stadt lehnen wiederholte Anträge auf Beseitigung des „Denkmals der Nazis und SS-Leute“ ab. Das Grabmal auf dem Friedhof steht, und fast jedes Mal, wenn ich dorthin komme, ist es mit Blumen und Kerzen geschmückt.

Verdienter Heimatforscher Kons. Werner Lehner geehrt

Am 1. Juli wurde im Steinernen Saal des Linzer Landhauses durch den oberösterreichischen Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer Kons. Werner Lehner das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich verliehen.

Der Landeshauptmann betonte in seiner Würdigung auch die langjährige Arbeit Lehners für die Sudetendeutschen und für die Heimatvertriebenen. Die „Sudetenpost“-Leser kennen Konsulent Lehner von seinen Artikeln, in denen er die meist sehr mühsame Restaurierung vergessener Heimatdenkmäler beschreibt. Auch für die Landesausstellung in Hohenfurth stellte er Exponate aus seiner Sammlung zur Verfügung.

Die „Sudetenpost“ gratuliert Kons. Werner Lehner herzlichst zur verdienten Auszeichnung und wünscht ihm, daß er noch viele Projekte vollenden kann.

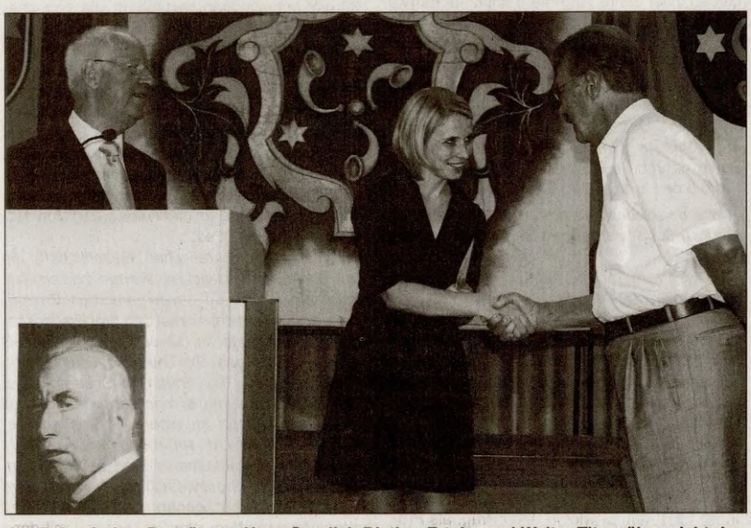
Patenschaft zwischen Ansbach und Jägerndorf ungebrochen

Parallel zu den Rokoko-Spielen fanden vom 5. bis 7. Juli die „Jägerndorfer Tage" in Ansbach statt. Zusammen mit der Stadt hatte der Freundeskreis zur Förderung der Patenschaft Ansbach – Jägerndorf e.V. zum Treffen eingeladen. Beim Jägerndorfer Gedenkstein auf dem Waldfriedhof wurde beim Totengedenken mit der Fahnenabordnung ein Kranz niedergelegt. In seinem Grußwort im Rahmen der Festveranstaltung im Kulturzentrum dankte einmal mehr Erster Bürgermeister Major Thomas Deffner dem Vorsitzenden Diether Ertel, den Vorständen und Mitgliedern des Freundeskreises für ihr herausragendes patenschaftliches Engagement zwischen Ansbach und den Jägerndorfern.

Die Heimatstuben haben sich zusammen mit dem Heimatarchiv, das im Stadtarchiv untergebracht ist, zu einem Zentrum der historischen Forschung über Stadt, Landkreis und ehemaligen Fürstentum Jägerndorf entwickelt. Hier entstand ein sehr beachtlicher Bestand an historischen Stücken, der stetig wachse. Im Rahmen der Planung um das Rathausareal werden wir wohl von der Stadt Ansbach in naher Zukunft auch die Jägerndorfer Heimatstuben mit einbeziehen. Sie sollen in der Mitte unserer Stadt ein Schatzkästlein werden. Im Jahre 2014 können wir 60 Jahre Patenschaft Ansbach – Jägerndorf feiern. Erster Vorstand Diether Ertel hat die Bedeutung der Heimattage unterstrichen, weil sie die Gemeinschaft der ehemaligen Jägerndorfer fördert, und ein Ort wertvoller Erinnerung seien.

Eine historische Gerechtigkeit gebe es nicht und die meisten Verbrechen blieben ungesühnt. Die totale Enteignung von 3,7 Millionen Sudetendeutschen bezeichnete er als einen der großen Raubzüge der Geschichte. Die Inbesitznahme der leergefegten sudetendeutschen Heimatgebiete sei Imperialismus gewesen. Die Jägerndofer Tage halten die Erinnerung an sudetendeutsche Vergangenheit und Vertreibung nach 1945 wach. Die Heimatvertriebenen zählen zu den Pionieren der Europa-Idee, das große „Friedensprojekt Europa" habe leider gegenüber den Heimatvertriebenen versagt, so Ertel.

Erstmals wurde ein Förderpreis für gelungene wissenschaftliche Arbeiten über Themen zur Geschichte der Stadt Jägerndorf vergeben. Die 27jährige Alexandra Buterus hat den Föderpreis für ihre Magisterarbeit in Kunstgeschichte über Leben und Werk des in Jägerndorf geborenen Porträtmalers Hans Sperlich erhalten. Buterus hielt auch den Festvortrag und hat das Leben Sperlichs ausführlich beschrieben und sein Werk kunstgeschichtlich eingeordnet. Sperlich wurde am 21. November 1847 in der österreichisch-schlesischen Stadt Jägerndorf geboren, besuchte dort Unterrealschulklassen, und kurz vor der Vollendung des 16. Lebensjahres trat der angehende Künstler am 10. November 1862 in die Kaiserlich-königliche Akademie der Bildenden Künste in Wien ein. Neben Prof. Karl Mayer gehörten unter anderen auch Karl Wurzinger, Eduard Ritter von Engerth und Karl Blaas zu Sperlichs Lehrern. Darüber hinaus war zu jener Zeit Josef Ritter von Führich, einer der maßgebenden Künstler der Akademie, ein Mentor für Sperlich. Neben Wien hielt er sich in Prag, Hamburg und München auf und übersiedelte um 1885 nach Würzburg und lebte bis zu seinem Tod 1931 als Kunst- und Porträtmaler am Mainkai in Würzburg. Frau Buterus erklärte anschließend die 17 ausgestellten Bilder. Bürgermeister Deffner eröffnete dann das im Foyer aufgebaute Buffet und die Teilnehmer konnten in dieser gemütlichen Umgebung noch lange feiern. Den schönen, erlebnisreichen Tag beendeten die Gäste am Abend bei den Vorführungen der Rokoko-Festspiele im Hofgarten. – Am Sonntag waren die Teilnehmer beim evangelischen Rokoko-Gottesdienst in Sankt Gumbertus und die Katholiken in Sankt Ludwig. Diether Ertel



Am Pult mit dem Porträt von Hans Sperlich Diether Ertel – und Walter Titze überreicht den Preis an Alexandra Buterus.

Tschechen stehlen aus den Geschäften Milliarden

„Die Krise mit der Amnestie hat die Zahl der Diebstähle bis um die Hälfte erhöht. Die Geschäfte verwandeln sich in Festungen, schrieb „Lidové noviny" am 29. 5. 2013.

Nicht nur wegen der Amnestie stehlen Tschechen, sondern auch wegen der langjährigen Krise, wachsender Beschäftigungslosigkeit und niedrigem Einkommen. Die Mehrzahl der Diebstähle ist erfolgreich. Die Polizei schnappt nur etwa jeden Dritten. Allein in diesem Jahr werden nach Schätzungen von Fachleuten die Geschäfte um Waren im Wert von mehr als zehn Milliarden Kronen kommen. Zufolge der britischen Agentur Centre for Retail Research wurden schon im Jahr 2011 aus tschechischen Handelsketten Waren im Wert von 9,6 Mrd. Kronen gestohlen, und im vergangenen wie in diesem Jahr ist die Zahl der Diebstähle weiter angestiegen. „Die Zahl der Diebstähle wuchs in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent an, bestätigte der Geschäftsführer der Sicherheitsagentur Samcor.

In den Taschen der Diebe verschwindet, was hineingeht. Am häufigsten Wimperntusche, Rasierapparate, Süßwaren oder Zigaretten, zusammen mit Alkoholflaschen, Bekleidung und Schuhwerk. In den kleinen Verkaufsstellen der inländischen Handelsketten stehlen die Diebe in jedem Monat Waren für Zehntausende von Kronen. In den großen sind die Zahlen höher und die ganzjährigen Verluste der Handelsketten bewegen sich wegen der Diebstähle um die Milliarden Kronen.

Nach Ansicht der Assoziation der Sicherheitsagenturen kann sich dies wegen der Diebstähle noch vergrößern. „Diebstähle in Lebensmittelhandelsketten bilden acht bis zehn Prozent des Monatsumsatzes, bei Bekleidungshandelsketten kann diese Zahl bis zu zwölf Prozent des Umsatzes betragen", präzisierte es der Chef der Assoziation der Sicherheitsagenturen, Jiří Kameník.

Die Verluste zwingen die Geschäfte, Hunderttausende für Sicherheitseinrichtungen auszugeben. Manche sind wortwörtlich gespickt mit Überwachungskameras. wyk

Wer beteiligt sich noch am Weihnachtsmarkt?

Eigentlich hatten wir erwartet, daß sich noch weitere Landsleute und Freunde für eine aktive Teilnahme am Weihnachtsmarkt, der am Sonntag, dem 1. Dezember, von 12 bis 16 Uhr, im Haus der Heimat, Wien 3, Steingasse 25 / OG. (Sudetendeutsche) melden werden – doch dem war nicht so, das Telefon blieb stumm. Gibt es keine Landsleute, deren Kinder, Enkelkinder, Freunde usw., die noch basteln? Das kann es doch nicht geben – wie wir meinen.

Gesucht werden weitere aktive Teilnehmer mit Basteleien rund um Weihnachten und Nikolo bzw. mit entsprechenden Dingen wie Häkelarbeiten, Glassachen (Glasmalereien u. ä.), oder eben anderen kleineren Dingen, die viele Menschen interessieren könnten. Wichtig ist jedoch: Es dürfen keine gekauften Sachen ausgestellt und zum Verkauf angeboten werden. Ebenso benötigen wir keine Bäckereien jeder Art. Die Teilnahme ist kostenlos – der Erlös bleibt bei jedem Teilnehmer.

Da wir schon jetzt mit den Vorbereitungen beginnen müssen, melden Sie sich sofort bei uns, unter Angabe, mit welchen Dingen man sich beteiligen möchte, an die Sudetendeutsche Jugend, Steingasse 25, 1030 Wien. Tel. (mit Anrufbeantworter – bitte laut und deutlich Namen und Telefonnummer zwecks Rückruf angeben) 01 / 718-59-13. Wir rufen so bald als möglich zurück. Wir erwarten Ihre baldigen Anrufe und Angebote.

Durchschnittslohn bei tausend Euro

Der durchschnittliche Lohn in Tschechien ist im Jahre 2012 im Jahresvergleich um 665 Kronen (ca. 26 Euro) auf nunmehr 25.101 Kronen gestiegen. Damit wurde im vergangenen Jahr ein durchschnittlicher Monatslohn von umgerechnet etwa tausend Euro gezahlt. Parallel dazu sind jedoch auch die Preise gestiegen. Nach Abzug der Inflation ist der Reallohn daher im Jahr 2012 um 0,6 Prozent gesunken, informierte kürzlich das Tschechische Statistikamt (ČSU).

Böhmerwaldbund Oberösterreich

KULTURFAHRT

zur Landesausstellung 2013
Freistadt / Krummau

Samstag, 28. September
(Bus-Tagesfahrt)

Achtung: Geänderte Zustiegsstelle. 7 Uhr Pucking – um 7.20 Uhr Trauner Kreuzung (Shell-Tankstelle) und Stadt-Friedhof Sankt Martin – 7.25 Uhr St. Martin (ehem. Post) – 7.30 Uhr Böhmerwaldblock Neue Heimat – 8 Uhr Linz, Hauptbahnhof (ehem. Busstation Nähe Hauptpost).

Anmeldungen jeden Montag (von 9 bis 11.30 Uhr) im Büro, Tel. 0 732 / 70 05 91, oder bei Fr. Inge Bayer, Tel. 0 72 29 / 89 147, oder unter: *kontakt@bwb-ooe.at*

Gedenktag in Unterretzbach

Beim Znaimer Heimatdenkmal in Unterretzbach findet am Donnerstag, 15. August, (Mariä Himmelfahrt) auf Initiative des Kulturvereines der Südmährer in Österreich und des Heimatkreises Znaim eine Gedenk-Kundgebung statt: Beginn 10 Uhr mit einer Schubert-Messe mit Prälat Domdekan Karl Rühringer (Großtajax). Anschließend Totenehrung mit Kranzniederlegung. Musik: Trachtenkapelle Unterretzbach. Anschließend Heimattreffen beim Heurigen Winter in Unterretzbach, Hauptstraße 75.

SUDETENDEUTSCHE REZEPTE

Kaiserliche Bananenschnitten

Teig: Fünf Eier, 25 dag Zucker, 1/8 l Öl, 1/8 l Wasser, 1 Pkt. Backpulver, 20 dag Mehl.
Creme: 1/4 l Milch, 25 dag Butter, 1 Pkt. Vanillepuddingpulver, 18 dag Zucker, ein Dotter, ein Schuß Rum, ein Pkt. Vanillezucker.
Glasur: 20 dag Schokolade, 6 dag Butter.

Zubereitung: Die Eier trennen, Eiklar zu einem steifen Schnee schlagen, Dotter und Zucker schaumig rühren, anschließend erst Öl, dann Wasser vorsichtig einrühren, zum Schluß abwechselnd Mehl und Eischnee unterheben.
Den Teig auf ein mit Backpapier ausgelegtes Backblech streichen und bei ca. 180 Grad ca. 30 Minuten backen. Nach Auskühlung mit Marillenmarmelade bestreichen und mit Bananenscheiben belegen.
Für die Creme die Milch aufkochen, das mit etwas Milch vermischte Puddingpulver einrühren, aufkochen und kaltstellen.
Dann Butter, Zucker, Dotter, Rum und Vanillezucker schaumig rühren, den erkalteten Pudding gut untermischen und auf den Kuchen streichen. Etwas hart werden lassen und mit Schokoladeglasur bestreichen.

Tipp: Die kaiserlichen Bananenschnitten immer kühl halten. Die Schnitten sofort nach Aufstreichen der Glasur schneiden, sonst bricht die Glasur unschön. Die Hälfte der Butter kann mit Topfen ausgetauscht werden, um die Schnitten leichter und bekömmlicher zu machen.

Gutes Gelingen wünscht Ch. G. Spinka

HABEN SIE GEWUSST, DASS...

... die am 8. 2. 1879 in Warnsdorf (B) geborene **Marie (Mizzi) Günter** eine gefeierte Soubrette / Schauspielerin – vorwiegend an Wiener Bühnen – zwischen 1900 und 1930 in zahlreichen Operetten („Die lustige Witwe" / „Die Dollarprinzessin" / „Die Czardasfürstin") jeweils die Uraufführungen und teilweise bis zu 1000 Folgeauftritte (u. a. auch in London / Paris) bestritt?

... der am 15. 3. 1908 in Prag (B) geborene **Kurt Baum** vor seiner Opernkarriere (u. a. 25 Jahre an der Metropolitan Opera New York) als Amateurboxer ČSR-Landesmeister im Schwergewicht war?

... auf den am 20. 5. 1901 in Teplitz Schönau (B) geborenen ordoliberalen Prof. **Leonhard Miksch** – ein enger Mitarbeiter *Ludwig Erhardts* (später Wirtschaftsminister und Bundeskanzler) – wesentliche Vorarbeiten („Leitsätzegesetz") zur Währungsreform (1948) und der Einführung der „Sozialen Marktwirtschaft" in Deutschland zurückgehen?

... auf Initiative des Schwimmvereins *Hellas* Tetschen die Olympiaflamme auf dem Weg nach Berlin 1936 durch sechs sudetendeutsche Läufer bei Peterswald (B) auch durch das Sudetenland getragen wurde?

... der von *Antonio Salieri* unterrichtete am 11. 10. 1788 in Friedberg / Böhmisch Krummau (B) geborene **Simon Sechter** – bedeutender Musikkritiker seiner Zeit – sowohl Lehrer von *Franz Schubert* war als auch *Anton Bruckner, Franz Lachner* und *Carl Zeller* zu seinen Schülern am Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde Wien zählten und über 8000 (aber kaum veröffentlichte) Werke verfaßte?

Volkstanzkreis in Wien

Der erste Übungsabend nach den Ferien findet am Montag, dem 9. September, ab 19 Uhr, im „Haus der Heimat", Wien 3, Steingasse 25 / Hoftrakt / 2. OG (Sudetendeutsche), statt. Der nächste findet im Oktober statt, wir werden Sie rechtzeitig über den Termin informieren.

Jedermann – gleich welchen Alters (ab zika 12 bis über 80 Jahre) – ist herzlichst zum Mitmachen eingeladen, auch ältere Landsleute, alle Freunde und alle am Volkstanz Interessierten (eine Mitgliedschaft bei einer sudetendeutschen Organisation ist nicht Bedingung).

Wichtig ist die Freude am Tanzen, auch als Anfänger. Alle Tänze werden vorgezeigt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, die Teilnahme ist mit keinen Kosten verbunden. Zum Selbstkostenpreis werden kleine Imbisse und Getränke angeboten. Schon jetzt freuen wir uns, auch Sie und Dich begrüßen zu dürfen. Nehmen Sie Ihre Familie und Freunde mit.

ENDLICH BEFREIT...

Nie werde ich die Wiesenlandschaft bei Furth im Wald vergessen, die ich zu Pfingsten des Jahres 1946 margeritenbewachsen und übersät mit weißen Armbinden (mit aufgenähtem „N" = Nemeci) sonnenbeschienen anstaunte.

Alle Menschen entledigten sich erleichtert ihrer Kennzeichnung als „Sudetendeutsche". Wir kamen sechs Tage im Güterwagentransport aus Sudetenschlesien und hatten wenig erhalten, weil es hieß, es wäre Typhusgefahr. Auf dem ersten Bahnhof in Bayern bekamen wir eine Erbswurstsuppe und Getränke und fühlten uns versorgt: Das waren meine Mutter mit drei Kindern (acht, sechs und drei Jahre), die Familie des Bruders meiner Mutter, Großeltern und zwei Tanten. Die Väter waren in der Wehrmacht und im REICH. Wir kamen mit dem ersten „Zwangsaussiedlerzug" des „humanen Bevölkerungstransfers" aus dem Altvatergebirge (Bärn). Die Stadt Freudenthal im Winter 1945 war schlimmer betroffen.

Schon im Sommer 1945 waren wir von dem Hof und der Großmühle meines Großvaters ins Dorf Rautenberg vertrieben worden. Der Besitz war durch die Russen völlig ausgeplündert. Meine Mutter hatte eine Zentrifuge retten wollen und war dabei vergewaltigt worden. Wir wohnten im Ausgedinge eines Bauern auf dem Kirchplatz. Die Großeltern und eine junge Tante wurden ins Lager Bärn eingesperrt. Meine Mutter brachte ihnen über Waldwege etwas zum Essen. Öfter gab es Haussuchungen, weil die tschechischen „Goldgräber" bei der „reichsten deutschen Familie" noch Schmuck bis in ein „Mäusegrab" von uns Kindern suchten.

Trotzdem konnte ich in meinen Schuhabsätzen eine goldene Uhr, eine Brosche und ein paar Silbertaler durch die Leibesvisitation bringen. Wir konnten unser Aussiedlungs-Gewicht nicht ausnutzen, aber Leib- und Bettwäsche retten, da wir sie auf Hinweis verschmutzt vorzeigten.

In Oberbayern wohnten wir mit sechzehn Personen in zwei Räumen auf Pritschen mit „Flüchtlingsofen". Es gab nur zwei Scheiben Brot am Tag. Aber Einheimische steckten uns Kindern oft etwas zu und beim Waldduchforsten konnten wir einen ganzen Waggon Holz erwerben für den Umzug in ein Waldhaus mit einem großen Garten (ein Hektar) zu unserem gefundenen Vater nach Westfalen. Trotz aller Mühen fühlten wir uns von der Willkür erlöst und die Erwachsenen fingen an wieder zu schaffen und zu sparen und machten uns lebenstüchtig.

Georg K. Schmelzle

Wer war Emanuel Moravec?

Er war tschechischer Politiker, Legionär, Berufssoldat, Militärtheoretiker, Publizist, der noch als Legionär im Jahr 1918 in deren Wochenblatt zu schreiben begann. Seit 1932 schrieb er in „Lidové noviny", dann in „Přítomnost" unter dem Pseudonym Stanislav Yester. Im September 1937 stand er Ehrenwache am Katafalk Masaryks. Zur Zeit der Sudetenkrise gehörte er zu den entschiedensten Gegnern einer Kapitulation. Aus einem Feind Nazideutschlands wurde am Ende dessen hoffnungsvollster Propagandist der Naziideologie. Nach Ausbruch des Prager Aufstands im Mai 1945 beendete er sein Leben, als er sich im Dienstwagen erschoß.

Emanuel Moravec wurde am 17. April 1893 in Prag geboren, wo er an der Höheren Gewerbeschule mit tschechischer Unterrichtsprache maturierte. Danach trat er im Jahr 1912 als technischer Beamter in eine Baufirma ein, wo er in Heizungs- und Belüftungstechnik arbeitete. Nach Kriegsausbruch rückte er zum Landwehrregiment Nr. 8 ein, kam in eine Unteroffiziersschule nach Salzburg. Mitte Jänner 1915 kam Emanuel Moravec an die Ostfront, wo er alsbald in russische Gefangenschaft geriet. Bereits zum 1. September 1915 strebte er den Eintritt in die tschechische Družina an, die sich auf dem Gebiet des Zarenreiches formiert hatte. Da eine Antwort nicht eintraf, bewarb er sich um Aufnahme in die 1. serbische Freiwilligendivision, in der er im Jahr 1916 im Rang eines Leutnants angenommen wurde. Nach einer schweren Verwundung lag er ein halbes Jahr darnieder. Als er im Februar 1917 zu seiner Einheit zurückkehrte, stellte er fest, daß seine tschechischen Mitkämpfer zur neugebildeten tschechischen Legion gingen. Seinem diesbezüglichen Gesuch entsprach die Führung der 1. serbischen Division, und so konnte er zu den Seinen gehen.

In der tschechischen Legion erhielt Moravec den Rang eines Unterleutnants, wurde Führer des Maschinengewehrzugs des 6. Hanakischen Infanterieregiments, am 12. Dezember 1917 kam er ins rumänische Jassy, wo er an einem Maschinengewehrkurs und an einem Kurs für Generalstabsoffiziere teilnahm. Als er Ende März 1918 zurückkam, wurde er Befehlshaber einer Maschinengewehrabteilung. Nach der stattgefundenen bolschewistischen Revolution verlegten die tschechoslowakischen Einheiten nach Wladiwostok. Bei einem Kampf im Dorf Bogandinskaja fiel Moravec vom Pferd und brach sich das Schlüsselbein. Im Krankenhaus begann er für das Wochenblatt der Legion, „Československý vojáK", zu schreiben, in dem sein Name erstmals am 24. Juni 1918 erschien.

Nach seiner Rückkehr in die Tschechoslowakei wurde er Berufsoffizier. im September 1920 trat er seinen Dienst bei der Landesmilitärkommandantur in Usgorod als Nachrichtenoffizier an. Seine Dienstpflichten erfüllte er mit Auszeichnung, deshalb kam er an die Militärhochschule nach Prag zum Studium. Dieses beendete er im Jahr 1923, in dessen Verlauf er zum Major befördert wurde und verblieb in der nachrichtendienstlichen Abteilung in der Landeskommandantur in Prag.

In den zwanziger Jahren verstrickte sich Moravec in die hohe Politik. Der aus der tschechischen Legion in Rußland bekannte General Radola Gajda war mit Präsident Masaryk mehrmals in Konflikt geraten, der beschloß, Gajda aus seiner militärischen Funktion zu entfernen. Gajda wurde der Spionage zugunsten Sowjetrußlands bezichtigt. Dafür wurde Moravec zum Kronzeugen. Gajda mußte die Armee verlassen, obwohl in späteren Jahren Historiker nachwiesen, daß die Beschuldigungen konstruiert waren und nicht der Wahrheit entsprachen. Gajda wandte sich der Politik zu und wurde Führer der nationalen faschistischen Gemeinde. Moravec wurde 1927 im „Album der Repräsentanten aller Ressorts des öffentlichen tschechoslowakischen Lebens" als eine vordere Persönlichkeit des tschechoslowakischen Militärs und als bekannter Militärschriftsteller angeführt.

Im gleichen Jahr kam es zu einer Komplikation, Major Moravec wurde des finanziellen Betrugs bezichtigt. Als Funktionär des Militärverlags Čin konnte er dessen Bücher mit einem dreißig- bis fünfzigprozentigem Rabatt erwerben. Revisoren stellten fest, daß Moravec die so erworbenen Bücher zum vollen Preis an die Landesmilitärkommandantur weiterverkauft hatte. Zwar handelte es sich um eine nur geringe Summe, doch Moravec wurde darauf zum 24. Infanterieregiment nach Znaim strafversetzt, wo er das 1. Bataillon übernahm. Auch hier versuchte er sich als Schriftsteller. 1928 gelang es ihm, mit der von Ferdinand Peroutka herausgegebenen renommierten Zeitschrift „Přítomnost" Verbindung aufzunehmen.

Im Dezember des Jahres 1928 wurde Moravec zum Oberstleutnant befördert. Mit allen Kräften begann er sein angeschlagenes Renommee gutzumachen, was ihm schließlich gelang. Seine dienstlichen Beurteilungen sind voll von Superlativen und des Lobes. Anfang des Jahres 1931 kam er wieder nach Prag, als Professor an der Militärhochschule. Im Jahr 1933 wurde er zum Oberst befördert. In den Buchhandlungen zeigten sich immer neue Bücher von ihm. In dieser Zeit wurde er als Experte in Fragen der Verteidigungspolitik und der Militärgeschichte angesehen.

In „Lidové noviny" hatte sich bisher Miroslav Kautský Militärthemen gewidmet. Nach seinem Ausscheiden im Jahr 1931 versuchte die Redaktion, ihn durch einen renommierten Fachmann zu ersetzen. Moravec nahm das Angebot an und blieb dem Blatt treu bis zu seinem Tode, wenn er es schließlich zur Tribüne seiner Kollaborantenpolitik gemacht hat. Sein Hauptaugenmerk richtete sich auf Deutschland und auf die Sowjetunion. Die Jahre 1936 bis 1938 bedeuten für Oberst Moravec den Gipfel seiner journalistischen Tätigkeit. Neben durchschnittlich einem Beitrag pro Woche in „Lidové noviny" schrieb er in „Přítomnost", in Militär- und Fachzeitschriften und in anderen Periodika.

Moravec gehörte zu denen, die im Jahr 1938 die Republik um jeden Preis verteidigen wollten, gegebenenfalls auch ohne die Hilfe der westlichen Verbündeten. In den Tagen von München drang Moravec ohne Anmeldung zu Präsident Beneš vor, um ihn zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Deutschland zu bewegen. Doch er hatte keinen Erfolg und die „Kapitulation" traf ihn schwer. „München" wurde für Moravec zum moralischen und gefühlsmäßigen Zusammenbruch.

Am 5. Oktober 1938 brachte „Lidové noviny" seinen Beitrag „Úctování a co dále (Eine Berechnung und was weiter), in dem er nicht nur von der bisherigen tschechoslowakischen Außenpolitik, sondern faktisch auch von seiner eigenen Vergangenheit abrückte und die Ansicht vertrat, daß das tschechische Volk nur noch eine Zukunft zu erwarten hat bei einer Zusammenarbeit mit Deutschland.

Als mit der Besetzung der restlichen Republik am 15. März 1939 viele tschechoslowakische Offiziere ins Ausland gingen, blieb Moravec zuhause, befürchtete aber, daß ihn die Deutschen wegen seiner früheren radikalen Standpunkte verhaften würden. Doch die Deutschen wählten eine andere Taktik und boten ihm eine Zusammenarbeit an. Moravec nahm sie an, unternahm eine Studienreise durch Deutschland, verband sich aktiv mit dem Kampf gegen das tschechische Exil und gegen die Auslandsaktionen Edvard Beneš'. Begeistert vom Nationalsozialismus, verheimlichte er nicht seine Überzeugung, daß den Krieg, der im September 1939 ausbrach, Deutschland gewinnen werde und daß das tschechische Volk, wenn es überleben wolle, mit Deutschland zurechtkommen müsse.

Und es schien, er würde recht behalten. Er hatte vorhergesehen, daß Deutschland mit der Sowjetunion übereinkommen und Europa aufteilen wird – und hatte recht behalten. Er sah die Niederlage Frankreichs voraus – und hatte recht behalten. Er war sich des deutschen Sieges im Kriege sicher. So begab er sich in dessen Dienst, reihte sich in den allerärgsten Flügel der Kollaboranten ein. Im Jänner 1942 wurde er im Protektorat Böhmen und Mähren Minister für Schulwesen und Volksaufklärung. Mit den Okkupanten arbeitete er ausnahmslos zusammen und bemühte sich, die tschechische Öffentlichkeit für seine Gedanken zu gewinnen.

Am Zusammenbruch seiner Vorhersagen trug er sehr schwer, diente aber seiner Idee bis zum letzten Augenblick. Als am 5. Mai 1945 in Prag der Aufstand ausbrach, sollte er über den Rundfunk (nur über die Lautsprecheranlage möglich, denn der Sender befand sich in den Händen der Aufständischen) das Volk beruhigen. Als er in einem deutschen Auto durch die Gassen von Prag fuhr, wurde er sich der Ausweglosigkeit der Lage bewußt und machte seinem Leben ein Ende (nach dem Beitrag „Vom Legionär zum alleraktivsten Kollaborateur" in „LN" vom 19. 4. 2013). wyk

Ausstellung in Kaufbeuren-Neugablonz

Vom 28. Juni bis zum 29. September ist in Kaufbeuren-Neugablonz, im Isergebirgsmuseum (Gablonzer Haus) eine Ausstellung mit dem Titel „Sehnsuchtslandschaften" zu sehen. Die Werke sind aus den Beständen der Gablonzer Otto-Pohl-Galerie und von Aquarellen der Malerin Christa Scharf aus Enns in Österreich.

Nach der Vertreibung aus der Heimat waren die Landschaften in weiter Ferne. Die Bilder, die in der Ausstellung gezeigt werden stammen aus der Zeit vor 1945 und auch nach der Vertreibung. Die nach der Vertreibung gemalten Bilder (Orte und Landschaften) entstanden nach der Erinnerung, von Postkarten oder von Fotos.

Namhafte Künstler des Isergebirges, Franz Schier, Rudolf Karasek, Eduard Enzmann, Richard Felgenhauer und verschiedene Laienmaler haben ihre Sehnsucht nach den vertrauten Landschaften Ausdruck verliehen. Den Bogen in die Gegenwart spannte Frau Christa Scharf mit ihren Bildern. Sie stammt aus Tiefenbach im Isergebirge und stellte siebzehn Bilder aus.

Die einleitenden Worte zur Eröffnung sprach Frau Eva Haupt. Sie ist die Museumsleitern des Isergebirgsmuseums. Sie konnte von Kaufbeuren Oberbürgermeister Stefan Bosse, 2. Bürgermeister Gerhard Bucher und den Altoberbürgermeister Rudolf Krause und andere Persönlichkeiten, von Österreich auch den Obmann der SLÖ Ortsgruppe Enns – Steyr, Horst Schubert mit Gattin, sowie den Obmannstellvertreter der SLÖ Oberösterreich, Rainer Ruprecht, begrüßen. Ingrid Hennerbichler

Links: Der 2. Bürgermeister von Kaufbeuren, Gerhard Bucher und die Leiterin des Isergebirgsmuseums, Eva Haupt, mit der Künstlerin. – Rechts: Teilnehmer aus Enns: (v .l.): Rainer Ruprecht, Christa Scharf und das Ehepaar Schubert.

Werden Wonka und Pithart auch geehrt?

Über die Nominierung der 36 Kandidaten, die am 28. Oktober von Präsident Miloš Zeman ausgezeichnet werden könnten, ist am 26. 6. der Senat übereingekommen. Unter ihnen der schon verstorbene Dissident Pavel Wonka. Zu den Nominierten gehören ferner der frühere Dissident, Regierungsvorsitzende und Senatsvorsitzende Petr Pithart (KDU-ČSL). Wer die Auszeichnungen tatsächlich erhalten wird, entscheidet der Präsident (čtk, 27. 6. 2013). wyk

Kirchen erhalten erste Gründe zurück

Im Juni wurden die ersten drei Grundstücke auf Grundlage des Gesetzes zur Kirchenrestitution zurückgegeben. Das erklärte ein Sprecher der staatlichen Verwaltung für Eigentumsangelegenheiten. Das erste Grundstück erhielt der Ritterorden der Kreuzherren mit dem Roten Stern im Bezirk Pribram zurück, zwei weitere Landstücke wurden in Brüx (Most) restituiert.

Kühler Sommer des Jahres 1945 an der polnischen Grenze

„Ihr habt zwei Stunden Zeit zum Abrücken", verkündete kompromißlos der Befehlshaber einer tschechischen, aus zwei Zügen mit Maschinenpistolen bewaffneten Einheit, darunter ortskundige Veteranen der Swoboda-Armee, die den an der Bahnstrecke von Ratibor nach dem mährischen Bohumín (Oderberg) gelegenen Bahnhof Chalupki (damals Eisenbahnstation Annaberg) eingenommen hatte. Während Angehörige der Einheit polnische Embleme und Fahnen entfernten, kamen Eisenbahner hinzu, die den Bahnhof zur Betriebsaufnahme in südlicher Richtung über die Grenze vorbereiteten (heute endet die Strecke in Chalupki).

Am 10. Juni 1945 begann die tschechoslowakische Armee mit der einzigartigen Aktion, fremdes Staatsgebiet zu vereinnahmen (Bemerkung: Man erinnere sich an das tschechische Zetergeschrei über die Folgen des Münchener Abkommens im Jahr 1938). Dabei handelte es sich um Gebiete des besiegten Deutschlands, die an Polen fallen sollten. Aus den wenigen vorhandenen Dokumenten ist zu entnehmen, daß der Plan die Einnahme umfangreicher Gebiete im Raum Glatz (heute Klodzko) und Ratibor (heute Racibórz) vorsah, ohne Rücksicht darauf, daß nach vorangegangenen Übereinkommen der Siegermächte die tschechoslowakische Grenze praktisch so weiterbestehen sollte wie vor dem Kriege.

Mit lebhaften Anfahrten auf deutsches Gebiet begannen die Tschechen gleich nach Kriegsende. Polnische Dokumente sprechen von einer bewaffneten etwa 60 Mann starken Gruppe, hauptsächlich Revolutionsgardisten, die schon im Mai 1945 in die Stadt Glatz vorgedrungen waren, ebenso über Zwischenfälle mit tschechischen Milizen und der ankommenden polnischen Verwaltung. Die Anfahrer nahmen straflos landwirtschaftliche Produkte der schlesischen Deutschen mit, aus Langenbrück (Mostowice) ein ganzes Lager...

Die militärische Aktion war etwas ganz anderes. Wieviele Soldaten an ihr beteiligt waren, ist schwer zu sagen. Dokumente aus der unmittelbaren Zeit nach dem Kriege sind nur sporadisch erhalten. Den Konflikt beschreibt der Historiker Jiří Bílek im Buch „Kyselá těšínská Jablka" (Saure Teschener Äpfel). Danach hatten die tschechischen Soldaten den Befehl, keine direkten Auseinandersetzungen zu beginnen und Konflikte möglichst ohne Waffengewalt zu regeln. In die Glatzer Region kam aus Broumov (Braunau) auf der heute aufgelassenen Strecke ein Panzerzug, offenbar mit dem Ziel, Bedingungen für die weitere Ankunft von Soldaten vorzubereiten (Bemerkung: Oder zu Plünderungen?). Die Soldaten gingen jedoch nur langsam vor und nahmen nur einen kleinen Teil des gedachten Gebietes ein, etwa den Bahnhof von Mittelwalde (Miedzylesie) und kleinere ländliche Gebiete um Leobschütz (Glubczyce) und Ratibor (Racibórz).

Der Befehlshaber der ersten Panzerbrigade, Vladimír Janko, sandte Offiziere nach Ratibor zum Besatzungskommandanten der Roten Armee, Nedoresow. Die Sowjets hatten zusammen mit den Polen die Obsorge über die Verwaltung der vereinnahmten Territorien, darüber hinaus hatten sie Einfluß auf die polnische Armee. Der sowjetische Oberstleutnant hörte die Forderungen der Tschechen an und genehmigte schließlich ihr Vorgehen.

Zu größeren Zwischenfällen ist es nicht gekommen – nur in Benkwitz (Bienkowice) dreizehn Kilometer von Ratibor entfernt, entwaffneten dreißig tschechische Soldaten zwei polnische Polizisten und jagten sie ins Landesinnere. Im nahegelegenen Neustadt (heute Prudnik) gerieten eine polnische und eine tschechische Wache aneinander, und nur durch die Geistesgegenwart der Polen kam es nicht zu einer Schießerei.

Die Polen reagierten sehr scharf. Gleich am zweiten Tag nach dem 10. Juni beorderte Verteidigungsminister Marschall Michal Zimierski an den Ort des Geschehens ein Panzerkorps und eine Infanteriedivision. Diese hatten die Instruktion, sich nicht in einen Kampf einzulassen, aber die Tschechoslowaken aufzufordern, das Gebiet bis Mitternacht des 15. Juni zu verlassen. Falls sie dies ablehnten, lautete die Instruktion: „Einschließen, entwaffnen und festnehmen." Geschossen durfte nur werden, wenn der Gegner das Feuer zuerst begann.

Der Vertreter der tschechoslowakischen Armee, Oberst Janko, traf sich am Ende mit dem gleichgestellten polnischen General Stanislaw Poplawski (unter sowjetischer Aufsicht), und sie kamen zu einem Ausgleich der Lage überein. Die Regierung Zdeněk Fierlinger hat dann auf eine diplomatische Note aus Warschau mit der Verlautbarung reagiert, daß sie „von der Aktion nichts weiß, das eigenmächtige Einschreiten verurteilt und den dafür Verantwortlichen bestraft".

Wer aber überhaupt über eine so schwerwiegende Aktion, wie es der Angriff gegen einen benachbarten Staat ist, entschieden hat, bleibt eines der größten Geheimnisse. Auf der Generalstabskarte aus dem Jahr 1945 ist ein Bleistiftstrich, bis zu siebzig Kilometer in polnisches Gebiet reichend, eingezeichnet. „Die Verhältnisse waren damals so, daß unter Politikern wie Militärs die Ansicht verbreitet war, daß das Gebiet leicht einzunehmen sein wird", sagt Pavel Minařík vom Militärhistorischen Institut. Militärexperten wußten gut, daß das gegliederte Grenzgebiet schwer zu verteidigen sein würde und wollten deshalb die tschechischen Ausläufer nach außen begradigen. „Riesen-, Iser- und Erzgebirge sollten an Prag fallen", fügt Minařík hinzu.

Die Möglichkeit, Gebiete des geschlagenen Deutschlands anzugliedern, erwog die Londoner Exilregierung schon seit Beginn des Krieges. Darüber verhandelte sie intensiv mit den Sowjets. Stalin hat am Ende zugunsten Polens entschieden – Schlesien wurde bestimmt zur Kompensation für Galizen und für ausgedehnte Gebiete im Osten, die die UdSSR vereinnahmt hat.

Im Laufe der Gespräche mit den Sowjets kam eine Linie ins Spiel, gezogen von Náchod zum heutigen Prudnik (Neustadt), rund um Leobschütz bis Cosel (Kozle), entlang der Oder nach Ratibor und Schurgersdorf (Zabelkow) bei Bohumín (Oderberg), also praktisch eine Begradigung der Nordgrenze und hinzugekommener Gebiete um die Oder. Diese Operation definiert einer der Befehle: „Persönliche und geheime Instruktion für den Befehlshaber Brünn vom 2. 6. 1945." Ein zweiter Befehl ordnete dann die Überführung der ersten selbständigen Panzerbrigade in den Raum Mährisch Ostrau an.

Die beiden Dokumente gab der Chef des Hauptstabes, Bohumil Boček, heraus. Die Strafe für den Initiator der Operation, die Premier Fierlinger in der Antwortnote an Warschau angekündigt hatte, wurde nicht verhängt. Daraus läßt sich urteilen, daß der Impuls für die Entscheidung, einen Teil Polens zu besetzen, von der höchsten politischen Repräsentanz oder von Beneš selbst ausgegangen ist. (Boček wurde nach dem „Februar 1948" von den Kommunisten seiner Funktion enthoben. Er verstarb 1952 im Gefängnis Karthaus / Valdice). Mit Demobilisierung bestraft wurde Oberstleutnant Nedoresow, der die Tschechoslowakei in Polen eingelassen hatte, und sein Kollege Jepifanew erhielt zehn Tage Hausarrest.

„Von tschechoslowakischer Seite ging es nicht um eine konsequente Besetzung polnischen Gebietes, vielmehr um eine bewaffnete Aufklärung", sagt Historiker Jiří Bílek damit, daß Prag so ein wenig sondiert hat, wie sich die Polen verhalten. Außer der schnellen militärischen Reaktion kam es zu einer weiteren Antwort in Form der Belebung des Streites um das Olsagebiet, in dem eine beträchtliche polnische Minderheit lebte. Marschall Zymierski hatte in einer Note nicht nur die augenblickliche Zurücknahme der tschechoslowakischen Einheiten aus dem Gebiet verlangt, sondern auch den Abzug der Verwaltung aus den Gebieten Karviná (Karwin), Orlová (Orlau), Bohumín (Oderfurt), Třinec (Trcynietz) und Česká Těšín (Teschen) bis hinter Jablunkov (Jablunkau), mit der Begründung, es müsse eine Kommission entstehen, die das Schicksal des strittigen Gebietes regelt. Seine Forderung unterstützte er mit der Hinzuziehung der Armee an die Grenze des Gebietes. Der Plan sah die Besetzung der ganzen Region bis zum 28. Juni 1945 und die Einsetzung einer polnischen militärischen Verwaltung vor, da nur damit der Druck auf die hiesige polnische Minderheit aufzuhalten sei.

In den Streit involvierte sich auch die sowjetische Seite. Ein Krieg wurde nicht geführt, obzwar die Tschechoslowaken und Polen bis Ende Juli den Finger am Abzug hatten. Am 28. Juni kam es zu einem Waffengebrauch, als tschechoslowakische Soldaten in der Nähe der Schneekoppe eine polnische Streife beschossen.

Interessant ist, wie heute über die tschechische Invasion gesprochen und geschrieben wird. Während nach der Eingabe des (polnischen) Stichworts „Wojna polska-czeska" in den Sucher im Internet eine Menge Beiträge über die Begebenheiten des Juni 1945 erscheinen, verweist die (tschechische) Eingabe des Stichworts „Cesko-polska valka" auf den Streit um das Teschener Gebiet hauptsächlich in den Vorkriegsjahren 1938 und 1939. Als ob sich die Tschechen für etwas schämten (Angaben entnommen aus dem gleichnamigen Beitrag in „Lidové noviny" vom 29. Juni 2013). wyk

Einladung zum größten heimatlichen Brauchtumsfest

SÜDMÄHRER-KIRTAG

am 11. August im Südmährerhof im Weinviertler Museumsdorf Niedersulz

PROGRAMM

9.30 Uhr: **Feldmesse** mit Prälat Dr. Karl Rühringer – 10.30 Uhr: **Totenehrung** – 11 Uhr: **Frühschoppen** mit Originalkapelle Hoch- und Deutschmeister. Für Speis' und Trank sorgt der Festwirt, für Mehlspeisen, traditionelle Kolatschen und für Kaffee sorgen die Südmährerinnen. – Für Stimmung und Tanz sorgen die bewährten „Weinviertler Buam".

13.45 Uhr: **Spezielle Begrüßung** – 14 Uhr: **Kirtagsaufzug** nach heimatlichem Brauch mit Trachtenträgern und Unterstützung des Volkstanzkreises „Stodltaunza" aus Alt Höflein – **Trachtenmodenschau** mit fachkundiger Beratung – **Tanz und Stimmung, Volkstanzvorführung** mit Publikumsbeteiligung. **Stadel-Stimmung** bis mindestens 18 Uhr. Erlebnis für Alt und Jung!

Kostenlose „Thaya"-Busfahrt um 7.30 Uhr ab Wien (vis a vis Stadthalle – Lutz).

Anmeldung bei Ingrid Kerschbaum, Telefon 01 / 318 0117. Landsleute aus Deutschland und aus den Bundesländern haben sich angemeldet.

Der Südmährerhof mit neun Ausstellungsräumen und den Sonderausstellungen ist immer eine Reise wert; ebenso das Museumsdorf mit Themenführungen!

Eintritt: Euro 8,50, Senioren Euro 7,50, Kinder ab 6 Jahren Euro 4,–. Eintrittseinnahmen zur Erhaltung des Südmährerhofes!

Für die Südmährer Kulturstiftung:
Ing. Reiner Elsinger,
Geschäftsführer

Palais Lobkowicz: Noch kein Verkauf

Die tschechische Übergangsregierung wird nicht über den Verkauf des Prager Palais Lobkowicz an den deutschen Staat entscheiden. Die Bundesrepublik möchte den derzeitigen Sitz der deutschen Botschaft in der tschechischen Hauptstadt erwerben. Der neue Außenminister Jan Kohout hat gesagt, der Fall des Palais Lobkowicz ruhe. Das Kabinett von Premier Jiří Rusnok wolle keine grundlegenden Entscheidungen über Staatseigentum treffen. Vom Balkon des Palais Lobkowicz verkündete Außenminister Hans-Dietrich Genscher 1989 die Ausreise von Flüchtlingen aus der DDR. Wegen dieser geschichtlichen Bedeutung will Deutschland das Gebäude erwerben. Im Gegenzug hat der Bund ein Grundstück für einen neuen tschechischen Botschaftssitz in Berlin angeboten. Grundsätzlich hat Tschechien dem Tausch bereits zugestimmt. Laut der Presseagentur ČTK streiten beide Seiten aber noch über den Wert ihres jeweiligen Angebotes.

Treffen beim Heurigen

Alle ehemaligen Freunde und Kameraden aus der SdJ Wien, Niederösterreich und Burgenland aus früheren Tagen treffen sich gemeinsam mit den Kameraden der SLÖ-Bezirksgruppe Wien und Umgebung (wo ja viele ältere Freunde tätig sind), sowie den Angehörigen der jüngeren und mittleren Generation – auch wenn diese zum ersten Mal dabeisein wollen – zu einem gemütlichen Beisammensein am Freitag, dem 13. September, ab 19 Uhr, beim Heurigen „10er-Marie", Wien 16, Ottakringer Straße 222.

Selbstverständlich sind auch alle anderen interessierten Landsleute recht herzlich eingeladen. Dieses Treffen ist bestimmt wieder eine gute Gelegenheit, mit alten und neuen Freunden zusammenzutreffen und zu plauschen.

Ein gutes Tröpferl sowie das reichhaltige Buffet werden das Ihre dazu beitragen. Schon jetzt freuen wir uns auf Eure Teilnahme – liebe alte und neue Freunde, werte Landsleute.

Fragt ganz einfach beim Heurigen nach Klaus Seidler – man wir Euch da gerne helfen. Also dann bis 10. September – Du kommst bzw. Sie kommen doch auch?

HEIMATTREFFEN

der Pfarrgemeinschaft Rosenthal

Freitag bis Sonntag, 23. bis 25. August

Freitag: Bis 19 Uhr Anreise und evtl. gemütliches Beisammensein beim Maurerwirt.
Samstag: 17.15 Uhr: Gemeinsames Aufbrechen zum Gottesdienst. Treffpunkt: Gasthof Blumauer. – 18 Uhr: Gottesdienst m. H. Pfarrer Stellnberger, anschließend Totenehrung am Gedenkstein, Böhmerwaldlied, gemeinsamer Rückweg zum GH Maurerwirt, gemeinsames Abendessen. – 20.30 Uhr: Begrüßung. Kurzberichte der Herren Opfolder und Böhm, gemütliches Beisammensein.
Sonntag: 10 Uhr: Treffpunkt am Kriegerdenkmal in Rosenthal. – 10.30 Uhr: Gottesdienst in der Pfarrkirche Rosenthal. Zelebrant: Pfarrer Johannes Schaufler und Pfarrer Pavel Simak. Danach kurzer Stehimbiß. – Gemeinsames Mittagessen. – Rückfahrt zu den Quartieren bzw. Heimfahrt.
Einige Punkte sind noch in Planung. Laßt Euch überraschen.

Die Tschechen lügen ständig mehr, dafür wurden Strafen verhängt

Wegen Meineids und nichteidlicher Falschaussage sprachen im Jahr 2011 tschechische Gerichte nach den Jahrbuch des Justizministeriums vom gleichen Jahr 136 Verurteilungen auf Bewährung aus. Vierzehn wurden zu einer Freiheitsstrafe bis zu einen Jahr ohne Bewährung verurteilt und vier zu einer höheren Freiheitsstrafe ohne Bewährung. (In zwei Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen und in 24 Fällen wurden die Beschuldigten von der Anklage freigesprochen.) Gegenüber 73 Verurteilungen im Jahr 2010 hat sich demnach im Jahr 2011 die Zahl der Verurteilungen nahezu verdoppelt.

Warum es in den letzten Jahren zu einem dauernden Anstieg kommt, wagt der Vorsitzende des Richterbundes, Tomáš Lichovník, kategorisch nicht zu sagen. „Meineid ist eine schwerwiegende Straftat, welche die Rechte von Personen wie der Justiz verletzt", sagte der Stellvertreter des Justizministers, František Kerbel.

Im Gegensatz zur amerikanischen Justiz, wo der Zeuge auf die Bibel mit den Worten schwört: „Die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen", belehrt der Vorsitzende eines tschechischen Gerichts den Zeugen nur darüber, daß seine Aussage als Beweis dient und er deshalb verpflichtet ist, die Wahrheit zu sagen und nichts zu verschweigen und im Fall von Meineid eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren droht.

Dabei gibt es im tschechischen Gericht zwei Eidesformeln. Während in einem Strafverfahren der Zeuge schwört: „Ich schwöre bei meiner Ehre, daß ich die vollständige und reine Wahrheit sage und nichts verschweige", ist in Zivilverfahren die Eidesformel eingeschränkt: „Ich schwöre bei meiner Ehre, daß ich auf alles, was das Gericht fragt, mit der vollen und reinen Wahrheit antworten und nichts verschweigen werde." Das heißt, daß der Zeuge im Zivilprozeß nur beeiden muß, was er auf Fragen des Gerichts antwortet und nicht aussagen (und beeiden) muß, was er ungefragt in der Sache sonst noch weiß – Schwejk läßt grüßen. (Nach einem Beitrag in „LN" vom 2. 5. 2013.) wyk

Trachtentagung in Großschönau

Samstag, 31. August, 9 Uhr, Großschönau, Mauerweg 22, Vereinshäusel

Programm: 9 Uhr: Nordböhmen-Trachten mit Besichtigung der Ausstellung – 11 Uhr: Besuch des Damastmuseums im Textildorf Großschönau – 12.30 Uhr: Gemeinsames Mittagessen in Großschönau – 14 Uhr: Führung durch die Heimatstube des Nordböhmen-Heimatwerkes – 16 Uhr: Anleitung und Referat zur Herstellung von Schnitten – 18 Uhr: Ende der Tagung.

Die Tagung wird durch das Haus des deutschen Ostens München gefördert, so daß anteilige Reisekosten gewährt werden.

Bitte melden Sie sich verbindlich bis spätestens 15. August an. Sie können gern auch interessierte Freunde und Bekannte mitbringen.

Wegbeschreibung: Richtung Warnsdorf, hinter Supermarkt „Lidl" die zweite Straße (Apothekerstraße) rechts abbiegen, nach etwa 100 Metern überqueren Sie die Mandau und direkt nach der kleinen Brücke auf der linken Seite steht unser Vereinshäusel.

Reinhilde Stadelmann, 1. Vorsitzende

Zur Ernennung der neuen Regierung in der Tschechischen Republik: Ein Rückblick

„Wir halten aus bis zu den Wahlen, hoffen die Minister", lautete ein Beitrag in „Lidové noviny" vom 11. 7. 2013 (nächste reguläre Wahl im Mai).

Fanfaren starten die feierliche Zeremonie der Aushändigung der Ernennungsurkunden durch den Präsidenten. Den Glanz mindern nur die billigen blauen Kugelschreiber, ein Serienerzeugnis für 59 Kronen. Der erste an der Reihe ist der Chef des Ressorts der Finanzen, Jan Fischer, als letzter in der Reihe steht Jiří Balvín (Kulturminister).

Im Gesicht des Präsidenten Miloš Zeman ist Zufriedenheit zu sehen. Weniger frohgemut ist die Chefin des Parlaments, Miroslava Němcová (ODS), die gerne auf den Platz des Premiers gekommen wäre.

Nach dem traditionellen Fotografieren auf der Burgtreppe führt der Weg schon zu TGM und einer kurzen Pietät mit Hymne und Kranzniederlegung am Friedhof in Lány. Gleich darauf begab sich das neue Kabinett zuerst in die Straka-Akademie (den Arbeitsplatz des neuen Premiers).

Auf seiner ersten Pressekonferenz in der Rolle des Premers ist Jiří Rusnok sichtlich in guter Stimmung. Er dankt Petr Nečas, von dem er kürzlich den Schlüssel zur Kammer der Krönungs-Kleinodien übernommen hatte und wünscht ihm Glück im weiteren Leben. Selbst Nečas ist gelöst und wünscht dem Premier für den Anfang viel Glück...

Im weiteren Beitrag: „Verkehr und Landwirtschaft warten auf eine Säuberung" in der gleichen Ausgabe des Blattes ist zu lesen: Der Zugang der neuen Regierung bedeutet auch den Austausch vieler Stellvertreter. Inzwischen ist die größte Erschütterung im Innenministerium. Markante Veränderungen offensichtlich auch in den Ressorts Äußeres, Landwirtschaft und Verkehr... Soweit dieser Beitrag.

Bleibt zu erwähnen, daß auch in der Vorkriegs-Tschechoslowakei, die als eine Insel der Demokratie gepriesen wurde, öfter Regierungswechsel vorkamen. wyk

50 % Tschechen stören die Ausländer im Land

Die Hälfte Tschechen glaubt, daß in Tschechien zuviele Ausländer leben. Mehr als ein Zehntel der Menschen denken, daß der Staat Ausländern überhaupt keinen langfristigen Aufenthalt ermöglichen sollte. Dies geht aus einer Umfrage der CVVM vom März hervor. Die Ansicht, daß im Lande zu viele Ausländer leben, vertreten 48 Prozent der Tschechen, umgekehrt, daß es zu wenige seien, nur 2 Prozent der Befragten. Etwa 43 Prozent der Menschen glauben, daß die Zahl der Ausländer angemessen ist (čtk). wyk

Dreimal soviel Tote als bei letzter Epidemie

Heuer starben in der ČR an der Grippe 124 Menschen, was rund dreimal mehr ist als bei der vergleichbaren Epidemie vor zwei Jahren, der 43 Patienten erlegen waren. Mehr geworden waren auch die ernsten Verläufe. Die Zahl der Erkrankten war in beiden Epidemien vergleichbar, erkrankt waren um eine Million Menschen. Im vergangenen Jahr, als es keine Epidemie gab, wurden nur einzelne Todesfälle gezählt (čtk). wyk

Der Plan zum Abschub der Deutschen entstand bereits im Jahr 1919

„Lidové noviny" brachte am 29. 5. 2013 den Beitrag von Marek Kerles: „War der Abschub der Deutschen eine ethnische Säuberung?" Daraus gekürzt:

Es läßt sich historisch leicht belegen, daß die Pläne zur Säuberung des slawischen Raumes vom „deutschen Element" nicht erst im Verlauf des Zweiten Weltkriegs entstanden sind. Schon in den Jahren 1914 bis 1919 hat eine Reihe tschechischer Patrioten, Slawisten und Politiker nicht nur die Entdeutschung böhmischen Landes verlangt, sondern im Falle einer Notwendigkeit auch den Abschub der Deutschen über die Grenze. Dies schrieb Josef L. Stěhule in seiner Schrift „Der tschechoslowakische Staat im internationalen Recht" kurz vor der Pariser Friedenskonferenz im Jahr 1919.

Der Verfasser, ein Justizrat und Autor einer Reihe juristischer Schriften, hatte ganz ernsthaft vorgeschlagen, die Siegermächte sollten den Tschechen nicht nur das gegenwärtige Gebiet zuerkennen, sondern auch Teile von Niederösterreich und Oberösterreich. Ein Gebiet „Groß Tschechien" sollte schrittweise „entdeutscht" und das deutsche Element unterdrückt werden. „Wenn der Prozeß nicht hinreichend schnell verläuft, schreiten wir zur Aussiedlung des deutschen Elements, wenn es unsere staatliche Sicherheit bedroht", schrieb Stěhule dreizehn Jahre ehe in Deutschland Adolf Hitler an die Macht kam.

Die Zitierung erfolgt nach dem Buch „Das Münchener Abkommen und das Schicksal der Sudetendeutschen", herausgegeben im vergangenen Jahr im Brünner Verlag Guide media. Dieses Buch enthält auch einige weitere interessante Vorschläge tschechischer „Patrioten". Damit die Deutschen nicht von neuem einen kriegerischen Konflikt oder eine allgemeine Bedrohung der Slawen hervorriefen, sollte ein Teil (Deutschlands) tschechisiert und der Rest tief über die derzeitigen Grenzen Deutschlands gedrückt werden, andernfalls würde Gefahr drohen. (Anmerkung d. Übersetzers: Das erinnert an die Denkschrift des Reichsprotektors für Böhmen und Mähren und K. H. Frank aus dem Jahr 1940 über den Umgang mit den Tschechen). „Reduzierung militärischer Gefahr an der Front, leicht zu verteidigen, den Gegner umgehen", schrieb der militärische Fachmann und Journalist Hanuš Kuffner in seiner Schrift „Unser Staat und der Weltfrieden" aus dem Jahr 1919. Diese Schrift, an viele Politiker und an Vertreter der Entente verteilt, rechnete mit der Bildung eines rein slawischen „Reiches" in den Grenzen bis bei Berlin.

Wer etwa einwenden wollte, daß ähnlich radikale Vorschläge nicht alle ernstzunehmen seien, hatte in etwa recht. Nur, daß über ethnische Säuberung auch Politiker sprachen. „Wir haben nach dem Friedensvertrag das Recht, unsere Dinge so einzurichten, wonach es kein anderes Volk gibt. Das ist das Wesen unseres Staates", verkündete der tschechoslowakische Finanzminister Alois Rašín im Jahr 1920. Seine Verlautbarung zusammen mit Vorschlägen zur Entdeutschung „slawischen Raumes" fallen zusammen mit den Vorstellungen vieler tschechischer Patrioten über das Zusammenleben mit der deutschen Minderheit. Die Deutschen können nicht das gleiche Recht wie die anderen Völker auf Selbstbestimmung bekommen, weil das deutsche Element fest am Zügel gehalten werden muß. Andernfalls bedeutet es eine ständige Gefahr.

In jedem Fall bleibt die Frage, ob die Vertreibung der Deutschen nach dem Kriege aus vielen europäischen Ländern nicht die Befürchtung, daß sich die Deutschen mit der Zeit wieder unterdrückt fühlen und sich um ein gemeinsames „Reich" bemühen werden, die Hauptrolle gespielt hat. Und deshalb ist dem näherzutreten, was Justizrat Stěhule im Jahr 1919 keinesfalls als Strafe, vielmehr als eine gründliche ethnische Säuberung vorgeschlagen hat. Diese These über die Hauptursache der Abschiebung der Deutschen ist in jedem Fall um vieles glaubwürdiger als die Auslegung darüber, daß der Abschub eine Strafe für Landesverrat war. Dafür, daß er das Vaterland verraten hat, kann nur ein konkreter Mensch beurteilt und verurteilt werden, niemals seine Kinder. Und die Deutschen sind praktisch unterschiedslos, einschließlich Frauen, Kindern, Alten und Antifaschisten, vertrieben worden.

Das Problem liegt darin, daß heute im Zusammenhang mit dem Nachkriegsabschub der Deutschen als irgendeine präventive ethnische Säuberung zu spekulieren, eine hitzige Debatte auslösen würde, die, sozusagen siebzig Jahre nach dem Krieg, niemand möchte. Und dies nicht einmal die Deutschen. Die Vorstellung, daß die Angehörigen irgendeines Volkes präventiv ausgesiedelt werden, um nicht die gleichen Probleme wie in der Vergangenheit zu machen, ist soweit von den proklamierten Idealen der Europäischen Union entfernt, daß dies der vielleicht auch Entfernteste nicht möchte, und dies nicht einmal die Deutschen. Die Worte von Miloš Zeman über die Vertreibung als Strafe für Landesverrat rufen zwar in Österreich und Deutschland Entrüstung hervor, sind aber für das gegenwärtige Europa annehmbarer als das Bestreben, die tatsächlichen Begebenheiten des Abschubs zu benennen. Soweit „Lidové noviny".

Bleibt nachzutragen, was Beneš am 3. 6. 1945 in Tabor in seiner Rede gesagt hat, Zitat: „Was wir schon im Jahr 1918 durchführen wollten, erledigen wir jetzt..." Ebenso widerlegt ist die uns von oben verordnete, von Vielen nachgebetete Sicht der Dinge, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen erst auf Hitler zurückgeht. wyk

Versöhnung und Verständigung wichtigste Ziele des BdV Hessen

Der hessische BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann an der aus 82 Personen bestehenden Bronzegruppe. Sie soll an die Kinder aus Lidice erinnern, die nach ihrer Deportation umgebracht wurden und zugleich ein Denkmal für alle Kinder darstellen, die Opfer von Kriegen sind. Foto: Siegbert Ortmann

Der hessische Landesvorsitzende des BdV, Siegbert Ortmann, suchte in der vergangenen Woche mit einer großen Reisegruppe die Gedenkstätte in Lidice / Tschechien auf. Am dort errichteten Mahnmal legte er, im Gedenken an die im Jahre 1942 ermordeten Kinder und aller Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen jener Zeit und der Toten der unmenschlichen Vertreibung nach dem Kriege, ein Blumengebinde mit schwarz-rot-goldener Schleife nieder. Dabei merkte Ortmann an, daß für ihn trotz dieser schrecklichen Ereignisse in der Vergangenheit der Weg zu einer ehrlichen Versöhnung und Verständigung zwischen dem tschechischen und deutschen Volk für alle Zukunft zu den wichtigsten Aufgaben seiner Vertriebenenorganisation gehört.

Exerzitien des SPW

Auch in diesem Jahr führt das Sudetendeutsche Priesterwerk e.V. im Haus St. Johann in Brannenburg Exerzitien für Priester, Diakone und Ordensleute durch. Hierzu laden wir gerne alle Interessenten nach Brannenburg ein. Mit Texten aus dem Buch Deuteronomium und aus dem 1. Petrusbrief geht es um die Gotteserfahrung im Volk Gottes und dem Zeugnis dafür in der Welt von heute.

Das ist ein Thema, mit dem gerade wir Priester uns jeden Tag aufs neue auseinandersetzen müssen.

Begleitung: Prälat Msgr. Peter Neuhauser.
Zielgruppe: Priester, Diakone, Ordensleute.
Termin: 17. bis 21. November 2013, Beginn: 18 Uhr, Ende 13 Uhr – **Kosten:** 245 Euro. (Unterkunft / Verpflegung im EZ / Du / WC inkl. Kursgebühr.)
Anmeldung bis 31. 10. an Sudetendeutsches Priesterwerk e.V., Haus St. Johann, Leitung: Harald Jäger, 83098 Brannenburg, Weidacher Str. 9, Tel.: 0 80 34 / 697, Fax: 0 80 34 / 27 39, E-mail: zentrale@sud-pw.de Internet: www.sud-pw.de.

Škoda Octavia erobert den russischen Markt

Der Automobilhersteller Škoda Auto hat am 21. 6. im russischen Nishnij Nowgorod die Produktion der neuen Generation des Modells Škoda Octavia aufgenommen. Der Octavia ist der in Rußland meistverkaufte Wagen des Automobilherstellers. „Im kommenden Jahr wollen wir in Rußland ein beträchtliches Wachstum erreichen. Die Aufnahme der Produktion des Modells Octavia ist deshalb ein wichtiger Meilenstein", gab der Vorsitzende der Repräsentanz von Škoda Auto, Winfried Vahland, an. Rußland ist für Škoda nach China und Deutschland der drittstärkste Markt in der Welt und der zweitstärkste in Europa. Mehr als die Hälfte des Verkaufs der Marke fällt in Rußland auf das Modell Octavia. Im Jahr 2012 lieferte Škoda Auto an russische Kunden 52.000 Octavia, was nahezu 52 Prozent des gesamten Verkaufs von Skoda in Rußland im vergangenen Jahr ausmacht. Im russischen Nishnij Nowgorod erzeugt die Jungbunzlauer Autofabrik bereits das Modell Yeti. Im Jahr 2012 hat Škoda den Verkauf um sieben Prozent auf 939.200 Autos erhöht (Quelle: čtk – Nach „Lidové noviny" v. 22. 6. 2013).

17. Sudetendeutsche Ferienwoche 2013 in Seeboden am schönen Millstätter See

Zum 17. Mal trafen sich Landsleute aus Österreich, Deutschland und sogar aus den USA wieder am schönen Millstätter See in Kärnten. Auf das Wiedersehen und die gemeinsame Woche hatten sich alle sehr gefreut, nun ist sie leider schon wieder Geschichte.

Um mehr persönliche Freizeit zu haben, waren für heuer nur zwei Ausflüge geplant. Am Dienstag fuhren wir mit einem Kleinbus auf einer schwindelerregenden Serpentinenstraße zum Erlacherhaus, von wo man schon eine schöne Aussicht genießen konnte. Die Wanderfreudigen wollten noch höher hinaus und stiegen auf einem Almweg, begleitet von weidenden Kühen, weiter bergan, bis sie der kalte Bergwind zurück in die gemütliche Hütte trieb.

Für den Busausflug am Donnerstag hat unser früherer Buslenker Peter ein interessantes Programm zusammengestellt. Über den Katschberg und Obertauern fuhren wir durch die teils schneebedeckte Bergwelt ins Salzburgische. Bei Golling wartete ein besonderes Erlebnis auf uns: Die Glashütte von Monika Riedl, die mit viel Liebe und Herz dieses Unternehmen gegründet hat. In ihrem hellen Atelier, wo sich auch der Ofen mit flüssigem Glas befindet, zeigte sie uns das Werden von bunten Glaskugeln, und wer wollte, durfte mit ihrer Hilfe auch versuchen, sich seine bunte Blumenkugel als Wasserspender selbst zu blasen.

In ihrem Verkaufsraum gab es dann viele hübsche Dinge, wie Gläser, Kugeln, Schalen, Karaffen etc. zu sehen und zu erwerben, die durch die Beimengung von Gold, Rohdiamanten und Amethysten zum Quarz die Gesundheit und Vitalität stärken sollen. Der interessante Aufenthalt hier dauerte länger als vorgesehen, und manch stolzer Glasbläser und Gesundheitsbewußte stieg mit seinem erworbenen Kristallglas wieder in den Autobus. Es standen ja noch weitere Sehenswürdigkeiten auf dem Programm.

Nach einem raschen Mittagessen fuhren wir über die Grenze ins benachbarte Berchtesgaden, wo wir das Dokumentationszentrum Obersalzberg der neueren Geschichte (NS-Zeit) besichtigten. Nach dieser sehenswerten und bewegenden Ausstellung hat sich Peter ein erfreulicheres Thema für uns ausgedacht, die Besichtigung der ersten Enzianbrennerei. Der angenehme Geruch der Enzianwurzel stieg uns schon auf dem Parkplatz in die Nase. Die Erklärung über die Entstehung dieses althergebrachten gesunden Schnapses wurde auch mit einem Film begleitet, und dann durften wir noch die verschiedenen Erzeugnisse verkosten und wer wollte, auch kaufen. Dann fuhren wir, diesmal aber auf schnellstem Wege, über die Autobahn zurück nach Seeboden.

Ansonsten gab es hier jeden Tag gemeinsame Aktivitäten, wie Begrüßung durch den Direktor des Tourismusverbandes im Kulturhaus, Gästeehrung und Führung im Bonsai-Museum, ein Volksliederkonzert des Chorvereins Unterhaus, Totengedenken beim Gedenkstein der Vertriebenen im Klinger-Park und das Peter-und-Paul-Fest in Wirlsdorf, das zur Gemeinde Seeboden gehört. Ebenso vereinte am Freitag der Sudetendeutsche Heimatabend die Landsleute im Gasthaus Ertl. Nach meiner Konzeption führten Brigitta Gottmann, Gislinde Friedrich und Gerhard Zeihsel durch die Landschaften des Sudetenlandes, wobei uns auch Uta van Deun ihre Gedanken in Gedichtform und Peter Christian Herbrich zwei seiner Sonette zu Gehör brachte. Aufgelockert wurden die Beiträge mit zu den jeweiligen Landschaften stammenden Volksliedern.

Auch der Bürgermeister von Seeboden hat viel zu tun und konnte weder an der Begrüßung noch an der Gästeehrung teilnehmen. Vor dem Peter-und-Paul-Fest nahm er sich aber extra für unsere Gruppe Zeit und lud im Kulturhaus zu einem kleinen Sektempfang ein, was wir gerne annahmen.

Wenn uns auch Petrus heuer mit Sonnenschein und Wärme nicht verwöhnt hat und wir den Millstätter See nur vom Ufer aus genossen, war es doch wieder eine schöne Woche. Das Gemeinschaftserlebnis mit lieben Landsleuten, die sich schon seit vielen Jahren hier treffen, tut immer wieder gut. Vielleicht schließen sich im nächsten Jahr auch wieder ein paar „Neulinge" an, die durch diesen Bericht Lust auf diese Woche in heimatlicher Runde bekommen haben. Wenn dies der Fall ist, bitte, vormerken: In der letzten Juniwoche, vom 22. bis 29. 6. 2014, ist es wieder so weit! Herta Kutschera

Ein Blick auf die fröhliche Wandergruppe.

Deutsch-Reichenauer Heimattreffen

15. bis 18. August in Sankt Oswald bei Haslach – Furtmühle

Donnerstag, 15. August (Maria Himmelfahrt)
18 Uhr: Eintreffen der Teilnehmer in der Furtmühle. – 19 Uhr: Einleitung: Bläser-Duo Siggi Bauer und Partner. Eröffnung und Begrüßung zum 30. Heimattreffen. – 20 Uhr: Heimatabend ... Höhepunkte unserer Heimattreffen, moderiert von Dr. Franz Gumpenberger.

Freitag, 16. August
14 Uhr: Heilige Messe in der Kirche St. Thoma mit Pfarrer Josef Antesberger. – 16 Uhr: Andacht beim Kreuz auf dem Kirchhügel in Deutsch Reichenau. – 19 Uhr: Festbetrieb in der Furtmühle.

Samstag, 17. August
Tagsüber zur freien Verfügung. – Abends Festbetrieb im Pfarrstadel bei der Musik St. Oswald.

Sonntag, 18. August
8.30 Uhr: Platzkonzert mit der Musikkapelle Sankt Oswald am Ortsplatz. – 9 Uhr: Festzug zur Gedenkstätte und Messe mit Pfarrer Petrus Bayer. Gestaltung: Musikkapelle Sankt Oswald, Leitung W. Andraschko. Anschließend „Oswalder Kiada". – 19 Uhr: Besinnlicher Ausklang, Pfarrsaal Sankt Oswald, mit dem Böhmerwald-Duo Franz und Waltraud Bertlwieser. Vorträge mit Texten von Maria Schulze-Kroiher.

Seminarwoche am Heiligenhof

Vom 25. bis 30. August findet in der Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof" in Bad Kissingen die Seminarwoche **„Wiederentdecktes Europa"** statt.
Die Teilnahme kostet für Teilnehmer aus Österreich und Deutschland 150 Euro, zuzüglich Kurtaxe (8,50 Euro) und ggf. EZ-Zuschlag (30 Euro für den gesamten Zeitraum) und beinhaltet Unterkunft und Verpflegung. Für Studierende und Teilnehmer aus den östlichen Nachbarländern gilt ein Sonderpreis von ca. 38,50 Euro.
Anmeldeschluß: 15. August. Anmeldung: „Der Heiligenhof", Alte Euerdorfer Straße 1, 97688 Bad Kissingen, Fax: 0 971 / 71 47-47 oder per Mail an: hoertler@heiligenhof.de.

Sankt Gunther – Eremit, Klostergründer und Diplomat

Der im Böhmerwald und im grenznahen nördlichen Bayerischen Wald als Heiliger verehrte Gunther (ca. 955 bis 1045) entstammte dem thüringischen Adelsgeschlecht der Grafen von Schwarzburg-Käfernburg und war mit dem damaligen deutschen König (und späterem Kaiser) Heinrich II. verwandt. In der historischen Literatur wird er als Missionar, Diplomat, Friedensstifter sowie Wege- und Brückenbauer zwischen den Nationen bezeichnet. Bis zu seinem 50. Lebensjahr wirkte er als thüringischer Gaugraf im weltlichen Bereich, aus dem er sich 1005 zurückzog und in das Benediktinerkloster Niederaltaich an der Donau eintrat.

Drei Jahre später zog er als Einsiedler in die Nähe von Lalling nahe der böhmischen Grenze, im Jahre 1012 gründete er mit weiteren Benediktinern das Kloster Rinchnach ebenfalls nahe der böhmischen Grenze, das durch umfangreiche Rodungen zur ersten Siedlung im mittleren Bayerischen Wald wurde. 1040 verließ er das Kloster und lebte wieder als Einsiedler unterhalb des Guntherfelsens beim Böhmerwald-Ort Gutwasser, wo er 1045 starb. Sein Leichnam wurde auf Veranlassung des böhmischen Herzogs Břetislav ins Kloster Breunau (Břevnov) bei Prag überführt und dort begraben.

Während dieser ganzen Zeit jedoch war Gunther stets in Verbindung mit den politischen Größen seiner Zeit und wurde von ihnen immer wieder mit Aufträgen bedacht: Missionierung mit Klostergründung in Ungarn oder bei den slawischen Liutitzen zum Beispiel war er Vertrauter und Ratgeber für König und Kaiser und er führte diplomatische Verhandlungen vor allem zwischen deutschen und tschechischen Fürsten. Er wirkte aber auch segensreich für seine unmittelbare Umgebung: So veranlaßte er weitere Rodungen und Klostergründungen im „Nordwald", wie das Gebiet damals genannt wurde, und vor allem den Bau des „Gunthersteiges", der als Handelsweg von der Donau bis nach Prag führte, quer durch die Wildnis von Bayerischen- und Böhmerwald.

Ausstellung im Oberplaner Adalbert-Stifter-Zentrum

Dem Leben und Wirken dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit ist zur Zeit eine zweisprachige Ausstellung in der Galerie des Adalbert-Stifter-Zentrums in Oberplan (Horní Planá) im Böhmerwald unter dem Titel „Ein Einsiedler-Diplomat – der heilige Gunther" gewidmet, erstellt von der in Schüttenhofen (Sušice) im Böhmerwald lebenden Künstlerin Zuzana Jonová und finanziert vom Kulturreferenten für die böhmischen Länder beim Adalbert-Stifter-Verein in München. Die Ausstellung ist noch bis zum 30. November zu sehen, der Eintritt ist frei. Das Adalbert-Stifter-Zentrum befindet sich in der Jiráskova-Straße Nr. 168.

Nordmähren: Keine Chance für Vidnava / Weidenau

Die Arbeitslosigkeit der neuen Bevölkerung von Weidenau im Freiwaldauer Ausläufer nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung mit bis zu 37 Prozent ist zwar Vergangenheit, doch noch nahezu jeder Fünfte bleibt ohne Arbeit.

Das weitläufige, düstere Gebäude des ehemaligen Priesterseminars, das während des Zweiten Weltkrieges als Gefangenenlager für fünfhundert Personen und nach 1945 als Militär-Erholungsheim diente und in dem bis zum Umbruch des Jahrhunderts Flüchtlinge aus dem Kosovo untergebracht waren, bekam zwar die Kirche 1989 zurück, wußte damit jedoch keinen Rat. Nach einem Vorschlag des Gefängnisverwaltungsdienstes kaufte das Gebäude Justizminister Jiří Pospíšil für 29 Millionen Kronen für den Staat, um eine Haftanstalt für geistig behinderte Verurteilte einzurichten. Als Strafgefangene aus Troppau hierherkamen und mit Vorbereitungen begannen, hofften die Hiesigen, daß wieder Menschen (und mit ihnen Geld) hierherkämen, denn seit dem Jahr 1991 hat die Einwohnerzahl um 1300 Menschen abgenommen, der größte Exodus seit der Vertreibung der Deutschen nach dem Kriege. Vor allem die Jüngeren und Gebildeteren gehen ins Landesinnere, wo sie leichter Arbeit finden als im Freiwaldauer Ausläufer (Jeseníky).

Doch die kalte Dusche kam mit der Amnestie. Drei andere nahezu fertige Areale wurden geschlossen. „Die Rekonstruktion des Areals in eine Haftanstalt, die für rund 250 Verwahrte genutzt werden könnte, erforderte eine Investition von 270 Millionen Kronen", gab die Sprecherin des Justizministeriums an. Dieses beabsichtigt, das Gebäude anderen staatlichen Organisationen, fallweise der Stadt oder privaten Investoren, anzubieten, wie es das Gesetz verlangt.

Nur, daß dieser Zielsetzung von den Hiesigen niemand Glauben schenkt. „Wir haben dafür ein Beispiel", sagt die Bürgermeisterin. „Das Schulministerium hat hier die Besserungsanstalt im Areal des früheren Klosters der Borromäerinnen, einem ähnlich ausgedehnten Komplex, der sich in einem besseren Zustand befindet, aufgehoben, den niemand haben will."

Die Stadt hat kein Geld, um diese Areale für einen anderen Zweck umzubauen. „Wofür auch? Bedarf für Wohnungen besteht nicht, für ein Hotel auch nicht, die Stadt betreibt bereits eine Pension", fügt sie hinzu. Und es als Altenheim aufzuarbeiten, fehlt auch das Geld. Es käme teurer als ein Neubau „auf grüner Wiese". Und hier am verkehrsmäßig schwer zugänglichen Ende der Gegend bauen will niemand.

Die Bürgermeisterin findet nicht einmal als Kreisrätin Anregungen. „Ich fahre Orte ab, wo die soziale Situation besser ist, biete Möglichkeiten an, wo eine Firma eine Filiale einrichten könnte – Nichts", zuckt sie mit den Schultern.

Vom Desinteresse zeugt auch das zerfallende Areal der Schamottefabrik am Rande der Stadt, an die sich Hiesige noch erinnern können. Das Anschlußgleis der Bahn ist von Gras überwachsen. Die Bahnstrecke war bis zum Jahr 1945 mit Schlesien (heute Polen) verbunden. Die Schienen wurden abgebaut, aus ihnen entstand eine Lokalbahnstrecke, auf der seit drei Jahren nicht einmal mehr Personenzüge verkehren.

Hoffnung am Ende des Tunnels gibt es keine. Einige sagen, wir könnten uns an Polen orientieren. Doch die Menschen jenseits der Grenze sind möglicherweise noch schlechter dran, denn täglich kommen sie, um hier für ein Almosen zu arbeiten. Wen wundert es, daß einst gerade hier die Kommunisten einen Ort für internierte Ordensfrauen geschaffen haben?

Die Stadt Vidnava / Weidenau ist im Osten und im Norden benachbart mit Polen (gmina Otmuchów / Gemeinde Ottmachau), im Westen mit der Gemeinde Velká Kraš (Groß Kresse) und im Süden mit der Gemeinde Stará Červená Voda (Alt-Rothwasser). Von der Bezirksstadt Freiwaldau ist Wildenau 23 km und von der Kreisstadt Olmütz 127 km entfernt. (Angaben aus dem Beitrag: „Das Gefängnis könnte eine Chance sein. Weidenau ist auch um diese gekommen" in „LN" vom 10. 6. 2013.) wyk

WAR KARL IV. EIN TSCHECHE?

Wie die Presse berichtete, halten viele Tschechen Karl IV., den Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und König von Böhmen, für den **„größten Tschechen aller Zeiten"**.

Diese stark nationalistische Behauptung war für uns eine Herausforderung zu einer ernsthaften Überprüfung und Richtigstellung. Es ist erstaunlich, wie unbekümmert tschechische Journalisten solche Behauptungen aufstellen. Sie gehen offenbar davon aus, daß Elisabeth, die Mutter Karls IV., eine Przemyslidin war. „Daher mußte der Sohn Tscheche sein" – vermutlich eine in Tschechien verbreitete Meinung. Und infolge seines deutschen Vaters (Johann von Luxemburg)... müßte er doch zur Hälfte Deutscher gewesen sein! Aber ist diese Elisabeth überhaupt eine volle Tschechin gewesen?

Dieser Frage wollen wir nachgehen und aus diesem Grunde die interessante Geschichte der Przemysliden ein wenig in Erinnerung bringen.

Die Przemysliden waren es, die um 850 n. Chr. die verschiedenen nach Böhmen eingewanderten slawischen Stämme geeint haben. Im Jahre 895 wurden Spitihnew und Wratislaw Vasallen des damaligen Ostfränkischen Reiches. Herzog Wenzel I., der Heilige, förderte die Christianisierung der Tschechen und den Anschluß Böhmens an das Deutsche Reich. Er wurde 928 (neuere Quellen 935) von seinem Bruder Boleslaw ermordet, der gegen die Christianisierung und die deutschfreundliche Politik war.

Herzog Boleslaw I. (935 bis 967) wurde 950 von Kaiser Otto I. unterworfen und mußte den Lehenseid schwören. Damit war Böhmen Glied des Deutschen Reiches (später Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation) geworden. Das im Jahre 973 gegründete Bistum Prag unterstand fast 400 Jahre dem Erzbistum Mainz.

Herzog Bretislaw I. „Achilles" (1034 bis 1055) ist der erste tschechische Herzog, von dem bekannt ist, daß er eine deutsche Prinzessin heiratete; es war Judith von Schwein(s)furt. Vielleicht erfolgte diese Heirat, nachdem Kaiser Heinrich III. 1041 Bretislaw besiegte und damit das Lehensverhältnis erneuerte, wonach Bretislaw gezwungen war, dem Kaiser zu huldigen. Es ist denkbar, daß diese Heirat aus politischer Vernunft erfolgte. Offenbar die gleiche Politik dürfte sein Nachfolger Herzog Konrad verfolgt haben, denn er heiratete eine Prinzessin Hilburg oder Wilpirk aus dem bayerischen Fürstenhaus Tenglion.

In dieser Zeit blühte bereits der Handel, und in Prag als Handelszentrum hatten sich zahlreiche deutsche Kaufleute und Handwerker niedergelassen, die unter dem besonderen Schutz von Herzog Wratislaw (1085) standen. Herzog Sobjeslaw II. bestätigte 1173 die Sonderrechte der Deutschen in einer Schutzurkunde in lateinischer Sprache.

Herzog Wladislaw II. (1140 bis 1172) hatte die Prinzessin Gertrude von Babenberg zur Frau genommen; sie starb bereits 1150. Wladislaw II. erhielt von Kaiser Friedrich Barbarossa für treue Dienste bei der Niederwerfung der lombardischen Städte 1158 die Königswürde (ad personam) verliehen und wurde zum Reichsfürsten ernannt. In zweiter Ehe nahm er eine weitere deutsche Prinzessin, nämlich Jutta von Thüringen zur Frau.

Die Erblichkeit der böhmischen Königswürde erreichte Przemysl Ottokar I. (1198 bis 1230). Verheiratet war er mit der Prinzessin Adelheid von Meissen. Er förderte die systematische Ansiedlung Deutscher. Kaiser Friedrich II. vermehrte 1212 die Rechte der Böhmischen Könige und verlieh ihnen als Reichsfürsten die Kurwürde. Er förderte die systematische Ansiedlung Deutscher.

König Wenzel I. (1230 bis 1253) – Vernachlässigt man den deutschstämmigen Einfluß der Vorfahren von Przemysl Ottokar I., dann kann man bei seinem Sohn Wenzel I. zur Hälfte deutsche und zur Hälfte böhmische Abkunft annehmen. Wenzel I. förderte die flächige Besiedlung mit Deutschen sowie die Städtegründung. Er war es auch, der Brünn 1243 das Stadtrecht verliehen hat. Wenzel I. heiratete Kunigunde von Staufen und wurde dadurch Schwiegersohn des deutschen Königs Philipp von Schwaben.

Mit jeder Heirat eines Przemysliden mit einer deutschen Prinzessin halbierte sich beim Sohn der slawische bzw. tschechische Einfluß.

So wies Wenzels I. Sohn König Przemysl Ottokar II. (1253 bis 1278) nur ein Viertel tschechische Abkunft auf. Durch seine Heirat mit der Prinzessin Margarete von Babenberg gewinnt er die Ostmark, dann die Steiermark, das Egerland, Kärnten, Krain und Teile der Slowakei. Unter ihm erringt Böhmen den Rang einer Großmacht.

Er intensiviert die Deutsche Ostsiedlung, gründete mehr als sechzig Städte mit deutschem Stadtrecht, förderte Baukunst und Minnesang. Er kandidiert im Jahr 1273 bei der Wahl zum deutschen König, unterlag jedoch Rudolf von Habsburg.

Er weigerte sich, die erworbenen Reichslehen herauszugeben, wird daher geächtet, verlor die Schlacht auf dem Marchfeld bei Wien (1278) gegen Rudolf von Habsburg und fiel im Kampf.

Bei seinem Sohn Wenzel II. (1278 bis 1305) ist durch dessen deutsche Mutter der Anteil böhmischer Herkunft auf ein Achtel abgesunken. Er förderte nicht nur die weitere Einwanderung von Deutschen, sondern holte auch deutsche Dichter an seinen Hof, den er zu einem deutschen Kulturzentrum machte. Wenzel II. verfaßte selbst auch Minnelieder in deutscher Sprache (enthalten in der Manesseschen Handschrift). Auch politisch war er erfolgreich: Von 1300 bis 1305 König von Polen, von 1302 bis 1305 König von Ungarn. Durch Heirat der Prinzessin Jutta von Habsburg wurde er Schwiegersohn Rudolfs von Habsburg.

Die Zunahme des deutschen Erbgutes bei den Przemysliden könnte man sich in folgender Weise vorstellen: Die zuletzt genannten drei Könige von Böhmen waren deutsche Reichsfürsten und hatten jeweils eine Deutsche zur Mutter, die nach der Heirat die tschechische Sprache erst gelernt haben mußte. Ihrem Sohn dürfte sie vermutlich zuerst die deutsche Sprache beigebracht haben. Die Söhne hatten vielleicht einen gelehrten tschechischen Erzieher, um u. a. auch richtig Tschechisch zu lernen. Möglicherweise neigten sie nicht nur aus einer politischen Überlegung, sondern auch auf Grund ihrer deutschen „Muttersprache" zu einer Heirat einer deutschen Frau. Es könnte sein, daß in späterer Zeit die Umgangssprache am Prager Hof Deutsch war. Spätestens bei König Wenzel II., dem Dichter von Minneliedern, dürfte man davon ausgehen. So ist es nicht ausgeschlossen, daß diese Herrscher, die die Ansiedlung Deutscher in Böhmen und Mähren sowie die Deutsche Ostkolonisation in so großem Maße gefördert und betrieben haben, sich mehr als Deutsche denn als Tschechen gefühlt haben.

Mit Wenzel III. starb die Dynastie der Przemysliden in der männlichen Linie aus. Nach dem Tode Wenzels III. wird Böhmen und Mähren als Reichsgut eingezogen. Der deutsche Kaiser Heinrich VII. von Luxemburg (1308 bis 1313) belehnt seinen Sohn Johann 1310 mit Böhmen. Johann von Luxemburg, König von Böhmen (1310 bis 1346), heiratete am 31. August 1310 in Speyer die Przemyslidin Elisabeth, Tochter Wenzels II. Sie wies wie ihr Bruder Wenzel III. nur mehr ein Sechzehntel böhmischer Abkunft auf.

Im Jahre 1316 kam deren Sohn, der spätere Karl IV., in Prag zur Welt. Wie lagen denn seine Herkunftsanteile? Sein böhmischer Erbanteil betrug ein Zweiunddreißigstel und war somit vernachlässigbar klein. Also ist festzustellen, daß Karl IV. kein Tscheche gewesen ist. Der durch Generationen ererbte Einfluß der deutschen Vorfahren überwog derart stark, daß er eindeutig als Deutscher zu bezeichnen ist.

Karl IV. (1346 bis 1376) genoß seine Erziehung am französischen Hof. Er wurde 1346, also mit dreißig Jahren, zum König des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und im Jahre 1347 zum König von Böhmen gewählt. Im Jahre 1355 erfolgte seine Krönung zum Deutschen Kaiser.

Er hatte das entscheidende Glück, daß er von seinem Vater das Reichsland Böhmen, ein gut verwaltetes mit Mähren verbundenes Land, erbte. Im Gegensatz dazu waren nämlich damals die deutschen Kernlande in zahlreiche Teilfürstentümer und Städtebünde zersplittert und offenbar schwer regierbar. Daher machte Karl IV. Böhmen zum Kernland seiner Macht und Prag zur Residenz des Herrschers über das Deutsche Reich. So wurde Prag politisches, geistiges und wirtschaftliches Zentrum des Reichs.

Kaiser Karl IV. gründete 1348 in Prag die erste Universität des Deutschen Reiches („Karlsuniversität"). Die Prager Reichskanzlei förderte die deutsche Schriftsprache; das „Prager Kanzleideutsch" wurde etwa 150 Jahre später die Basis für Luthers Bibelübersetzung, unter Hinzuziehung der Sächsischen Hofsprache. Karls erste Frau Blanche de Valois, Schwester des Königs von Frankreich, hat in Prag die deutsche Sprache gelernt (nicht die „böhmische"), um sich „dem Volke verständlich zu machen" (vgl. Rösler, E. F.: Die Stadtrechte von Brünn aus dem 13. und 14. Jahrhundert. Prag 1852). Am Hofe wurde vermutlich Deutsch und Französisch gesprochen.

In politischer Hinsicht regelte Karl IV. im Jahre 1356 in der „Goldenen Bulle" die Wahl des Deutschen Königs in Frankfurt, seine Krönung in Aachen und sicherte die dynastische Erbfolge. Er vereinigte 1368 Schlesien und die Lausitz mit Böhmen und erwarb 1373 Brandenburg.

Mit deutschen Siedlern förderte er die Kultivierung ungenützter Landflächen, den Bergbau und das Gewerbe. Er baute Prag prächtig aus. Peter Parler aus Schwäbisch Gmünd hat er berufen, um den Veitsdom auf dem Hradschin zu Ende zu bauen. Dieser errichtete auch die steinerne Karlsbrücke über die Moldau und entwarf den Grundriß für die Stadterweiterung. Karl IV. ließ die Burg Karlstein errichten. Er soll auch die heißen Quellen von Karlsbad entdeckt haben.

Karl IV. war der letzte bedeutende deutsche Herrscher des Mittealters, ein großzügiger Förderer des Deutschtums und gleichzeitig ein „Vater Böhmens" – aber ein Tscheche ist er nicht gewesen.

Dr. Helmut Schneider („Brünner Heimatbote")

Konzert der Harmonia Classica

Konzert der Harmonia Classica, am Donnerstag, den 26. September, um 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat", Steing. 25, Wien 3. – Motto: Musik als Denkmal in der Zeit.

Auf dem Programm stehen Werke von Richard Wagner (Winterstürme), Carl Zeller (aus „Der Vogelhändler"), Herbert Brust (aus der Kantate „Ostpreußenland"), Franz Koringer (Südosteuropäische Bauerntänze), Walter Scharf (Lieder), Alexander Blechinger (aus „1919 Märzgedenken", 2. Satz aus der Wiener Violinsonate, Weinhebers Wienerlieder, Lieder nach Texten von Erwin Guido Kolbenheyer), Dagnija Greiza: Kammermusikalische Chorlieder.

Es musizieren Anna Kornfeind (Sopran), Annamaria König (Mezzosopran), Yuliya Lebedenko (Violine), Hikaru Yanagisawa (Klavier), Alexander Blechinger (Tenor) u. a.

Karten zu Euro 20,– können Sie unter Telefon 01 / 718 59 05 bestellen.

Vor 75 Jahren: Gemeindewahl als Volksabstimmung der Deutschen

Nachdem Konrad Henlein am 24. April 1938 die „Karlsbader Punkte" bekanntgegeben hatte, die nicht mehr verlangten als die Anerkennung der Sudetendeutschen als gleiche Staatsbürger, gab es eine Flut von Ablehnungen und schweren Angriffen von tschechischer Seite. Eigentlich waren diese Forderungen schon in der Friedenskonferenz den Alliierten von den tschechischen Verhandlungsführern in St. Germain 1919 zugesagt worden.

Nun aber erinnerten sich viele Politiker und Journalisten in England und Frankreich und drängten die „Prager Burg" zu Verhandlungen mit den Führern der Sudetendeutschen Partei.

Die tschechische Regierung versuchte aber nur Zeit zu gewinnen, nachdem der Anschluß von „Deutsch-Österreich" im März 1938 die Hoffnung der Sudetendeutschen nährte, endlich aus den tschechischen „Entgermanisierungsmaßnahmen" herauszukommen. Selbst der Ministerpräsident Hodza erkannte, daß das moralische Gewicht in Westeuropa sich zu ungunsten der Prager Regierung verschob und suchte das Gespräch zu den Führern der SdP auch an Präsident Edvard Beneš vorbei, der immer noch keine Zugeständnisse in Richtung Gleichberechtigung aller Volksgruppen in der ČSR machen wollte.

Immer öfter kam es zu Zwischenfällen zwischen der tschechischen Staatsmacht und den deutschen Bürgern. Am 20. Mai wurden zwei deutsche Bauern grundlos von Gendarmen auf ihrem Motorrad erschossen und es kam zu einem Begräbnis mit 45.000 Teilnehmern, darunter die Führer der SdP und auch eine Abordnung mit Kränzen der Reichsregierung.

Am 22. und 29. Mai waren Kommunalwahlen angesetzt, die schon längere Zeit verschoben worden waren. Tschechische Armeekreise und Präsident Edvard Beneš meinten darauf durch eine Teilmobilmachung in den deutschen Randgebieten von Böhmen / Mähren Einfluß nehmen zu können. Als Begründung wurde ein Aufmarsch deutscher Truppen um den Böhmisch-mährischen Kessel behauptet – die der Staatssekretär Ernst von Weizsäcker als frei erfunden widerlegen konnte. Ausländische Journalisten konnten sich in Deutschland davon überzeugen. Beneš hatte gehofft, so den Bündnisfall mit England und Frankreich, ja sogar mit der Sowjetunion auslösen und das Reich bedrohen zu können.

Diese Überlegungen verwandelten sich aber ins Gegenteil, weil sich die Westmächte nicht auf diese Weise in einen Konflikt mit Deutschland hineinziehen lassen wollten. Beneš hatte gehofft, so die berechtigten Forderungen der Sudetendeutschen überspielen zu können.

Die Sudetendeutschen ließen sich aber nicht einschüchtern und wählten zu 92 Prozent die Sudetendeutsche Partei, der sich unterdessen auch der Bund der Landwirte und die Christlich Sozialen angeschlossen hatten. Die Sozialdemokraten unter Wenzel Jaksch konnten nur noch acht Prozent erringen. Sie hofften immer noch auf Zugeständnisse der Tschechen, weil sie das Schicksal ihrer Genossen im Reich kannten und blieben so noch mit der Prager Regierung.

In den militärisch besetzten sudetendeutschen Gebieten kam es nach dem überwältigenden Wahlergebnis zu einem Meer von Fahnen, Girlanden und Transparenten, die wie von Geisterhand am nächsten Tag wieder weggeräumt waren. Adolf Hitler war von den falschen Vorwürfen brüskiert und breitete nun eine Zerschlagung der Tschecho-Slowakei vor.

Mitten in die zähen Verhandlungen von Sudetendeutscher Partei und tschechischen Politikern, wegen besetzter Verteidigungsanlagen im Egertal (auf deutscher Seite gab es keine Befestigungen!) und den Sudeten und Übergriffen von den mobilisierten Soldaten im Grenzgebiet zu Deutschland, platzte eine Meldung, daß sich die britische Regierung entschlossen habe, Lord Runciman als Beobachter nach Prag zu entsenden, der beiden Seiten vermittelnd zur Seite stehen sollte.

Damit war eine Gleichstellung von Tschechen und Deutschen erfolgt, die der „Prager Burg" sehr unangenehm war. Aber nur Dummköpfe konnten daran zweifeln, daß Lord Runciman als Schiedsrichter geschickt worden war und nicht nur als Beobachter zu Studienzwecken.

Großbritannien hatte großes Interesse an einem Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen in der ČSR, damit nicht ein bewaffneter Konflikt oder Bürgerkrieg entstand und die Reichsregierung den verbündeten Staat mit seinen Waffenvorräten in Kontrolle bekam. Spätestens jetzt hätte Präsident Edvard Beneš, der ja vorher siebzehn Jahre Außenminister war, den Sudetendeutschen eine volle Autonomie zugestehen müssen, um seinen Staat noch zu retten, der so von den westlichen Verbündeten nicht mehr gestützt werden konnte.

Beneš dachte nicht an einen Volksgruppenstaat nach Schweizer Muster und steuerte weiter auf eine militärische Auseinandersetzung zu. Im letzten Augenblick wollte er noch ein Stück von Nordböhmen abtreten und dafür eine Million Sudetendeutsche ausweisen. Zwanzig Jahre vorenthaltene Selbstbestimmungsrechte hatten die Sudetendeutschen einem Staat entfremdet, der sie im Jahre 1918 einvernahmte, aber dann nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt hatte.

Schon die vierundfünfzig Toten vom 4. März des Jahres 1919 waren ein Menetekel für diese Scheindemokratie.

Georg. K. Schmelzle

WIR HABEN GELESEN

Herma Sauerbrey: „Vertrieben und gerettet aus Böhmens Egerland." Die Heimat verloren. ISBN-Nr.: 978-3-86237-608-7. Preis (D): Euro 19,50. – Projekte-Verlag Cornelius, Thüringer Straße 30, 06112 Halle an der Saale. – www.projekte-verlag. de.

Im August 1946 verließen in Jechnitz in Böhmen eintausendzweihundert Deutsche als geschlossener Transport ihre achthundert Jahre alte Heimat und fanden in Deutschland bei Magdeburg an der Elbe Aufnahme. In diesem Erlebnisbericht werden die kräftezehrenden Situationen und unwürdigen Bedingungen während des Transportes und in den verschiedenen Durchgangslagern beschrieben, ebenso wie die schwierige Eingliederung in die neue Heimat.

Im Mittelpunkt steht das Zusammenfinden der damaligen Jugendlichen zu einer Gruppe, die durch ihre gemeinsamen Handlungen die Überlebenschancen des gesamten Transportes erleichterten und für sich ein Stück verlorene Jugendzeit nachholten. Beschrieben wird auch, wie diese Jugendgruppe im zähen Überlebenskampf der Sudetendeutschen im Nachkriegsdeutschland auseinanderbrach und dann im Alter wieder zusammenfand.

Christian Bauer (Hg. / ed.): Egon Schiele. Der Anfang – The Beginning. Das Buch erschien zu der gleichnamigen Präsentation des Egon Schiele Museums Tulln in Kooperation mit dem Kunstmuseum Ravensburg. Erschienen 2013 im Hirmer Verlag, Nymphenburger Straße 84, 80636 München. Autoren: Carl Aigner, Christian Bauer, Nicole Fritz. Es ist zweisprachig, Deutsch und Englisch, mit 130 Farbbildern. 223 Seiten, Format 230 x 290 mm. ISBN 978-3-7774-2023-3 (Deutsch), ISBN 978-3-7774-2024-0 (Englisch). www.hirmerverlag.de. Euro (A) 35,90, Euro (D) 34,90, CHF 45,80.

Egon Schiele legt im ersten Drittel seiner Schaffenszeit das Fundament für seine gesamte Künstlerkarriere. Zahlreiche Bildideen und Gestaltungsprinzipien, die das Schaffen Schieles dominieren, werden bereits am Beginn entwickelt. Die Analyse des Frühwerks ebenso wie die Darlegung der sozialen, kulturellen und künstlerischen Rahmenbedingungen lassen das Werden des Künstlers in neuem Licht erscheinen.

Die Darstellung der Herkunft, Kindheit und Jugend Schieles führt bis zur Gründung der Neukunstgruppe im Jahr 1909. Damit wird sein Lebenswerk von den behüteten Tullner Jahren über die Gymnasialzeit in Klosterneuburg bis zum Studium in Wien und dem selbstbewußten Austritt aus der Akademie der bildenden Künste lebendig. Erstmals publizierte Dokumente und Werke ermöglichen einen neuen Blick auf die Anfänge des Künstlers.

Die Vorfahren: Die Mutter Marie Schiele, geborene Soukup, stammte aus einer wohlhabenden Familie aus Krummau in Südböhmen, geboren wurde sie am 23. März 1862, gestorben ist sie am 13. 3. 1935. Der Vater Adolf Eugen Schiele wurde am 9. 10. 1850 in Wien geboren, verlebte einen langen Abschnitt seiner Kindheit in Prag – der Heimatschein war auf den Wohnort Prag ausgestellt. Er verstarb am 31. Dezember 1904.

Meldung vom 23. 6. in der „Kronen Zeitung": Rekord für Egon Schiele. Mit 1,83 Mill. Euro hat ein Aquarell des Malers Egon Schiele in einem Berliner Internetauktionshaus den bisher höchsten Preis bei einer Online-Auktion erzielt.

Hans-Jörg Schmidt: „Tschechien – wieder Zeman. Kein Frühling in Prag." 2013 im Verlag 3.0 Zsolt Majsai, 182 Seiten, mit Bildern von Björn Steinz, ISBN 978-3-944343-69-3, Preis: Euro 16,50.

Prag war nach Václav Havels samtener Revolution ein begehrter Beobachtungsposten für Medien aller Art. Heute, 24 Jahre später, ist die tschechische Hauptstadt nur noch für wenige ausländische Journalisten ein interessanter Platz. Wer aus und über die Tschechische Republik berichtet, kommt nicht selten aus Berlin, München, Wien, Budapest oder Warschau angereist. Einen eigenen Korrespondenten „vor Ort" leistet sich kaum noch eine Redaktion. Hans-Jörg Schmidt, 1953 in Halle an der Saale geboren, ist inzwischen der dienstälteste deutsche, genauer deutschsprachige Zeitungsmann mit festem Schreibtisch in der Moldau-Metropole, seine Texte erscheinen in der „Welt" (Berlin), der „Sächsischen Zeitung" (Dresden), der Wiener „Presse" und der „Landeszeitung", einem Organ der deutschen Minderheit in Tschechien. 1990 kam er nach Prag, Schmidt hat also Veränderungen oder Kontinuitäten der tschechischen Politik intensiver wahrnehmen und gewichten können als andere Vertreter seiner Zunft. Daß die deutsch-tschechischen Beziehungen „nie besser waren", wie von Regierungsdelegationen beider Seiten bei offiziellen Anlässen beteuert wird, dahinter setzt Schmidt in seiner jetzt in Buchform erschienenen journalischen Chronik der vergangenen eineinhalb Jahre ein dickes Fragezeichen. Die optimistische Einschätzung gelte in erster Linie im Verhältnis der „normalen" Tschechen und Deutschen zueinander, nicht in der Politik. „Tschechien – wieder Zeman / Kein Frühling in Prag" ist der Titel des 182-Seiten-Bändchens. Der Autor macht keinen Hehl daraus, daß er den grobschlächtig gegen die Sudetendeutschen argumentierenden neuen Präsidenten auf der Burg ebensowenig für einen tschechischen Aktivposten hält wie dessen Vorgänger Václav Klaus. Und mit Sorge verfolgt Schmidt Milos Zemans Versuch, sein Land auf den Weg zu einer Präsidialdemokratie zu führen, in der die Richtlinien der Politik nicht mehr vom Regierungschef vorgegeben werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel rät Schmidt, Zeman um des lieben EU-Friedens willen nicht alles nachzusehen, wenn er demnächst in Berlin anklopft: „Es gibt für alles Grenzen." Und die habe Zeman mit seiner antideutschen Kampagne im Wahlkampf gegen Karel Schwarzenberg willentlich überschritten. Der Wechsel auf der Prager Burg mag für viele unbefriedigend sein, da hat der Verfasser recht, aber für einen journalistischen Beobachter sieht das anders aus: Er kann sich auf neue spannende Monate an der Moldau einrichten. Leider verschließen viele Redaktionen die Augen vor den gefährlichen Tendenzen in Prag. Lieber arbeitet man sich an Ungarn und seiner konservativ-liberalen Regierung ab.

Gernot Facius

Armin Fuhrer / Norman Haß: Eine Freundschaft für Europa – Der lange Weg zum Elysée-Vertrag. 320 Seiten, 20 s/w Abb., Hardcover mit Schutzumschlag, ISBN-Nummer 978-3-7892-8214-0, Euro 29,90. Olzog Verlag GmbH, Justus-von-Liebig Straße 1, D-86899 München, Tel. 00 49 (0) 89 / 71 04 66 / 65, Fax: 00 49 (0) 89 / 71 04 66 / 61, E-mail-Adresse: servicve@olzog.de – Internet: www.olzog.de.

Deutschland und Frankreich – es gibt in der EU keine weiteren zwei führenden Nationen, die historisch-kulturell derart eng miteinander verflochten sind und die heute politisch, wirtschaftlich sowie militärisch so intensiv zusammenarbeiten.

Eine der Grundlagen dieser Partnerschaft ist der am 22. Jänner 1963 von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle unterzeichnete Élysée-Vertrag. Kaum zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Besiegelung dieses Freundschaftsvertrages ein herausragendes Ereignis der Zeitgeschichte und bildete gleichzeitig ein solides Fundament für den späteren europäischen Einigungsprozeß. Dennoch war der Weg bis zur endgültigen Unterzeichnung des Vertrages lang und steinig.

In diesem Buch werden die Etappen der Annäherung gleichermaßen fundiert wie auch kritisch nachgezeichnet; unter angemessener Berücksichtigung der umfangreichen aktuellen Forschungsliteratur wird der Einigungsprozeß sowohl aus deutscher wie aus französischer Sicht verständlich beschrieben.

Die Autoren spannen dabei den Bogen bewußt weit und beginnen ihre Darstellung bereits in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg mit den ersten Versöhnungsversuchen zwischen den ehemaligen „Erbfeinden". Es wird deutlich, daß selbst große Rückschläge in dem Annäherungsprozeß durch visionäre Politiker wie Charles de Gaulle, Konrad Adenauer, Robert Schuman und Jean Monnet überwunden werden konnten. Ergänzende anschauliche Porträts dieser großen Persönlichkeiten ermöglichen es dem Leser, auch die Menschen kennenzulernen, ohne die die Einheit Europas so nicht denkbar gewesen wäre. Ein Ausblickskapitel widmet sich schließlich auch der Frage, welche Rolle Deutschland und Frankreich im erweiterten Europa und angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Krisen zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jhdts. spielen könnten.

Über die Autoren:

Armin Fuhrer arbeitet nach Studium und Journalistenschule seit 1994 als Journalist. Seit dem Jahr 2000 ist er für den „Focus" in Berlin tätig zurzeit ist er als Mitglied des Investigativ-Büro tätig.

Norman Haß ist „Diplom-Frankreichwissenschaftler" und seit 2009 als DAAD-Lektor an der Université Michel de Montaigne in Bordeaux tätig. Derzeit verfaßt er in Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität Berlin seine Dissertation in germanistischer Linguistik.

Dazu meint der Bundesobmann der SLÖ, der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, Gerhard Zeihsel: „Da sollten in der Tschechischen und Slowakischen Republik auch Politiker gewählt werden, die fähig dazu sind, mit Österreich und Deutschland Grundlagen zu einer vergleichbaren Partnerschaft zu finden!"

Ursula Bach-Puyplat: „Im Westen." Roman, 275 S., ISBN: 978-3-8372-0271-7, Softcover, Preis: Euro 16,40, (sFr 29,80). August von Goethe Literaturverlag, Großer Hirschgraben 15, D-60311 Frankfurt a. M. E-mail: vertrieb@frankfurter-verlagsgruppe.de.

Geschafft! Nach Monaten des Bangens ist der 18jährigen Uta und ihrer Mutter endlich die Flucht in den Westen gelungen. Doch jetzt, im Notaufnahmelager Marienfelde, stehen beide vor dem Nichts. Es ist Frühjahr 1961, und die beiden Frauen stellen sich der Herausforderung ihres Lebens, sich im Westen eine komplett neue Existenz aufzubauen. Uta ist schwanger, doch kann sie von ihrem Verlobten Jörg, einem überzeugten Kommunisten, Unterstützung erwarten, nachdem sie ihn zurücklassen mußte?

„Im Westen" ist eine mitreißende und bewegende Geschichte über eine junge Frau, die im Laufe eines turbulenten Jahrzehnts ihren Weg findet. In der spießbürgerlichen Welt der BRD in den Sechzigern fühlt sie sich immer als Fremde, und das Schicksal meint es nicht immer gut mit ihr. Oft sind die Ratschläge der anderen – obwohl gut gemeint – ein Stoß vor den Kopf für Uta, doch auch wenn sie sich in manchen Mitmenschen täuscht, lernt sie im Laufe der Zeit die Werte von Familie, Freundschaft und Loyalität zu schätzen ...

Ursula Bach-Puyplat, geborene Bach, gesch. Radtke, Ps: UBX, geb. 1943 in Reichenberg / Sudetenland, ein Sohn, zwei Enkel, verheiratet. Berufe: Staatl. gepr. Übersetzerin in der russischen Sprache, Dipl.-Verw.Wirtin, Verwaltungsamtsmännin a. D., Schriftstellerin.

Veröffentlichungen: Reiseberichte, Erzählungen, Schauspiel, Kinderbuch, Prosagedichte und zwei Romane: „Im Gleichschritt Marsch" und dessen Fortsetzung „Im Westen". Beiträge in Anthologien, Lesungen, Rundfunkauftritte.

Elisabeth Mautner: „Und trotz allem bin ich fröhlich." Erschienen im Jahr 2010 im Oswald Hartmann Verlag, Deutschland.

Angeregt vom Wunsch ihrer Familie, schreibt Frau Mautner im Alter von 85 Jahren ihre spannenden und oft schrecklichen Erlebnisse auf. Sie widmet dieses Buch ihrer großen Familie und all ihren Freunden mit der Bitte: „Jeder Einzelne möge dazu beitragen, daß es nie wieder zu einem Krieg komme."

Elisabeth Mautner, geb. Welder, kam 1925 in dem donauschwäbischen Dorf Ernsthausen zur Welt, das heute unter dem Namen Banatski Despotovac zu Serbien gehört. In dieser Autobiographie beschreibt sie in kurzen Kapiteln ihr von Schicksalsschlägen heimgesuchtes und schließlich in die Freiheit Österreichs gerettetes Leben.

Wie Tausende ihrer unschuldigen Landsleute wurde sie als Deutsche in Jugoslawien kollektiv für die Verbrechen der Nationalsozialisten verantwortlich gemacht und von Titos Regime unbarmherzig verfolgt. Deutsche wurden ausgeplündert und interniert, als Recht- und Besitzlose waren sie vogelfrei und jeder Willkür ausgeliefert. Die kommunistischen Partisanen pferchten die deutschstämmige Bevölkerung des Landes in Arbeits-und Todeslager, um sie einerseits systematisch auszubeuten und andererseits durch langsamen Hungertod einer Endlösung zuzuführen. Das Elend der Lager hat Elisabeth Mautner in der Rolle einer Krankenschwester am eigenen Leib verspürt, das Massensterben ohnmächtig ansehen müssen. Doch wie unter dem Schutz eines Engels entgeht sie immer wieder den Zugriffen der Unmenschlichkeit, während 70.000 ihrer Landsleute, darunter auch ihr Großvater, dem Genozid zum Opfer fallen. Schließlich gelingt der Familie die abenteuerliche Flucht über Ungarn nach Österreich.

Dieses Buch soll eine Anregung für alle Heimatvertriebene auch in höherem Alter sein, ihr Schicksal und ihre Erlebnisse aus der damaligen Zeit zu erzählen oder aufzuschreiben.

R. Friedrich

Hans Fenske: Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1919. 144 S., Broschur, ISBN-Nummer 978-3-7892-8348-2, Preis Euro 19,90, OLZOG Verlag, Welserstraße 1, 81373 München, Tel. 00 49 (0) 89 / 71 04 66 65, Fax: 00 49 (0) 89 / 71 04 66 61, Mailadresse patricia.fritsch-lange@olzog.de – www.olzog.de.

Es gilt weithin als unzweifelhaft, daß das Deutsche Reich einen wesentlichen Anteil am Ausbruch des Weltkriegs 1914 hatte, daß es während des vierjährigen blutigen Ringens sehr expansive Ziele verfolgte und im Falle eines Sieges seinen Gegnern einen harten Frieden auferlegt hätte.

Daß es sich tatsächlich anders verhielt, zeigt diese Studie. Sie fragt zunächst nach der Haltung der Mächte zum Krieg 1914 und erörtert dann deren Einstellung zum Frieden bis zum Versailler Vertrag 1919. Während dieses Zeitraums waren England und Frankreich nie zu einem Verständigungsfrieden bereit, wohl aber Deutschland und Österreich-Ungarn.

Abschließend geht es um die Auswirkungen des Versailler Vertrags. Dessen Reparationsregelungen trugen entscheidend zu den großen Wahlerfolgen der NSDAP ab 1930 bei. Hätten sich die Staaten der Entente während des Krieges auf einen Verständigungsfrieden eingelassen, so wäre die Geschichte seither sehr anders verlaufen. Der Krieg wäre dann nicht der Anfang vom Ende des alten Europa geworden.

Über den Autor: Hans Fenske war von 1977 bis 2001 Professor für Neue und Neueste Geschichte an der Universität in Freiburg im Breisgau und lebt seither im Ruhestand.

Fenske ist Autor zahlreicher Publikationen zur deutschen Geschichte.

Marita Krauss, Sarah Scholl-Schneider, Peter Fassl (Hrsg.): „Erinnerungskultur und Lebensläufe." Hardcover, 376 S., mit zahlreichen Abbildungen, ISBN 978-3-937200-99-6, Preis: Euro 24,90, Volk Verlag, Streitfeldstraße 19, D-81673 München, info@volkverlag.de, www.volkverlag.de.

Die Erinnerung an die Vertreibung nach 1945, an die Ankunft und den langen Prozeß der Integration wird getragen von Menschen, die ganz neu beginnen mußten. Ihre Lebensläufe, sozialen Netzwerke und Traditionen prägen eine Erinnerungskultur, die in das Familiengedächtnis wie in die öffentliche Wahrnehmung Eingang gefunden hat. Zwischen hüben und drüben, zwischen dem Aufnahmeland Bayern und den tiefgreifend veränderten Kulturlandschaften Böhmens und Mährens, entstehen Erinnerungsräume, an denen die ehemaligen wie die heutigen Bewohner teilhaben.

Wie verändert sich die Erinnerung? Wie erleben die Enkel den Bruch in ihrer Familiengeschichte? Wie erinnern sich Tschechen heute an die „deutsche Vergangenheit" ihrer Wohnorte? Die Ergebnisse des beispielhaften Interview- und Forschungsprojekts „Sudetendeutsche Vertriebene in Bayern" werfen neues Licht auf ein Kapitel bayerischer Geschichte, das bis in die Gegenwart reicht.

Das Autorenteam unter der Leitung von Marita Krauss und Sarah Scholl-Schneider befragte zahlreiche Zeitzeugen sowie deren Familien und begab sich auf Spurensuche in tschechischen und deutschen Archiven. So wird einer der prägendsten Migrationsprozesse der europäischen Nachkriegsgeschichte aus neuer Perspektive dokumentiert. Ungewöhnliche Zugänge bieten dazu auch private Fotografien und ihre besonderen Geschichten.

Viel Sonne und tolle Erlebnisse am Sommerlager in Melk

Zuerst hatte es danach ausgesehen, als ob in diesem Jahr kein Sommerlager stattfindet. Martina hat sich nach fünfundzwanzig Jahren Sommerlager – verständlich – zurückgezogen und Kathi hat längere Zeit überlegt, ein Sommerlager zu leiten. Dann haben wir uns bemüht einen geeigneten und auch preisgünstigen Ort für die Durchführung zu bekommen, was zuerst aber wegen „Ausgebucht" scheiterte. Dann kam Ende Jänner das Angebot der Leitung der Jugendherberge Melk, welches wir sofort annahmen.

Die Ausschreibung ist binnen weniger Tage erfolgt und so stand schlußendlich einem erfolgreichen Sommerlager nichts im Wege. Wir bekamen 38 Plätze zugestanden und haben diese voll ausgenützt. Vom 6. bis 12. Juli waren wir in der schönen Jugendherberge zu Gast, wo sich alle Teilnehmer wohlfühlten. Die Unterbringung war, so wie das Essen, bestens und vor allem machte auch das Wetter mit – an allen Tagen herrschte Sonnenschein und manchmal war es auch sehr heiß. Aber das nahegelegene Bad sorgte dann für Abkühlung. Es regnete nur einmal kräftig in der Nacht und ein klarer, kühler Morgen sorgte für gute Luft. Ein neben der Juhe gelegener Sportplatz konnte auch benutzt werden.

Viele Gäste aus der ehemaligen k.u.k Monarchie

Auch diesmal waren viele altösterreichische Kinder aus einigen Nachfolgestaaten der ehemaligen k.u.k. Monarchie als Gäste dabei. Neben Teilnehmern aus mehreren österreichischen Bundesländern waren vor allem siebenbürgisch-sächsische Kinder aus Kronstadt, der östlichsten deutschen Sprachinsel der Monarchie, gekommen. Sudetendeutsche Kinder aus Brünn waren eingeladen, doch erhielten wir da zwei Wochen vor Lagerbeginn wegen Erkrankungen Absagen, damit war ein Ersatz in dieser kurzen Zeit nicht mehr möglich. Alle – im Alter zwischen 6 und 16 Jahren – haben sich bestens verstanden und etliche neue Freundschaften wurden über heutige Grenzen hinweg geschlossen. Gegenbesuche wurde ebenfalls schon vereinbart.

Wie immer ein besonders ansprechendes Programm

Kathi und alle weiteren Lagerbetreuer haben dafür viel Zeit geopfert: Vorbereitung von Spielen, Volkstanzen und Singen, sowie ein Ganztagsausflug und etliche Besichtigungen. Viel wurde gebastelt, es gab Lesungen und es stellten sich auch die Teilnehmer aus den verschiedenen Ländern vor. So konnten alle über Land und Leute, über die vielen Probleme und Tätigkeiten der Gruppen sehr viel erfahren. Zahlreiche Fragen wurden gestellt und alle waren mit Interesse dabei. Besonders günstig war natürlich, daß die Teilnehmer aus Kronstadt allesamt bestens Deutsch sprechen. Das dortige deutschsprachige Honterus-Gymnasium sorgt für beste Ausbildung.

Am Samstag stand das gegenseitige Vorstellen und Kennenlernen am Programm. Bald nach dem Abendessen gingen die meisten zu Bett – die Siebenbürger hatten eine zwanzigstündige Bahnfahrt hinter sich und waren todmüde.

Sport und Basteln standen am Sonntag vormittag am Programm und am Nachmittag eine Würfelralley zum Thema „Schiffahrt" (als Vorbereitung für den Dienstag). Volkstanzen und ein wenig Disco-Musik gab es dann am Abend.

Sehr sportlich wurde der Montag gestaltet: Am Sportplatz sorgte Roman für Spiel und Spaß wie „Wasserbomben-Volleyball", was für Abkühlung sorgte. Dafür sorgte auch bei den heißen Temperaturen der Besuch im Schwimmbad, was alle sehr genossen. Weitere Aktivitäten aller Art gab es nach dem Abendessen.

Ein Höhepunkt war der Ganztagesausflug am Dienstag. Mit dem Schiff „Wachau" ging es von Melk in die alte Wachaustadt Spitz und am Abend wieder zurück. Neben einem kurzen Rundgang durch Spitz machten wir eine Führung durch das sehr interessante und umfangreiche Schiffahrtsmuseum (sehr zu empfehlen). Der Tag klang mit Basteln für die Mädchen und ein wenig Sport für die Burschen aus.

Der Mittwoch wurde mit einem Besuch im Schwimmbad eingeleitet. Dann folgte am Nachmittag der Höhepunkt des Sommerlagers: Eine Führung durch das wunderschöne Benediktinerstift Melk. Dies hat unser Joslowitzer Landsmann Präsident und Vizegouverneur Dr. Manfred Frey mit seinen Kontakten bewerkstelligt – vielen herzlichen Dank von dieser Stelle, dies war wirklich großartig !!!

Geführt wurden wir dort vom Kulturbeauftragten des Stiftes, Pater Martin. Er brachte in kindergerechter Form allen die Geschichte, die Kostbarkeiten und viel anderes mehr des Stiftes dar. Dabei wurden uns Räume und Dinge – so unter anderem die herrliche Orgel samt Vorführung – gezeigt. Die Kinder und auch die Betreuer waren sehr erstaunt über den großen Prunk und waren sehr angetan. Fast drei herrliche und interessante Stunden vergingen wie im Flug. Und als in einer kleinen Führungspause für alle Eis bereitstand, war das Hallo groß. Die größte Überraschung gab es zum Schluß: Kühle Getränke waren aufgebaut und es gab herrliche Kuchen, kleine Törtchen und anderes mehr – damit hatte niemand gerechnet, allen hat es bestens geschmeckt.

Als kleinen Dank wurde an P. Martin für die wunderbare Führung und die überraschende Bewirtung das Buch von Lm. Bäcker: „Die Verbrechen an den Sudetendeutschen" für die Stiftsbibliothek – als 100.001. Buch! – überreicht, was dieser mit großem Interesse übernahm. Mit einem Kegelabend wurde dieser Tag beschlossen.

Mit der Besichtigung des naheliegenden Donaukraftwerkes Ybbs – Persenbeug begann der Donnerstag. Es folgte am Sportplatz das obligate Fußballspiel Betreuer gegen eine Kinderauswahl, das diesmal 5 : 2 für die Betreuer ausging, trotz großer Anfeuerung für die Kindermannschaft. Zum Abendessen gab es Grillspeisen, was alle sehr genossen.

Der Abschiedsabend

Dafür wurden von den Kindern und Betreuern etliche Spiele zum Thema „Casino" vorbereitet und gestaltet. Bei Gewinnen (mit kleinen Preisen) gab es viel Beifall, bei Verlusten Buhrufe. Allen hat es viel Spaß bereitet. Viel zu früh ging der Abend vorbei, mußte doch die allgemeine Nachtruhe um 22 Uhr eingehalten werden.

Am Freitag vormittag wurden die Zimmer geräumt, die Rucksäcke und Koffer gepackt und in einem Extraraum bis zur Abreise verwahrt. Um 14.30 Uhr war es dann so weit, mit der Bahn ging es zurück nach Wien. Dort warteten die Eltern, um die Kinder abzuholen, die Kronstädter hatten noch drei Stunden bis zur Abfahrt Zeit. Beim Abschied waren alle ein wenig traurig, aber dennoch über eine schöne Woche der Gemeinschaft sehr zufrieden. Man versprach, beim nächsten Sommerlager wieder dabeizusein.

Eine schöne Woche ist sehr schnell vergangen, es gab keinerlei Verletzungen und Probleme, was auf die gegenseitige Rücksichtnahme zurückzuführen ist. Unser großer Dank gilt Kathi und ihrer Mannschaft, die mit vollem Einsatz zum besonderen Gelingen dieses Sommerlager beigetragen haben – und das völlig unentgeltlich in deren Urlaub.

Allen Landsleuten, allen Gliederungen und Freunden, dem BM für Wirtschaft, Familie und Jugend, der Sudetendeutschen Stiftung, allen Firmen usw. die uns großzügig unterstützt haben und die damit zum Gelingen dieses überaus erfolgreichen Sommerlagers beigetragen haben: Herzlichen Dank!

Anfragen für 2014 (Ort steht noch nicht fest): Sudetendeutsche Jugend Österreichs, 1030 Wien, Steing. 25, Tel. / Fax: (01) 718-59-13.

Eine fröhliche Schar Kinder beim Sommerlager 2013 in Melk.

Grabschändung in Gakovo

Mit tiefer Bestürzung kommentiert der Bundesvorsitzende des Verbands der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) und der Donauschwäbischen Arbeitsgemeinschaft (DAG), Rudolf Reimann, die traurige Tatsache, daß nahe der donauschwäbischen Gedenkstätte im serbischen Gakovo (Kreis Sombor in der Vojvodina) zum wiederholten Male eine Grabschändung stattgefunden hat. „Nachdem schon im März 2012 die Gedenkstätte in Gakovo von unbekannten Tätern mutwillig geschändet wurde, müssen die Donauschwaben nun fast ein Jahr später eine ähnlich boshafte Schandtat traurig und fassungslos zur Kenntnis nehmen", so Reimann.

„Von März 1945 bis Jänner 1948 ließen tausende Donauschwaben im Lager Gakovo unter furchtbaren Umständen ihr Leben. Daß es noch immer möglich ist, daß sich verblendete Ewiggestrige an den Massengräbern – dort, wo todkranke Menschen unter verabscheuungswürdigen Umständen ums Leben kamen und verscharrt wurden – zu schaffen machen, ist an Dummheit, Ignoranz, Boshaftigkeit und blinder Agitation nicht mehr zu überbieten. Neu ist aber nun, daß ‚Goldgräber' den alten deutschen Friedhof schänden, um an Zahngold, an Goldschmuck und ähnliches zu kommen", zeigt sich Reimann tief betroffen.

„Wir Donauschwaben sehen es als unsere selbstverständliche Pflicht an, unseren Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und den Außenminister von den Vorfällen zu informieren, damit diese von Serbien die Aufklärung der Straftat vehement einfordern", so Reimann und VLÖ-Generalsekretär Norbert Kapeller, welcher die weiteren Maßnahmen koordiniert und umsetzt.

Grenzübergang für Fußgänger geöffnet

Nach jahrelangem Streit mit Naturschützern hat die Leitung des Nationalparks Šumava die Öffnung des Grenzübergangs für Fußgänger an den Blauen Säulen einschließlich des Wanderwegs zum Forsthaus Březník (Pürstling) jeweils vom 15. Juli bis zum 15. November freigegeben. Damit können auch tschechische Touristen nach siebzig Jahren auf kürzestem Weg über diesen Grenzübergang zum Lusen gelangen. Gegen eine mögliche Freigabe dieses Weges ist seit dem vergangenen Jahr eine Eingabe bei Gericht anhängig, über die bis zum Zeitpunkt dieser Mitteilung (2. Juli) noch nicht entschieden ist. Die Naturschützer befürchten eine Dezimierung der Auerhahnpopulation im Lusental. (Aus dem Beitrag von Marek Kerles: „Der Auerhahn muß sich an Touristen gewöhnen" in „LN" vom 2. 7. 2013). wyk

WIEN

Bund der Nordböhmen zu Wien

Unser Heimatnachmittag am 8. Juni war der letzte vor der Sommerpause. Da unser Schriftführer schon auf Urlaub war, berichtete ich als seine Stellvertreterin über unsere Zusammenkunft. Thema war diesmal „Nachlese zum Sudetendeutschen Tag", der heuer in Augsburg abgehalten wurde. – Nach der Begrüßung gratulierte Obmann Dieter Kutschera den Juni-Geburtstagskindern und gab noch einige Termine bekannt, vor allem, daß nach der Sommerpause das erste Treffen am 14. September, um 15 Uhr, im „Haus der Heimat", in 1030 Wien, Steingasse 25, stattfinden wird. Dieser Samstag fällt nämlich mit dem Sudetendeutschen Heimattag zusammen, es wird auch ein Programm geboten. Danach berichtete der Obmann von seinen Eindrücken am Sudetendeutschen Tag, die durchwegs positiv waren. – Anschließend ergriff Maria Hervanek, unsere Kassierin, das Wort, und gratulierte gemeinsam mit Gerti Bachner im Namen des B.d.N. unseren Töchtern – anläßlich einerseits Hochzeit, andererseits Geburt der kleinen Johanna, die wieder der Star des Nachmittags war und überreichte ihnen kleine Aufmerksamkeiten. Mit einem Gläschen Wein, das unsere Kinder den Anwesenden spendierten, bedankten sie sich für die Glückwünsche, und es gab ein allgemeines „Prost!" – Nachher wurde noch fleißig „geratscht", bis man sich mit guten Wünschen für einen schönen Sommer bis zum Wiedersehen am 14. September im „Haus der Heimat" verabschiedete. Herta Kutschera

Arbeitskreis Südmähren

Mit der Trachten- und Fahnengruppe nahmen wir am Südmährer-Treffen in Geislingen an der Steige teil. Es war wieder ein großes Erlebnis, in Geislingen gewesen zu sein, vor allem die Gespräche mit der älteren Generation haben es uns angetan, hat diese doch Südmähren persönlich noch gut erlebt. – Am Programm stehen wieder zahlreiche Veranstaltungen und wir laden alle Freunde und Landsleute recht herzlich zum Mitmachen ein: Sonntag, 11. 8.: Kirtag am Südmährerhof in Niedersulz, Beginn um 9.30 Uhr mit der Messe. – Mittwoch, 14. 8., 17 Uhr: Deutsche Messe in Znaim in der St.-Niklas-Kirche. – Donnerstag, 15. 8.: Treffen der Znaimer in Unterretzbach beim Heimatdenkmal (10 Uhr). – Sonntag, 8. 9.: Poysdorfer Weinhauerumzug mit dem Südmährerwagen, 14 Uhr. – Montag, 9. 9.: Sudetendeutscher Volkstanzkreis – Übungsabend im „Haus der Heimat", 2. OG., Beginn 19 Uhr – Näheres im Zeitungsinneren. – Freitag, 13. 9.: Heurigenabend aller ehemaligen SdJler und Mitglieder der Sudetendeutschen Jungmannschaft bzw. ASÖ, in Wien 16, Ottakringer Straße 222 – Heuriger „10er-Marie", ab 19 Uhr. – 14. / 15. 9.: Sudetendeutscher Heimattag in Wien und Klosterneuburg (Trachtenfestzug 14 Uhr). – Der erste Heimabend nach den Ferien findet am Dienstag, dem 3. September, um 19 Uhr, im „Haus der Heimat" statt. Dazu laden wir Euch recht herzlich ein.

OBERÖSTERREICH

Enns-Neugablonz – Steyr

Den Mitgliedern, die im August Geburtstag haben, wünschen wir alles, alles Gute, Gesundheit und noch viel Freude! Am 20. 8. Helene Ofner, am 23. 8. Erika Unterpertinger, am 26. 8. Friedrich Zimmermann. – Bitte, nicht vergessen! Donnerstag, dem 8. August, um 15 Uhr, haben wir wieder unser Treffen im Café Hofer in Enns. Bitte, gleich vormerken: Am 12. September treffen wir uns wieder um 15 Uhr im Café Hofer in Enns. Wir freuen uns auf zahlreichen Besuch. Ingrid Hennerbichler

Wels

Allen unseren im Monat August Geborenen gratulieren wir recht herzlich zum Geburtstag, verbunden mit den besten Wünschen für stets gute Gesundheit sowie frohe und glückliche Tage. Besondere Grüße gelten unseren nachstehenden Mitgliedern: Frau Gisela Rieseder, geb. am 10. 8. 1940; Frau Gretl Traunmüller, geb. am 18. 8. 1921; Frau Roswitha Reichert, geb. am 21. 8. 1932; Frau Ernestine Jaksch, geb. am 26. 8. 1919; Frau Dorothea Untner, geb. am 27. 8. 1933; Herrn Johann Eder, geb. am 28. 8. 1950; nochmals unsere besten Glück- und Segenswünsche. – Auf den Termin unseres Jahres-Ausflugs – den 30. August – zur grenzüberschreitenden Landesausstellung „Alte Spuren – Neue Wege" nach Krummau und Hohenfurth, zusammen mit der Bezirksgruppe Kremsmünster, möchten wir nochmals hinweisen. Anmeldung bitte bei Obmann Rainer Ruprecht, Telefon 0699 / 12 77 20 50. – Unsere Geschäftsstelle ist während der Ferienzeit bis zum 31. August geschlossen. Stefan Schwarz

Verband der Südmährer in Oberösterreich

Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen im Monat August geborenen Landsleuten alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Sie gratuliert insbesondere aber zum: 91. Geburtstag am 9. 8. Helene Domokosch aus Hödnitz, 83. Geburtstag am 13. 8. Hildegard Gröger aus Dietsam, 82. Geburtstag am 14. 8. Marianne Graschopf aus Znaim, 81. Geburtstag am 2. 8. Dipl.-Ing. Dr. Herbert Haas aus Miezmanns, 86. Geburtstag am 5. 8. Lotte Bukowski aus Znaim, 80. Geburtstag am 6. 8. Helga Erben aus Freistein. Josef Nohel

Böhmerwaldbund Oberösterreich

64. Heimattag des Böhmerwaldbundes OÖ in Linz. – Für alle, die nicht anwesend sein konnten, nachstehend ein Bericht bzw. eine Zusammenfassung des Ereignisses. Wie schon die letzten Jahre praktiziert, fand die Veranstaltung auch heuer wieder im Redoutensaal auf der Promenade statt. Der Spiegelsaal bot hiefür einen besonders feierlichen Rahmen. Zu den Klängen der Bläsergruppe Gramastetten unter der Leitung von Kons. Pertlwieser zogen die Träger der Heimatfahnen in den Saal und nahmen beim Rednerpult Aufstellung. Vorsitzende Helga Böhm hieß zahlreiche Gäste willkommen. Unter anderem Frau NR.-Abg. und Vertriebenensprecherin Anneliese Kitzmüller, LAbg. Mag. Bernhard Baier, Univ.-Prof. Horst Rudolf Übelacker, den Obmann des Böhmerwaldbundes Wien / NÖ / Burgenland, Dir.-Rat Franz Kreuss mit Gattin (er vertrat SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel), den Leiter des Böhmerwaldmuseums Wien, Dr. Gernot Peter. Die Festrede hielt Dr. Erich Watzl, Vizebürgermeister der Stadt Linz. – Im Anschluß an den Festakt begaben sich die Teilnehmer zum nahegelegenen Adalbert-Stifter-Denkmal, wo Ing. Leopold Jungbauer des großen Böhmerwalddichters gedachte und einen Kranz niederlegte. Die Festmesse in der Ursulinenkirche an der Linzer Landstraße zelebrierte Pfarrer Kretschmer. Und wie gewohnt, klang die Veranstaltung in der Gastwirtschaft „Klosterhof", gleich gegenüber der Kirche, aus. – Unsere kommenden Termine: Der Stammtisch am 7. September im Volksheim Langholzfeld, Gemeinde Pasching, Beginn 17 Uhr. Und am 28. September fahren wir zur Landesausstellung 2013 (2. Teil), diesmal nach Freistadt und Krummau. – Bei dieser Gelegenheit möchten wir wieder mal an unsere „Historische Datenbank" im Internet erinnern, eine einzigartige Sammlung von Bildern und Fotografien (mehr als 8000 Stück) über den Böhmerwald, seine Menschen, über Ereignisse aus der alten Heimat und einiges mehr. Zu finden unter *www.bwb-ooe.at.* – Die Verbandsleitung der Böhmerwäldler in OÖ gratuliert zu den Geburtstagen im Monat August 2013: Ullmann Ottilie, 96 Jahre am 26. 8., Reisner-Kollmann Gertraud, 92 Jahre am 18. 8., Jaksch Melanie, 86 Jahre am 22. 8., Mistlberger Paula, 84 Jahre am 4. 8., Läpple Leopoldine, 84 Jahre am 29. 8., Ing. Müller Erich, 83 Jahre am 19. 8., Lepschi Edeltraud, 77 Jahre am 9. 8., Klement Hermann, 74 Jahre am 1. 8., Feyrer Margareta, 74 Jahre am 24. 8., Rosenberger Elfriede, 73 Jahre am 2. 8., Ing. Lackinger Gerhard, 73 Jahre am 12. 8., Simmerer Berta, 72 Jahre am 4. 8., Holly Hermine, 65 Jahre am 2. 8.

Gustav A. Dworzak / Danko

Freistadt

Demnächst feiern folgende Mitglieder Geburtstag: 4. 8. Prof. Mag. Ing. Fritz Blanka, 5. 8. Maria Karl, 6. 8. Andrea Thürriedl, 19. 8. Hedwig Prokschi, 22. 8. Werner Lorenz, 27. 8. Irmtraud Sturm, 27. 8. Marianne Gabat. Wir gratulieren allen Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Helga Kriegl

NIEDERÖSTERREICH

Horn

Nach dem wunderschönen Ausflug auf die Burgruine Kollmitz, organisiert vom Japonser Landsmann Ernst Bittermann, laden wir zu den nächsten Veranstaltungen ein: Sonntag, dem 11. August: Besuch des Südmährerkirtags in Niedersulz. Treffpunkt: Uhr, Gasthaus Blie (Fahrgemeinschaften wurden bereits organisiert); Rückfragen bitte bei Obmann Stefanitsch unter Tel. 0650 / 24 40 855. – Samstag, 31. August, 16 Uhr: Heimatabend ab 16 Uhr im Gasthaus Blie; Lm. Klaus Seidler präsentiert den Videofilm „Töten auf Tschechisch" von David Vondracek. – Sonntag, 15. September: Heimattag in Klosterneuburg (nähere Informationen beim nächsten Heimatabend). – Samstag, 5. Oktober: Heimatabend im Gasthaus Blie ab 16 Uhr. Dr. Walter Marinovic liest aus seinem neuen Werk „Kornblumen". – **Waidhofen an der Thaya:** Freitag, 6. September, um 17 Uhr, Gasthaus Jöch, Extrazimmer: Heimatabend. Es wird um zahlreichen Besuch gebeten!

Sankt Pölten

Sommerausflug. – Das Ziel des Sommerausfluges war unsere Nachbarstadt Wilhelmsburg mit einer Werksführung bei der Firma Laufen und einem Besuch des Geschirrmuseums Wilhelmsburg. Die Führung im Werk Laufen durch Ing. Lechner wurde zu einem wirklichen Erlebnis und viele der Teilnehmer waren erstaunt über die Ausmaße des Betriebes, da diese von der Straße aus nicht erkennbar bzw. erahnbar sind. Es wird in hervorragender Qualität Sanitärkeramik hergestellt, die unterschiedlichen Arbeitsgänge wurden sehr gut erklärt und die Teilnehmer lauschten gespannt den Ausführungen unseres Werksführers. Nach einer gemeinsamen Stärkung im Gasthaus Reinberger besuchten wir das Wilhelmsburger Geschirrmuseum. Hier sah man die ehemaligen Spitzen-Erzeugnisse von Lilienporzellan, wie zum Beispiel „Daisy" – ein einmaliges Kaffee-Service, handbemalte Teller und Tassen. Ein Mitglied unserer Runde, Frau Rosa Hofecker, hat hier einen eigenen Ausstellungsraum. Am Besuch der Ausstellung konnte sie aufgrund eines Unfalles leider nicht teilnehmen. Die Gespräche beim gemütlichen Abschluß zeigten, daß alle Teilnehmer über das Programm positiv urteilten. Ein Dank gilt auch Frau Mag. Dr. Neumaier, welche uns die Werksführung ermöglichte. Dieser Ausflug wird sicher noch bei der nächsten Zusammenkunft im September Gesprächsstoff sein. – Die nächste Zusammenkunft ist am 20. September, ab 14.30 Uhr, im Gasthaus Graf.

SALZBURG

Eghalanda Gmoi z'Salzburg

Nach zweijähriger Pause hatte die „Eghalanda Gmoi z'Salzburg" wieder zu einer Schiffahrt auf dem Mondsee eingeladen. Es wurde ein wunderschöner Tag. Frau Emmi Wittmann hatte wieder die Busorganisation übernommen, so daß jeder wieder an den gewohnten Zusteigestellen einsteigen und mitfahren konnte. Aus Bad Reichenhall, Freilassing, Salzburg und sogar aus Trostberg und Burghausen konnten wir liebe Gäste begrüßen. Außerdem hatten noch Gäste mit Privatautos nach Mondsee gefunden. Nach einem sehr guten Mittagessen im Gasthaus „Hotel Krone" bestiegen wir pünktlich das Schiff „Herzog Odilo" der Familienfirma Hemetsberger und wurden über den Mondsee gefahren. Die Hitze wurde durch die Kühle des Sees angenehm gemildert, und das Glas Sekt stärkte wiederum den Kreislauf. Zum Abschluß trafen wir uns alle noch einmal im „See-Café", und gegen 17.30 Uhr verabschiedeten wir die Bus-Fahrgäste und fuhren sehr glücklich auch nach Hause. Christine Zuleger

Salzburg

Am Dienstag, dem 3. September, um 15 Uhr, beginnt wieder der erste SL-Nachmittag nach der Sommerpause. Es wäre sehr schön, wenn unser Obmann Peter Weinlich wieder zahlreiche Gäste begrüßen könnte. Christine Zuleger

DEUTSCHLAND

Groß-Gerau

Am letzten Sonntag im Juni hatten sich wieder zahlreiche Wallfahrer am Wallfahrtsort Maria Einsiedel bei Gernsheim in Südhessen aus dem Kreis Groß-Gerau, der hessischen Bergstraße und aus dem Odenwald eingefunden. Es war dies die 80. Heimatvertriebenenwallfahrt nach der Ankunft in Südhessen im Jahre 1946 und eine der immer noch stattfindenden zahlreichen Heimatvertriebenenwallfahrten innerhalb der Diözese Mainz. Man feierte Eucharistie am alten Marienwallfahrtsort im Freien unter den zahlreichen Lindenbäumen in unmittelbarer Nähe der alten Wallfahrtskapelle mit dem Standbild der „Böhmischen Madonna". Die geschichtliche Überlieferung besagt, daß am 2. Juli 1650 dieses Gnadenbild, die „böhmische Madonna", feierlich nach Maria Einsiedel übergeführt wurde, nachdem Soldaten im Böhmischen Krieg die Figur in dem Dorf Nordhofen unversehrt aus glühender Asche geborgen und auf abenteuerliche Weise in das hessische Ried gebracht hatten. Fahnenträger mit der schlesischen und der sudetendeutschen Fahne hielten Wache am nahegelegenen Heimatvertriebenenkreuz, das 2001 aus einem alten Friedhofskreuz aus Leitmeritz in Nordböhmen zum Gedenken der Vertriebenenwallfahrten errichtet wurde. Auf einer Kupfertafel informiert es die Vorbeikommenden mit der Inschrift: „Wohin soll ich mich wenden, wenn Gram und Schmerz mich drükken? Seit 1947 pilgern Heimatvertriebene nach Maria Einsiedel. Sie gehören zu den 15 Millionen Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden. Die Wallfahrer suchen Trost im Schmerz, gedenken der Heimat im Osten und der über zwei Million Toten der Flucht, Deportation und Vertreibung, beten um Frieden und Versöhnung der Völker." Der zuständige Heimatvertriebenenseelsorger der Diözese Mainz, G.R. Wolfgang Stingl, blickte in seiner Predigt auf die Anfänge der Wallfahrt seit der Vertreibung aus der alten Heimat im Sudetenland zurück und berichtete über die oft schwere Zeit nach der Ankunft in der hessischen Diaspora. Schon bald suchten die Katholiken aus den Vertreibungsgebieten im Osten gemeinsam mit dem damaligen Prälaten Karl Reiß die bekannten Wallfahrtsorte nach der Ankunft auf und knüpften so an die Jahrhunderte alten Traditionen der zahlreichen Wallfahrten in ihrer alten Heimat an. Dabei ging Pfarrer Stingl auch auf die große Leistung jener heldenhaften Priester, den sogenannten „Rucksack-Priestern", ein, die sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg oft zu Fuß, später mit Hilfe der Ostpriesterhilfe motorisiert, für die Seelsorge unter den Vertriebenen aufopferten. Pater Werenfried van Straaten beschreibt sie einmal so: „Ihr Name wird mit goldenen Buchstaben in der Kirchengeschichte vermerkt werden. Die Sorge, ihre Gläubigen vor Verzweiflung, Radikalismus und Unglauben zu bewahren, als diese wie loser Sand über die Trümmerwüsten und Diasporagebiete Nachkriegsdeutschlands zerstreut wurden, machte sie zu „Rucksackpriestern". Zu Priestern, die als Arme unter den Armen in Dachkammern, Scheunen, Kellern oder Bunkern lebten; die mit Kelch und Hostien in ihrem Rucksack von Dorf zu Dorf zogen. Sie wohnten mit Christus in ein und demselben kleinen Raum. Sie kochten, wuschen sich und schliefen in Gegenwart des Allerheiligsten. Ihr Altar war gleichzeitig ihr Tisch, und sie hoben das Allerheiligste in der Schublade auf." – Nach der zentralen Eucharistiefeier am Vormittag, einer Rosenkranzandacht nach dem gemeinsamen Mittagessen rund um das Jugendhaus Maria Einsiedel und regem Gedankenaustausch mit den zahlreich erschienenen Heimatfreunden ging mit einer Marianischen Andacht im Beisein des Einsiedler Pfarrers Heinrich Bosse am frühen Nachmittag wieder ein Wallfahrtstag bei „herrlichem Kaiserwetter" zu Ende, so wie es der schon lange verstorbene Prälat Karl Reiß bei den ersten Wallfahrten immer zu formulieren pflegte. Für jeden Wallfahrer hatte Pfarrer Stingl in diesem Jahr ein Andachtsbildchen mit dem der Abbildung der „Böhmischen Madonna" mitgebracht, das an seinen 34. Weihetag zum Priester und die 80. Heimatvertriebenwallfahrt erinnern soll.

Braunau

Zum 31. Braunauer Heimattreffen vom 12. bis 14. Juli haben sich die Heimatvertriebenen aus dem Braunauer Land, dem Barockwinkel in Ostböhmen, in der Patenstadt Forchheim getroffen. Am Samstag gedachten die Braunauer am Mahnmal der Vertriebenen und der Verstorbenen. Dabei erinnerte Pater Dr. Augustin Schmied C.Ss.R. aus dem Kloster Gars an die Opfer während und nach der Vertreibung. – Die Hauptversammlung mit Neuwahl verlief sehr harmonisch. Bis auf den Kassenverwalter trat die gesamte Vorstandschaft mit Ernst Birke als Vorsitzenden wieder an und wurde einstimmig wiedergewählt. Neue Kassenverwalterin ist Barbara Slowak, die Helmut Friedrich ablöst. Die Braunauer Heimatgruppe hat heute noch 1849 Mitglieder. – Ein Höhepunkt des Treffens war am Samstag abend der Heimatabend unter dem Motto „Ei Braune derhaaime – in Franken daheim." Mit einfühlsamen Texten von Brigitte Sinner führte Frau Eva Maria Pleier durch den Abend, die zusammen mit Frau Gerdi Mayerhöfer für das Programm verantwortlich war. Im Hintergrund der Bühne wurden die jeweils passenden Bilder aus dem Braunauer Land und der Fränkischen Schweiz von Arnold Raab zusammengestellt, als Verbindung zu den Braunauer und Fränkischen Liedern gezeigt. Die Volkstanzgruppe aus Franken tanzte neben fränkischen auch sudetendeutsche Volkstänze in einer Perfektion, wie man Volkstänze heute kaum mehr sieht. Das Volkstanz-Potpourri sudetendeutscher Volkstänze wurde minutenlang beklatscht. Als sich Ernst Birke bei allen Mitwirkenden mit einem Geschenk bedankte, waren alle Besucher im Saal von dem Dargebotenen überwältigt. – Der Sonntag begann mit einer Messe, die Pater Dr. Augustin Schmied, auch ein Braunauer Vertriebener, zelebrierte. Der heimatpolitische Höhepunkt des Treffens war die Festversammlung unter der Schirmherrschaft des Forchheimer Oberbürgermeisters Franz Stumpf im historischen Rathaussaal. Neben Grußworten des Forchheimer Bürgermeisters und des heutigen tschechischen Bürgermeisters der Stadt Braunau, Herrn Milan Kotrnec, hat Ernst Birke die Geschichte der Heimattage seit 1953 aufgezeigt und darauf hingewiesen, wie wichtig es in der heutigen Zeit ist, auf die Vertreibung und den Verlust von Hab und Gut anzusprechen. Die Festansprache von Stefan Mayer, Bundestagsabgeordneter aus Altötting und Mitglied des Vertriebenenausschusses in Berlin, behandelte die Stellung der Vertriebenen in der heutigen Gesellschaft und wie wichtig die kulturelle Arbeit der Landsmannschaften ist. Seine Vorfahren stammen aus Südmähren. Er stelle gerade bei seiner Abgeordnetentätigkeit fest, wie junge Besucher im Deutschen Bundestag immer wieder Fragen zur Vertreibung stellen, gerade jetzt, wo der Spatenstich für das „Haus gegen Vertreibungen" in Berlin erfolgt ist. Die 13 Millionen Vertriebenen sollten sich nicht durch den Zeitgeist aus der Geschichte verdrängen lassen. – Am Nachmittag fand das Wiedersehen durch das schöne Wetter überwiegend bei der Jahnhalle im Freien statt. Beim Abschied versprachen alle, in zwei Jahren wiederzukommen. Auch die tschechische Delegation möchte in zwei Jahren wieder teilnehmen. – Das Bild zeigt Braunauer Trachten beim Kirchgang. Leo Schön

Hailer-Meerholz

Sudetendeutsches Brauchtum – BdV-Ortsverband Hailer-Meerholz feiert die Sommersonnenwende. – Darauf freut sich die 1. Vorsitzende des BdV-Ortsverbandes Hailer-Meerholz Friedel Fingerhut schon das ganze Jahr. Wenn am „Hohen Kreuz", das Sonnwendfeuer prasselt und die Funken sprühen, gehen ihre Gedanken zurück in ihre Heimat Mährisch Schönberg im Sudetenland. Sudetendeutsche haben diesen schönen Brauch mit ins Hessische gebracht. In vielen Dörfern finden mittlerweile ähnliche Veranstaltungen statt. Früher sprangen Liebespaare gemeinsam über die Feuerstelle damit ihrer Liebe weiterhin Glück beschert sei. Ein Gürtel aus Beifuß hieß auch „Sonnwendgürtel", weil man mit dieser Pflanze umgürtet durch das Feuer sprang und ihn anschließend in die Flammen warf. So „verbrannte" man seine Krankheiten für das folgende Jahr. Bei herrlichem Wetter begann das Fest schon am Nachmittag. BdV-Mitglieder bewirteten ihre Gäste mit Leckerbissen vom Grill, deftigen Schmalzbroten und kühlen Getränken. Den musikalischen Beitrag dazu lieferte das Jugendorchester der katholischen Kirche Hailer-Meerholz. Auch Bürgermeister Thorsten Stolz und die Kreisbeigeordnete Sigrid Schindler ließen sich den Blick „von oben" auf die alte Barbarossastadt Gelnhausen nicht entgehen. Den kleinen Gäste boten die Organisatoren einen Malwettbewerb. Die Preise hatte die Kreissparkasse Gelnhausen gestiftet. Gegen Einbruch der Dunkelheit zogen die Mädchen und Jungen dann mit brennenden Fackeln über den Festplatz und entzündeten – unter gestrenger Aufsicht der Feuerwehr – das große Sonnwendfeuer.

BdV Hessen

Das **31. Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland** fand kürzlich in Augsburg statt. Die Teilnehmer kamen aus der ganzen Bundesrepublik, darunter auch die hes-

sischen BdV-Landesvorstandsmitglieder Svetlana Paschenko und Johann Thießen sowie als Ehrengäste die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf und Landesvorsitzender Siegbert Ortmann. Die diesjährige Volksgruppenveranstaltung stand unter dem Motto: „1763 bis 2013. 250 Jahre rußlanddeutsche Geschichte" und erinnerte vor allem an das Einladungsmanifest der russischen Kaiserin Katharina II. vom 22. Juli 1763. Zu der großen Feierstunde waren neben Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich als Festredner, auch der Beauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner, die bayerische Justizministerin Dr. Beate Merk sowie Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl aus Augsburg erschienen. Der neue Bundesvorsitzende Waldemar Eisenbraun ging in seiner eingangs sehr ausführlich gehaltenen Ansprache auf die bevorstehenden Aufgaben der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland ein und merkte zu deren Umsetzung an, daß sich seine Landsleute zwar eher in Zurückhaltung übten, „weil sie in der Vergangenheit eben gelernt haben, still zu sein". Gleichwohl wollten sie selbstbewußt ihre Ziele in der Gesellschaft verfolgen und stetig darum bemüht sein, über politische Mandate in den demokratischen Parteien – also ohne Gründung einer eigenen Partei – Einfluß auf allen Ebenen der deutschen Politik zu nehmen. Das böte sich vor allem auch bei zukünftigen offiziellen Anlässen in den ehemaligen östlichen Heimatgebieten an, bei denen sich die Rußlanddeutschen mit entsprechender Ausbildung und Sprachkompetenz hervorragend als „Brückenbauer" einbringen könnten. – Bundesvorsitzender Eisenbraun hatte schließlich die Ehre, den neugestifteten „Katharinen-Preis" an den Präsidenten des DRK, Dr. Rudolph Seiters und die Leiterin des DRK-Suchdienstes, Dorota Dziwoki, für hervorragend geleistete Dienste an leidvoll Betroffenen zu verleihen. Festredner Friedrich würdigte in einem weiten Bogen die geschichtlichen Ursprünge der Rußlanddeutschen und deren schwierigen Gang durch turbulente Zeiten. Dabei zollte er dieser großen Volksgruppe hohe Anerkennung und Respekt im Zuge ihrer Integration in Deutschland. Für die Bundesregierung versprach er, auch in Zukunft immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Landmannschaft der Deutschen aus Rußland zu haben und sicherte über das Bundesvertriebenengesetz Unterstützung nach besten Kräften zu. Die Grüße der Bayerischen Staatsregierung und ihres Ministerpräsidenten Horst Seehofer überbrachte in ihrer Ansprache Staatsministerin Dr. Beate Merk (MdL). – Die würdevolle, über drei Stunden dauernde Festveranstaltung, die vom Chor „Souvenir" und dem Orchester Hubert aus Bayreuth gefühlvoll musikalisch umrahmt wurde, endete schließlich mit einer Totenehrung durch Msgr. Dr. Alexander Hoffmann und gemeinsamen Gesang der Deutschen Nationalhymne. – Das Bild von Siegbert Ortmann zeigt (von links) Johann Thiessen, Siegbert Ortmann, Margarete Ziegler-Raschdorf, Dr. Christoph Bergner.

Limburg-Weilburg

Die 42. Kultur- und Begegnungsfahrt der SL und der Ackermann-Gemeinde des Kreises Limburg-Weilburg hatte als Ziel das Egerland mit Erzgebirge und Vogtland. Beim ersten Zwischenstopp im kulturellen Zentrum des Stiftlandes, Waldsassen faszinierten die Besucher die Zisterzienser-Basilika und Kloster-Bibliothek der Abtei. Begeistert waren die Teilnehmer, die überwiegend sudetendeutsche Wurzeln hatten, von der raschen Entwicklung des Weltbades Marienbad und der mittlerweile guten Verkehrsanbindung. Hier wurde allen deutlich, daß die EU-Mitgliedschaft sich auf vielen Ebenen positiv auswirkt, angefangen bei den früher so mißlichen Grenzkontrollen, die einem freien Verkehr gewichen sind. Obwohl die Tschechische Republik den Euro offiziell noch nicht eingeführt hat, ist das Bezahlen mit ihm zur Normalität geworden. Für das „Böhmische Bäderdreieck", dem auch Karlsbad und Franzensbad angehören, ist eine Existenz ohne Kurgäste aus Deutschland nicht denkbar. Nicht nur Goethe weilte des öfteren in dieser herrlichen Naturlandschaft. Insgesamt dreizehnmal hat er ihm seine Aufwartung gemacht. Aktuell konnte die Gruppe an den Wasserspielen bei der Marienbader Kurhaus-Kolonnade Mozart, Smetana, Dvorak oder Bocelli erleben. Dieses imposante Wasserspektakel, gepaart mit tollen Lichteffekten, ruft als „Singende und klingende Fontäne" beim Erklingen von Mozarts „Kleiner Nachtmusik, der „Moldau", „Nabucco" oder „Butterfly" Begeisterung hervor. – Bei Gesprächen mit der deutschen Minderheit, die im „Bund der Deutschen – Landschaft Egerland" zusammengeschlossen sind, informierte man sich über ihre Situation. In Neudeck / Nejdek und Falkenau / Sokolov fanden diese Begegnungen in großer Herzlichkeit und die Begrüßung mit Blasmusik statt. Die Pflege von Brauchtum, Kultur und Sprache im Zusammenwirken mit dem Kulturverband vor Ort finden mittlerweile in gutem Einvernehmen zu vielen gemeinsamen Aktivitäten. Reiseleiter und SL-Kreisobmann Otto Riedl überreichte Berta Ruzicka in Neudeck und Marianne Vankova in Falkenau jeweils eine Dokumentation der Vertriebenen des Kreises Limburg-Weilburg und eine Spende für die Zukunftsarbeit. Falkenau kann sich auch rühmen, daß mit Ernst Mosch ein Sohn ihrer Stadt die „Egerländer Musik" in alle Welt getragen hat. International bekannt ist auch Ernesto Adler, der berühmte Sohn Neudecks. Frau Elisabeth Riedl-Adler konnte in Neudeck ein Buch über neurofokale Störfelder in der Zahnmedizin und die Lebensvita ihres Gatten Ernst Adler überreichen, der ein Sohn Neudecks ist. Mit 20 Jahren ging er bereits nach Spanien, drehte Filme, hielt Ärztekongresse ab und machte sich in der Zahnmedizin einen allseits anerkannten Namen. So zeichnete ihn die Stadt Lloret de Mar mit der Ehrenbürgerschaft aus und benannte sogar einen Platz nach ihm. – In Joachimsthal waren leider noch schlimme Spuren durch die Uranausbeutung aus der Nachkriegszeit vorzufinden. So dürfen auch heute noch etliche Gebäude wegen radioaktiver Verseuchung weder genutzt, noch abgerissen werden. – Auf der Suche nach den Spuren und Wurzeln wurden viele Reiseteilnehmer fündig. So in Gottesgab, der höchstgelegensten Stadt Mitteleuropas mit 1028 Meter. Die Gebrüder Manfred und Helmut Kraus, die jetzt in Norwegen und Wetzlar wohnen, konnten das Vaterhaus in dieser Anton-Günther-Stadt ausfindig machen und besichtigen. – Auf der Fahrt durch den Kaiserwald informierten BdV-Kreisobmann Josef Plahl und Reisebegleiter Karel Herr, der nach der Wende Vizebürgermeister in Marienbad war, daß leider viele Dörfer wegen militärischem Sperrgebiet und Raketenbasen ausgelöscht wurden. Plahl selbst stammt aus Zeidelweid-Sandau. Das Elternhaus von Paul Heimerl aus Niederzeuzheim bei Limburg, das in Altwasser steht, ist nicht mehr bewohnt und daher leider dem Verfall preisgegeben. Daß dies Seelenschmerz auslöste, läßt sich wohl verstehen. Auf der Fahrt durch Kuttenplan berichteten die Zeitzeugen Theresia Schwarz, jetzt Runkel / Lahn und Ernst Gärtner, jetzt Weilburg an der Lahn, daß sie zum ersten Vertriebenen-Transport gehörten, der dort zusammengestellt wurde. Dieser kam am 4. Februar 1946 in Weilburg an und war der erste in Hessen. – Weitere Höhepunkte bildeten eine Rundfahrt durch das Vogtland, das, ebenso wie die Oberpfalz, zur grenzüberschreitenden „Euroregio Egrensis" zählt, mit den Orten Bad-Elster, Markneukirchen, Schöneck und Klingenthal. Hier begeisterten vor allem das Musikinstrumentenmuseum und die Vogtland-Arena mit seiner Weltcup-Skisprungschanze. Das Städtchen Elbogen, das von der Eger umflossen wird und damit stark an Weilburg erinnert, sowie das Prämonstratenserstift Tepl, das Metternich-Schloß Königswart und das idyllische Franzensbad bildeten weitere Ziele dieser interessanten Begegnungsfahrt. Als kleine Zugabe kam auf der Heimfahrt noch die Weltkulturerbe-Stadt Bamberg hinzu, deren Altstadt mit Regnitz und Dom faszinierten, begleitet vom hiesigen SL-Kreisobmann Rudolf Hüttner. – Das Bild von Otto Riedl zeigt die Reisegruppe vor dem Stift Tepl.

Spende für die „Sudetenpost"

46,18 Friedemann Hoffmann, E-08850 Barcelona

Die „Sudetenpost" dankt herzlich für die Spende.

REDAKTIONSSCHLUSS DER „SUDETENPOST"

Redaktionsschluß (RS) ist jeweils Donnerstag, 12.00 Uhr, sieben Tage vor dem Erscheinungstermin (ET). Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelangt sein. Zu spät eingelangte Berichte können leider nicht mehr berücksichtigt werden.

ET Nr. 9:	5. September	RS: 29. August
ET Nr. 10:	3. Oktober	RS: 26. September
ET Nr. 11:	7. November	RS: 31. Oktober
ET Nr. 12:	12. Dezember	RS: 5. Dezember

VERANSTALTUNGSKALENDER WIEN U. NIEDERÖSTERREICH

AUSSTELLUNGEN

Bis 13. August: Sonderausstellung **„Abakus bis Zinnsoldat – Kind sein um 1900"**, im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum in Klosterneuburg, Schießstattg. 2 (Rostockvilla). Di. 10 bis 16 Uhr, Sa. 13 bis 17 Uhr, So. 9 bis 13 Uhr.

Bis 20. April 2014: Sonderausstellungen **„Tom Jack – The Ice King"** und **„Hausindustrie im Böhmerwald"**, im Böhmerwaldmuseum, Wien 3, Ungargasse 3. So. 9 bis 12 Uhr.

AUGUST

11. August, 9.30 Uhr: **Südmährer-Kirtag** mit Feldmesse, Totenehrung und Frühschoppen im Museumsdorf Niedersulz. 7.30 Uhr kostenlose Busfahrt der Landsmannschaft „Thaya". Anmeldung bei Fr. Kerschbaum, 01 / 318 01 17.

14. August, 17 Uhr: **Deutsche Messe** in der Sankt-Nikolaus Kirche in Znaim.

15. August, 10 Uhr: **Gedenk-Kundgebung beim Znaimer Heimatdenkmal** in Unterretzbach, mit Schubert-Messe und Totenehrung mit Kranzniederlegung beim Heimatdenkmal in Unterretzbach, danach Heimattreffen beim Heurigen Winter in Unterretzbach, Hauptstraße 75.

28. August / 1. September: **Heimattreffen der Altstädter, Dittersdorfer und Rehsdorfer** im Heiligenhof in Bad Kissingen. Anmeldung: Der Heiligenhof, Alte Euerdorfer Straße 1, D-97688 Bad Kissingen.

VORSCHAU

1. September, 16 Uhr: **Treffen der Schlesier, Jägerndorfer und Freudenthaler** beim Heurigen Binder in Wien 16, Johann-Staud-Straße 53.

3. September, 19 Uhr: **Treffen des Arbeitskreises Südmähren** mit Volksliedsingen und Tonbildschau im „Haus der Heimat" in Wien 3, Steing. 25 (2. Stock).

4. September, 8 Uhr: **Busausflug des Arbeitskreises Südmähren nach Tschechien** (Mährischer Karst, Macochahöhlen..). Abfahrt in Laa / Thaya. Anmeldung bei J. Mord, 0 25 22 / 76 38.

8. September, 8 Uhr: **Ortstreffen** beim Winzerfest in Poysdorf (Kolpinghaus).

9. September, 19 Uhr: **Übungsabend des Sudetendeutschen Volkstanzkreises** im „Haus der Heimat" in Wien 3, Steingasse 25 (2. Stock).

SUDETENDEUTSCHER HEIMATTAG

am 14. September, um 15 Uhr, im „Haus der Heimat" in Wien 3, Steingasse 25 (EG) mit Film „Nemci ven – Deutsche raus!"

und am 15. September, ab 12 Uhr, in Klosterneuburg mit Platzkonzert, feierlichem Hochamt in der Stiftskirche, Fest- und Trachtenzug, Toten-Gedenkfeier und Kundgebung in der Babenbergerhalle.

1. Oktober, 7.30 Uhr: **Herbstausflugsfahrt** der Landsmannschaft „Thaya". Anmeldung bei Frau Kerschbaum, 01 / 318 01 17.

2. Oktober, 14 Uhr: **Treffen der Heimatgruppe Nordmähren** in Oggau. Anmeldung bei Baschny, 0664 / 611 28 08.

5. Oktober, 6 Uhr: **Herbstkulturfahrt des Arbeitskreises Südmähren** zu Thaya-Schlössern, 2. Teil. Abfahrt Wien. Anmeldung bei J. Mord, 0 25 22 / 76 38.

Auch Gäste sind bei Heimattreffen und bei Busausflügen willkommen!

Weitere Infos: http://hausderheimat.npage.de/

Die Stimme der Jugend

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25 • Telefon und Fax: 01 / 718 59 13
Internet: www.sdjoe.at E-mails: office@sdjoe.at

Bundesverband

Die Hälfte der Ferien und schöne Urlaubstage sind schon wieder vorbei und wir wünschen weitere schöne und erholsame Tage, insbesondere all jenen, deren Urlaub noch bevorsteht. Um für die nächste Zeit bestens gerüstet zu sein, ist das Tanken frischer Kräfte und gute Erholung sehr wichtig, insbesondere im Hinblick auf den Sudetendeutschen Heimattag in Wien und Klosterneuburg (14. / 15. September) nötig. Da stehen wir wieder im Blickpunkt der Öffentlichkeit und da ist eine große Teilnehmerzahl besonders wichtig. Nur mit einer zahlreichen Beteiligung können wir selbstbewußt auftreten und werden auch in der Öffentlichkeit ernstgenommen. Dazu sind alle Generationen der Volksgruppe gefragt. Wir bitten alle Landsleute und Freunde unserer Schicksalsgemeinschaft um Mitarbeit, Mithilfe, sowie zur Werbung noch außenstehender Landsleute. Laden Sie diese zur Teilnahme am Heimattag ein und bringen Sie diesmal wirklich unbedingt die junge und mittlere Generation – also Ihre eigenen Kinder und Enkelkinder – sowie alle Freunde mit! Es wäre schade, wenn nur die ältere Generation und einige Wenige aus der mittleren und jüngeren Generation anwesend wären. Dies ist unser großer Appell an Sie, werte Landsleute. Wir hoffen, daß dieser Aufruf auf guten Boden fällt – es wäre bitter nötig! – Nützen Sie die kommende Zeit für Gespräche, um für unsere Anliegen bei Familienangehörigen und anderen Menschen Interesse zu wecken. Laden Sie zu unseren Veranstaltungen Ihre Familienangehörigen jedweder Altersstufe, Freunde, Arbeitskollegen, den Seniorenstammtisch usw., ein. Besonders viele außenstehenden Landsleute haben noch keinen Kontakt zu uns gefunden. Etliche scheuen sich vielleicht davor, haben Bedenken und ähnliches mehr usw. Diese sind anzusprechen, vor allem mit dem Hinweis, daß die Folgen der Benes-Dekrete für alle Landsleute noch immer Geltung haben. In diesem Sinne wünschen wir noch weiterhin schöne und erholsame Ferien und Urlaubstage. – Das Sommerlager in Melk in Niederösterreich ist fast wieder Geschichte. Einen ausführlichen Bericht findet man an anderer Stelle dieser „Sudetenpost". Wir möchten allen Landsleuten, sudetendeutschen Gliederungen und Freunden recht herzlich für die finanzielle Unterstützung danken – ohne diese wäre die Durchführung des Sommerlagers nicht möglich gewesen. Freuen würde es uns, wenn wir im nächsten Jahr beim Sommerlager (der Ort steht noch nicht fest) aus allen Bundesländern und allen sudetendeutschen Gliederungen Teilnehmer begrüßen könnten. Dies wäre im Hinblick auf weitere erfolgreiche Sommerlager in der Zukunft sehr wichtig. In Zusammenarbeit aller Amtwalter, Landsleute und Freunde müßte dies doch sicherlich möglich sein.

Landesgruppe Wien, NÖ u. Bgld.

Jeden Mittwoch (auch im Sommer mit Sommerprogramm) treffen wir einander ab zirka 17 Uhr im „Haus der Heimat", Wien 3, Steingasse 25. – Wir möchten Euch auf folgende Veranstaltungen hinweisen: Sonntag, 11. August: Kirtag am Südmährerhof in Niedersulz, NÖ, 9.30 bzw. 13 Uhr. – Donnerstag, 15. August: Gedenkkundgebung der Znaimer beim Denkmal in Unterretzbach, 10 Uhr. Montag, 9. September: Sudetendeutscher Volkstanzkreis – erster Übungsabend nach den Ferien – im „Haus der Heimat", Wien 3, Steingasse 25 / Hoftrakt / 2. OG, Beginn 19 Uhr. Jedermann gleich welchen Alters, ist herzlich eingeladen. Siehe auch die Ankündigung im Zeitungsinneren. – Freitag, 13. September: Treffen aller Freunde – alle ehemaligen und jetzigen, sowie alle interessierte Landsleute – beim Heurigen „10er-Marie", Wien 16, Ottakringer Straße 222, ab 19 Uhr (im Rahmen der SLÖ-Bezirksgruppe Wien und Umgebung). – 14. / 15. September: Sudetendeutscher Heimattag in Wien und Klosterneuburg. Das genaue Programm ist in der Ankündigung im Zeitungsinneren ersichtlich.

BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
„Sudetenpost", Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0073 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST" für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: Ort: Telefon: _____

Die Zeitung erscheint einmal monatlich. – **Jahresbezugspreis: Inland € 30,00,** inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, **Deutschland und übriges Ausland: € 36,00.–, Übersee € 60,–.** Bankkonto: Sparkasse OÖ, Konto-Nummer 32100-240757, Blz. 20320 – IBAN AT532032032100240757, BIC ASPKAT2L. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

08– 2013

Sudetenpost

Eigentümer und Verleger:
Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592. – www.sudetenpost.com

Obmann: Dr. Hans Mirtes. **Adresse:** 4040 Linz, Kreuzstraße 7. **Druck:** LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint einmal im Monat. Jahresbezugspreis: Inland € 30,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 36,00, Übersee: € 60,00. Einzelpreis: € 2,50, Bankkonto: Sparkasse OÖ, Konto-Nummer 32100-240757, Blz. 20320 – IBAN AT532032032100240757, BIC ASPKAT2L. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:
Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:
Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST", als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

Wie ich den 5. Mai 1945 in Prag erlebte

Ich ging, wie gewohnt, ins Institut für Verfahrenstechnik der Technischen Hochschule, wo ich als Assistent tätig war. Schon nach kurzer Zeit erhielt ich einen Anruf von meinem Onkel, bei dem ich wohnte. „Komm sofort nach Hause, wir müssen fort!"

Daß die Lage ernst war, vernahmen wir im Radio: Revolutionäre Hysterie und immer wieder „smrt němcun" (Tod den Deutschen). Mit etwas Proviant und dem Wichtigsten wollten wir das Haus verlassen.

Als wir die Treppe herunterkamen, bemerkten wir, daß es schon zu spät war. Die Haustür war von Hausbewohnern belagert, die das Geschehen draußen beobachteten.

Die Tschechen probten den Aufstand, indem sie das Rundfunkgebäude besetzten, das unser Nebengebäude war.

Im Bewußtsein der Gefahr, in der wir uns befanden, suchten wir Zuflucht im Keller, in den wir unbemerkt gelangten. Der Aufstand wurde weiter geprobt. Es kamen ein paar Leute in den Keller und ich hörte einen sagen: „Der junge Mann kam nach Hause, in der Wohnung ist er nicht, er kann nur hier sein." Natürlich spürten sie uns im äußersten Winkel auf. Wir wurden aus dem Haus geführt und der Gendarmerie übergeben. Mit einem Bajonett im Rücken wurden wir unweit in einen Raum geführt, wo sich bereits zirka zwanzig Deutsche befanden.

Schon beim Verlassen des Kellers war der kleinen Revolution der Elan ausgegangen. Zu uns Versammelten sagte ein Mann in Zivil: „Karl Hermann Frank hat mit der Revolutions-Leitung (sinngemäß) vereinbart, daß die Deutschen sofort Prag verlassen können und entließ uns. Mein Onkel war Funktionär in den Vertretungen der Deutschen und wußte sofort, daß wir auf die Burg gelangen müssen.

Der nächste Weg dorthin würde über den Wenzelsplatz führen, der als Schauplatz nationaler Exzesse zu vermeiden war. Also marschierten wir über eine Straße parallel zum Wenzelsplatz zur Moldau, die wir über eine Brücke stromaufwärts zur Kleinseite überquerten. Unser Ziel war nun leicht zu erreichen und wir kamen in einem Wehrmachts-Lazarett unter.

Am 8. Mai 1945 kapitulierte Deutschland. Der Auszug der Deutschen aus Prag begann. Die Ausfahrtstraße Richtung Pilsen war von der Burg leicht zu erreichen.

Bald befanden wir uns in einer Karawane und mußten viele Kilometer marschieren. Es kamen immer wieder Wehrmachts-LKW. Erst konnte mein Onkel einen Platz auf einem überfüllten Fahrzeug finden, dann auch ich. Unser Ziel war ein Auffanglager in Pilsen, wo wir uns wieder trafen. Das Lager wurde von amerikanischen Soldaten bewacht.

Ich konnte dort interessante Beobachtungen machen. Ein Offizier kam ins Lager. Mir ist aufgefallen, daß er nicht befahl, sondern nur gemütlich sagte: „Jetzt wollen wir einmal die Strohsäcke füllen."

Am Lagerzaun konnte ich mich mit amerikanischen Soldaten normal unterhalten. Nebenbei standen tschechische Legionäre in Uniform. Ich hörte einen sagen: „Man sollte sie alle umbringen!" Die Amerikaner ignorierten sie.

Die Entlassung aus dem Lager folgte sukzessive. Personen mit Werhrpaß sind offensichtlich an die Russen ausgeliefert worden. Mein Onkel und ich hatten Zivil-Ausweise.

Mein Onkel konnte aus gesundheitlichen Gründen eher ein Fahrzeug in die Freiheit besteigen, ich folgte später.

Dipl.-Ing. Josef Gemeinder, D-Coburg

Lächerlich?

Es ist natürlich nicht meine Angelegenheit, womit sich Herr Erhard Lug in seiner Freizeit beschäftigt, und auch nicht, womit Herr Dr. Thomas Gertner, Spezialist für aussichtslose Fälle, sein Geld verdient. Für mich von Interesse ist es aber, wenn der Vater des Landsmannes Erhard Lug ermordet wurde, und man sollte sich vorrangig damit beschäftigen. Denn das Straffreiheitsgetz vom 8. 5. 1946 gilt nur für Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen oder eine gerechte Vergeltung für

Tribüne der Meinungen

Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziele hatte. Es ist daher nicht jeder Mord straffrei, sondern es müßte festgestellt werden, ob die obengenannten Voraussetzungen vorliegen. Auch wenn man hier keinen Erfolg erzielen würde, so würde man sich doch mit einer ernsthaften Sache beschäftigen und auch einen Öffentlichkeitseffekt erzielen.

Mit der im Beitrag auf Seite 3 der Ausgabe Nr. 7 angeführten Sache macht man sich nur lächerlich und wird nicht mehr ernstgenommen!

Da es sich bei Herrn Lug, wie auf dem Foto auf Seite 3 ersichtlich ist, um einen sehr sympathischen und vitalen Menschen handelt, erlaube ich mir, ihn nachstehend persönlich anzusprechen und hoffe, daß er diese Zeilen liest:

„Lieber Herr Lug, lassen Sie diese Angelegenheit sein! Sie würden nur bitter enttäuscht werden. Kaufen Sie sich ein Buch über den Nürnberger Prozeß und lesen Sie dieses. Sie werden dann verstehen, warum ich Ihnen diesen Rat gebe. Ich grüße Sie herzlich nach Sinzing / Donau!"

P.S.: Ich glaube, daß der Verlauf des gegenständlichen Falles die Richtigkeit meiner Darstellung im Leserbrief „Aus heutiger Sicht" in der Ausgabe Nr. 5 / 2013 bekräftigt.

Rudolf Kofler, Graz

Verhöhnung

Zu: 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz – Regierungserklärung und Debatte im Deutschen Bundestag.

Im Rahmen der Debatte über die Regierungserklärung zum Bundesvertriebenengesetz ergriff auch der Abgeordnete von Bündnis 90 / Die Grünen, Volker Beck, das Wort. Unter anderem gab er von sich, die Sudetendeutschen hätten die ausgestreckte Hand der Tschechen und Slowaken in der Vielvölkerrepublik Tschechoslowakei abgewiesen. Wie es um diese „ausgestreckte Hand" bestellt war, dazu ein paar Beispiele.

Die Sudetendeutschen waren in der 1918 / 1919 neugegründeten Tschechoslowakei von Anfang an unerwünscht und sie wurden als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt. So hieß es etwa am 26. Oktober 1918 in der Zeitschrift „Bohemia": „Die Deutschen sollen hierzulande auf ihrem eigenen Boden nur solange geduldet werden, als sie parieren, sonst mögen sie ihren Grund verkaufen, ihr Bündel schnüren und gehen." Drastischer drückte es 1919 die Zeitung „Zlata Praha" aus, in der folgender Satz zu lesen war: „Die Deutschen müßten mit der Peitsche über die Grenzen hinausgeprügelt werden."

Der erste Staatspräsident der Tschechoslowakei, Tomaš Masaryk, schwadronierte bereits am 10. Jänner 1919 in einem Interview mit der Pariser Zeitung „Le Matin" von einer „sehr raschen Entgermanisierung" der sudetendeutschen Gebiete. Edvard Beneš, tschechischer Außenminister und Nachfolger Masaryks im Präsidentenamt, tat am 29. Oktober 1920 im „Ceske slovo" kund, „daß den Deutschen kein Selbstbestimmungsrecht gegeben werden darf, daß sie sich besser an Galgen oder Kandelabern aufhängen mögen". In einer Rede am 3. Juni 1945 im tschechischen Tabor bestärkte er diese Haltung und hetzte: „Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen und macht den Unsrigen Platz! Alle Deutschen müssen verschwinden! Was wir im Jahre 1918 schon durchführen wollten, erledigen wir jetzt! Damals schon wollten wir alle Deutschen abschieben. Deutschland war aber noch nicht vernichtet und England hielt uns die Hände, jetzt aber muß alles erledigt werden." Die tschechische Abgeordnete Frana Zeminová sagte im tschechoslowakischen Parlament, an die Sudetendeutschen gerichtet: „Wir jagen Euch und werden Euch weiter jagen!"

Die Diskriminierung der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei geschah aber nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. So wurden sie unter anderem in der Schulpolitik, bei der Bodenreform sowie mit dem Zweisprachigkeitsgesetz im öffentlichen Dienst benachteiligt. Sudetendeutsche Firmen erhielten kaum Staatsaufträge, so daß während der Weltwirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Gebieten besonders hoch war. Die Versuche der Sudetendeutschen, im tschechoslowakischen Parlament mitzuarbeiten, wie etwa durch den Sozialdemokraten Wenzel Jaksch, ignorierten die Tschechen weitgehend. Im März 1919 erschoß tschechoslowakisches Militär an die sechzig Sudetendeutsche, nur weil diese friedlich für das ihnen verweigerte Selbstbestimmungsrecht demonstrierten. Kurzum, die Tschechen unternahmen alles, um die Sudetendeutschen dem neuen Staat zu entfremden.

Vor diesem Hintergrund von „ausgestreckter Hand" der Tschechen und Slowaken gegenüber den Sudetendeutschen zu reden, ist nicht nur blanker historischer Unsinn, sondern obendrein eine Verhöhnung der etwa 260.000 sudetendeutschen Vertreibungstoten und all dessen, was den Sudetendeutschen an Entrechtung, an Enteignung, Verpflichtung zur Zwangsarbeit (ab dem 14. Lebensjahr und Vertreibung angetan wurde.

Dr. Walter Kreul, D-Germering

Erzwungene Wanderschaft

Die diskriminierende Botschaft eines Kurzfilms lautete: „14 Millionen Deutsche seien gezwungen gewesen, ihre Heimat im östlichen Europa zu verlassen." Das klingt nach „erzwungener Wanderschaft", davon sprach Richard von Weizsäcker in seiner umstrittenen Bundestagsrede am 8. Mai 1985. Da stockt einem doch der Atem. Die Millionen wurden aus den Gebieten des Deutschen Reiches vertrieben, „nicht aus einem östlichen Europa!" Man darf gespannt sein, was das Dokumentationszentrum noch an politisch korrekter Geschichtsdarstellung in „europäischem Geist" bietet.

Im Bezug auf die Ausstellung „Angekommen" im Ellinger Deutschordensschloß am 22. Juni 2013 habe ich den irreführenden Text „die Vertriebenen stammten aus den ehemaligen deutschen Provinzen ... schon reklamiert. Dies war demnach nur der Anfang der Irreführung. Heute stammen wir Vertriebenen nicht aus dem jahrhundertealten Deutschland, sondern ab nun sogar aus dem „östlichen Europa".

Horst Helmer, D Muhr am See

Die ominösen Deutschsprachigen

Eine kleine oberpfälzische Stadt an der böhmischen Grenze gestaltet heuer eine Gartenschau mit gelungener Einbeziehung von Landschaft, Natur und Menschenwerk. In einem sogenannten „MuseumsQuartier" kann sich der Besucher vorab informieren, bevor er die Gartenschau mit achtundsechzig Stationen betritt.

Im ersten Raum des „MuseumsQuartiers" beschreibt ein Text die geografische Lage des Städtchens und seines Umlandes. Dabei erfährt man, daß es jenseits der Grenze zur Tschechischen Republik Menschen mit deutscher Sprache („Deutschsprachige") gegeben habe. Wann dies der Fall war, wird leider nicht verraten. Ebenso ohne Antwort bleibt eine beim Besucher womöglich aufkeimende Frage, warum es diese Deutschsprachigen dort nicht mehr gibt? Welchem Volk waren diese Deutschsprachigen wohl zuzurechnen? Überhaupt – wo sind sie jetzt zu finden? Sehr ominös, diese deutschsprachigen Leute!

Ein Museum ist eigentlich dazu da, den Wissensdurstigen zur Klarheit zu führen. Ist das so schwierig?

Hans Schmitzer, D-Neutraubling

Liebe Leserinnen und Leser!

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe leider nicht abdrucken können.

Wir haben gelesen

Adolf Fugel: Hochwürden unter Kontrolle. Heitere und unglaubliche Geschichten aus dem Pfarrhaus. Benedetto-Verlag (CH), 2013. 133 Seiten. Preis: CHF 16 / Euro 14. ISBN 978-3-905953-46-6. Zuzügl. Versandkosten. Bestellungen an: a.fugel@vtxmail.ch.

Der vorliegende Band ist eine leicht abgeänderte und überarbeitete Neuausgabe des Buches vom selben Verfasser, Adolf Fugel: Vikar in der Heimat Draculas. Kanisius-Verlag CH-1701 Freiburg 1987. Mit freundlicher Genehmigung des Kanisius-Verlages.

Ein junger, kaum den Bänken (Räumen) des Priesterseminars entstiegener Geistlicher ist als Vikar in entlegenen Gemeinden, mürrischen und selbstherrlichen Vorgesetzten im Pfarrhaus stets als Prinzipal geltend ausgeliefert – gegen die er nolens volens anzukämpfen hat: Veraltete Religionsunterrichtsmethoden und ebensolche Anschauungen prallen mit dem jugendlichen Fortschritt vehement aufeinander, wobei sich der gewiefte Jungseelsorger mit einfallsreicher List stets zu helfen weiß, was den Generationskonflikt beider Seelsorger weiter schürt. In solche Auseinandersetzungen gerät auch, weil mitunter als jugendfeindlich empfundenes Pfarrhauspersonal – Pseudoschwestern und Köchinnen –, die nicht selten eine gewisse Dominanz auf den Prinzipal ausüben und diesem sogar Briefe an den Bischof diktieren.

Gewiß, es sind größtenteils fiktive Ereignisse, doch ein Körnchen Wahrheit bleibt doch stets haften und ermöglicht es dem Leser, sich so seine Gedanken zu weben, denn verborgen bleibt wohl nichts, und wenn das Gerede seinen Lauf genommen, schwillt es schneeballartig zu unglaublichen Ereignissen an, wie schon dem Untertitel zu entnehmen ist.

Und stets der tadelnde Verweis, daß man den Seminaristen in den Studienräumen für besondere Situationen kein Rüstzeug mit auf den Weg gegeben habe. Da müsse sich der junge Vikar schon selber helfen und die heikelsten Situationen meistern: Seinem Einfallsreichtum sind keine Grenzen gesetzt.

Adolf Fugel, geb. 1943 in Groß-Sankt-Nikolaus (Banat); studierte an der Katholisch-Theologischen Hochschule in ungarischer Sprache in Alba Iulia (Karlsburg / Siebenbürgen). 1967 Priesterweihe. Pfarrer im Banat, Vikar in Lenzing / Österreich, Pfarrverweser in Deutschland und seit 1981 vielseitige Tätigkeit in der Schweiz. Hochschullehrer; zahlreiche Buch-Veröffentlichungen. Gründer und Präsident des Fatima-Vereins der Deutsch-Schweiz. Chefredakteur „Schweizerisches Katholisches Sonntagsblatt". 2008 Gründer und Eigentümer des Benedetto-Verlags. Hans Dama

---

Heinz Schön: Pommern auf der Flucht 1945 – Rettung über die Ostsee aus den Pommernhäfen. – 56 bisher unveröffentlichte Zeitzeugen-Erinnerungen und Texte über Fluchtorte und Fluchthäfen Pommerns. 444 Seiten, viele bislang unveröffentlichte Abbildungen. Karte Ostsee von Flensburg bis Memel, Orts- u. Namensregister. – ISBN: 3-86614-175-0, Euro 19,90. www.zeitgut.de.

Das Buch soll an das Geschehen in Pommern 1945 erinnern und an die erfolgreiche Flucht von zweieinhalb Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Westpreußen, Danzig und Pommern vor der Roten Armee über die Ostsee. Ihnen allen drohte Diktatur und Gewaltherrschaft unter Stalin.

Über dieses Nachkriegsverbrechen im Nordosten Deutschlands ist in Österreich sehr wenig bekannt, wir empfehlen daher, sich auch darüber zu informieren.

Heinz Schön überlebte im Jänner 1945 als 18jähriger den Untergang der „Wilhelm Gustloff". Bei der Torpedierung des Schiffes vor der pommerschen Ostseeküste kamen mehr als 9000 Menschen ums Leben. Dieses Ereignis prägte sein Leben.

Schön gilt als einer der besten Kenner der Geschichte des deutschen Ostseeraumes während des Dritten Reiches und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Bereits kurz nach Kriegsende begann er, Dokumente, Fotos und Zeitzeugenberichte zu dem Thema zu sammeln.

Er ist Verfasser zahlreicher Bücher über das Schicksal der „Gustloff" und der „Rettungsaktion Ostsee 1945". Und er war Fachberater bei vielen TV-Dokumentationen und Spielfilmen, unter anderem für den ZDF-Zweiteiler „Die Gustloff" mit Kai Wiesinger, Heiner Lauterbach und Detlev Buck.